



FORSCHUNGSZENTRUM JÜLICH GmbH

Programmgruppe Technik und Gesellschaft

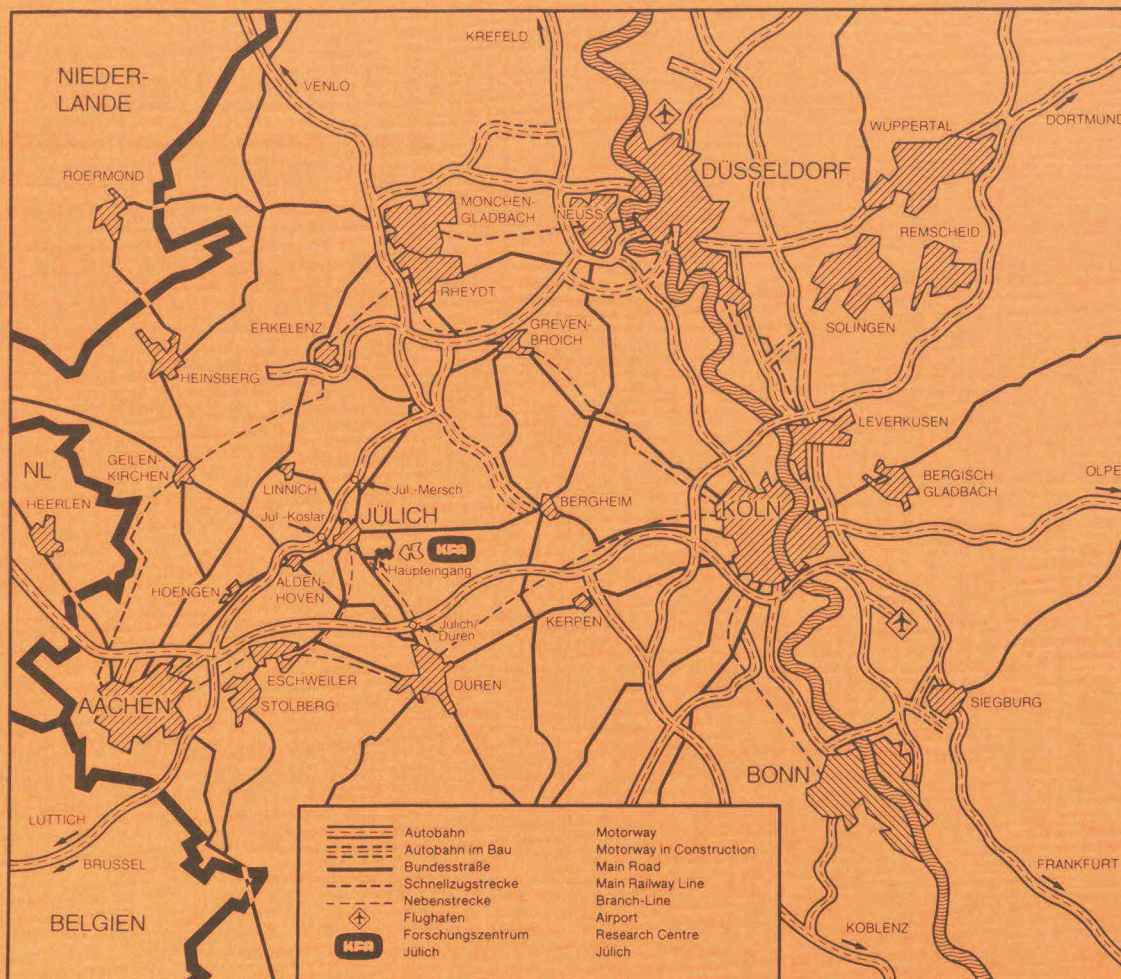
**„Tschernobyl“ in der öffentlichen Meinung
der Bundesrepublik Deutschland –
Risikowahrnehmung, politische
Einstellungen und Informationsbewertung**

von

Leo Hennen

Hans Peter Peters

Jül - Spez - 551
Januar 1990
ISSN 0343-7639



Als Manuskript gedruckt

Forschungszentrum Jülich: Spezielle Berichte Nr. 551

Programmgruppe Technik und Gesellschaft Jül-Spez-551

Zu beziehen durch: ZENTRALBIBLIOTHEK · Forschungszentrum Jülich GmbH

Postfach 1913 · D-5170 Jülich (Bundesrepublik Deutschland)

Telefon: 02461/61-0 · Telex: 833556 kfa d

**„Tschernobyl“ in der öffentlichen Meinung
der Bundesrepublik Deutschland –
Risikowahrnehmung, politische
Einstellungen und Informationsbewertung**

von

Leo Hennen

Hans Peter Peters

Abstract

This report presents the results of three representative opinion polls carried out in the Federal Republic of Germany on the subject of "Chernobyl" on behalf of the Programme Group Technology and Society at the KFA Jülich by Infratest Sozialforschung, Munich, in November 1986, May 1987 and May 1988 with in each case about 2000 respondents. The questions posed referred, amongst other aspects, to the assessment of risk on the basis of the reactor disaster, to modifications of eating habits after Chernobyl, to attitudes and opinions on the use of nuclear energy in the Federal Republic, as well as to the evaluation of credibility of information sources.

The results of the three opinion polls in the two years following the Chernobyl disaster point to far-reaching misgivings amongst the population with respect to the consequences of the reactor disaster for the Federal Republic, which were not dispelled from the first to the third opinion poll. The population's attitude to nuclear energy, which had become much more critical due to the Chernobyl reactor disaster, gradually became more favourable to nuclear energy with an increasing period of time after the events at Chernobyl; however, this trend was reversed again by the so-called "atomic waste scandal".

The familiar relationships of attitude to nuclear energy with sociodemographic variables can be found once again in the present poll results: on average, women have a more negative attitude to nuclear energy than men, younger respondents (with the exception of the youngest age group of 14 - 25-year-olds) are more negative than older respondents, and respondents with a higher level of formal education are more negative than the less educated.

It is interesting to note that the attitude to nuclear energy is associated curvilinearly with the level of information about it. Both those persons with a clearly more negative as well as those with a clearly more positive attitude had a higher level of information about nuclear energy than respondents with a less extreme attitude. It thus becomes clear that acceptance problems for nuclear energy cannot be regarded as the problem of a lack of knowledge on the part of the public. The attitude of most respondents to nuclear energy is characterized by a deep-seated ambivalence: on the one hand it is associated with a high safety risk, but on the other hand great economic benefits are also recognized. In a variance analysis, the two aspects explain a roughly equal level of variance in the attitude to nuclear energy.

The information behaviour of the population after Chernobyl was characterized by a sceptical attitude to reporting in the media, which was frequently considered to be inaccurate. A critical attitude was, however, also revealed towards primary information sources such as the government, opposition, nuclear research centres, industry, action groups and ecological research institutes. The majority of the population are evidently oriented both towards statements from established institutions such as the government and nuclear research centres as well as to information from institutions and persons critical of nuclear energy; they therefore did not shut their eyes to contradictions in the published information. It became clear that a majority of the respondents had a

preference for a decentralized information policy where the public has unimpeded access to as many information sources as possible.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Methode	3
3. Gesundheitsrisiken und Ernährungsänderung	5
3.1 Risikowahrnehmung	5
3.2 Ernährungsänderung	8
4. Einstellungen zur weiteren Kernenergienutzung in der BRD	13
4.1 Entwicklung der öffentlichen Meinung zur Kernenergie	13
4.2 Zusammenhänge mit soziodemographischen Variablen	18
4.3 Kernenergieeinstellung und Umweltsensibilität	20
4.4 Informationsstand über Kernenergie und Kernenergieeinstellung	21
4.5 Ambivalenz als dominantes Einstellungsmuster	24
5. Bewertung der Medienberichterstattung und Informationspolitik	29
5.1 Medienberichterstattung	29
5.2 Informationspolitik	33
6. Glaubwürdigkeit von Informationsquellen	35
6.1 Einschätzung der Glaubwürdigkeit verschiedener Institutionen	35
6.2 Establishment versus Anti-Establishment	37
7. Schlußbemerkungen	41
Literatur	43
Anhang	47
Fragebogen November 1986	47
Fragebogen Mai 1987	53
Fragebogen Mai 1988	61

1. Einleitung

Der Reaktorunfall im russischen Tschernobyl am 26. April 1986 war - zumindest hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Bedeutung - keine technische Katastrophe wie jede andere, etwa ein Eisenbahnunglück oder ein Flugzeugabsturz. "Tschernobyl" ist in der politischen Öffentlichkeit der BRD zum Symbol für die Probleme der technologischen Entwicklung schlechthin geworden. An diesem Ereignis scheiden sich die Geister. Es steht nicht nur für die Auseinandersetzung um Gefahren und Nutzen der Kernenergie; "Tschernobyl" ist zum Begriff für die Widersprüchlichkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts insgesamt geworden. "Tschernobyl" - der Preis des Fortschritts?

Antworten auf solche Fragen zu geben, kann nicht Aufgabe einer empirischen sozialwissenschaftlichen Untersuchung sein. Sie kann aber zeigen, wie eine Gesellschaft reagiert, wenn sie auf drastische Weise mit den Risiken ihrer zentralen Produktivkraft "Technik" konfrontiert wird. Mit dem (bewußt zynischen) Wort vom "größten anzunehmenden Experiment" Tschernobyl, haben Wolfgang KROHN und Peter WEINGART (1986) die sozialwissenschaftliche Relevanz der Reaktorkatastrophe auf den Punkt gebracht. "Tschernobyl" kann als Test auf die Fähigkeit oder den Willen der Gesellschaft verstanden werden, mit ihren selbst produzierten Risiken zu "leben" und sie zu "bewältigen".

Stärker als in vergleichbaren Staaten (etwa Frankreich) war die Diskussion um die Kernenergie in der BRD schon vor dem Reaktorunfall in Tschernobyl politisiert und polarisiert. Seit Anfang der 70er Jahre hatte sich eine aktive außerparlamentarische Opposition gegen die auf den Ausbau der Kernenergie setzende Energiepolitik der jeweiligen Bundesregierungen formiert, die sich mit spektakulären Demonstrationen zu Wort meldete. Durch den Einzug der "Grünen" in den Deutschen Bundestag und die Etablierung einer "alternativen" wissenschaftlichen Infrastruktur von ökologischen Forschungseinrichtungen war die Kernenergiekontroverse institutionell stabil verankert.

"Tschernobyl" traf somit in der BRD auf eine in der Frage der Kernenergie schon hoch sensibilisierte Öffentlichkeit und eine auf die kontroverse Behandlung kernenergiebezogener Themen vorbereitete politische und wissenschaftliche Arena. Die Reaktorkatastrophe hat der Diskussion um die Sicherheit der Kernenergie in der BRD neuen Zündstoff gegeben. Blitzumfragen, wenige Tage nach dem Ereignis in Tschernobyl, zeigten, daß der Unfall tiefe Spuren in der Öffentlichen Meinung hinterlassen hatte: Die Zahl der strikten Gegner der Kernenergie stieg auf mehr als das Doppelte des Standes vor Tschernobyl (NOELLE-NEUMANN 1987; SPIEGEL 1989). Solche Zahlen können allerdings nicht mehr als einen Eindruck von momentanen Stimmungen in der Bevölkerung vermitteln und sagen nur wenig über handlungsrelevante politische Einstellungen aus. Obwohl Tschernobyl zu erheblichen Veränderungen des abfragbaren Meinungsbildes zur Nutzung der Kernenergie geführt hatte, schlugen sich diese Meinungsänderungen kaum im Wahlverhalten nieder. Dies deutet darauf hin, daß das Bild von einer in klare Kernergiegegener und Kernenergiebefürworter gespaltenen Bevölkerung die komplexe Realität von Handlungsorientierungen der Bevölkerung auch nach Tschernobyl nur unzureichend abbildet.

Darüberhinaus kann sich eine Analyse der Bevölkerungsreaktion nicht auf die - zugegebenermaßen wichtige - politische Dimension beschränken. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl stellte für die Bevölkerung einen massiven Eingriff in die Grundlagen des Alltagshandelns dar. Alltagsweltliche Selbstverständlichkeiten wie die Ungefährlichkeit der unmittelbaren Umwelt und der Lebensmittel wurden durch die Auswirkungen des "Super-GAU" in Frage gestellt. Eine Bewertung der Bedrohung wurde jedem abverlangt, der Verantwortung für sich und seine Kinder übernehmen wollte. Die vor diesem Hintergrund erforderliche Notwendigkeit der Neuorientierung des Alltagshandelns (z.B. Änderung von Ernährungsgewohnheiten) wurde dabei vor allem deshalb zum Problem, weil die eigentliche Bedrohung weder für den einzelnen sinnlich wahrnehmbar noch von ihm beeinflussbar war. In der Bewertung der Situation, d.h. in erster Linie in der Einschätzung des Ausmaßes der Bedrohung, war die Bevölkerung daher vollständig auf Sekundärinformationen angewiesen.

Bei der Suche nach Information fand sich der Laie aber mit einer Situation konfrontiert, die Kritiker dazu veranlaßte, von Tschernobyl als "Informationskatastrophe" zu reden. Unklare Zuständigkeiten, dezentrale Entscheidungsfindung, fehlende Kompetenz bei den Entscheidungsträgern und von Anfang an deutlich unterschiedliche Einschätzungen der Größe der Gefahr zwischen "etablierten" und "alternativen" Experten, zwischen der Bundesregierung und den verschiedenen Landesregierungen und zwischen den Parteien machten es für den Bürger schwer, sich zu orientieren und angemessen zu reagieren - einmal als Privatperson im Hinblick auf den Schutz seiner Gesundheit (Ernährungsverhalten) zum andern aber auch als Staatsbürger mit Blick auf politische Konsequenzen (künftige Energiepolitik). Die Frage der rationalen Orientierung des Alltagshandelns wurde in erster Linie zu einer Frage der Glaubwürdigkeit von Informationsquellen.

Den Reaktionen auf diese Herausforderungen an die Orientierung und das Handeln der Bevölkerung, den langfristigen Veränderungen in den politischen Einstellungen und Meinungen zur Kernenergie und dem Informationsangebot in den Medien und seiner Bewertung nachzugehen, war das Ziel eines Forschungsprojekts der Programmgruppe Technik und Gesellschaft der Kernforschungsanlage Jülich. Der vorliegende Endbericht des Teilprojekts "Bevölkerungsbefragungen" faßt die Ergebnisse von drei repräsentativen Umfragen zusammen, die nach der Reaktorkatastrophe zu den Themen "Tschernobyl" und "Kernenergie" durchgeführt worden sind.¹

¹ Weitere derzeit in Arbeit befindliche Teilprojekte sind die Analyse von Intensivinterviews, die im November und Dezember 1986 parallel zur ersten repräsentativen Befragung durchgeführt wurden, sowie eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung über die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und die "Verarbeitung" dieses Ereignisses in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Gesichtspunkt der Vermittlung von "Risikoinformationen". Eine Reihe von Ergebnissen des Projekts sind bereits veröffentlicht in PETERS et al. 1987a und 1987b; PETERS 1988; PETERS und HENNEN 1989.

2. Methode

Mit drei aufeinanderfolgenden repräsentativen Bevölkerungsumfragen wurde versucht, Bevölkerungsreaktionen auf die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl zu erfassen. Die erste dieser Umfragen wurde im November 1986, also etwa ein halbes Jahr nach der Katastrophe von Tschernobyl durchgeführt. Die zweite Befragung fand im Mai 1987, also etwa ein Jahr nach dem Ereignis statt. Die abschließende Umfrage ging im Mai 1988, zwei Jahre nach der Tschernobyl-Katastrophe, ins Feld. Folgende Themenbereiche standen im Mittelpunkt der drei Befragungen:

1. Zunächst sollte untersucht werden, wie hoch die Bevölkerung die eigene Gefährdung durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl eingeschätzt hat.
2. Weiter interessierte, welche Konsequenzen die Bevölkerung aus den Ereignissen in Tschernobyl gezogen hat und zwar in zweierlei Hinsicht
 - hinsichtlich einer Ernährungsänderung, zu der von einer ganzen Reihe von Institutionen über Medien und Auskunftsdienste geraten wurde und
 - hinsichtlich der politischen Konsequenzen, die für die Energiepolitik der Bundesrepublik gezogen werden sollten (z.B. Ausstieg aus der Kernenergie).
3. Schließlich galt - da die Bevölkerung gänzlich auf sekundäre Informationsquellen angewiesen war - das Interesse der Bewertung der Glaubwürdigkeit dieser Quellen.

Die Interpretation der Daten im Hinblick auf diese drei Fragestellungen wird durch den Umstand erschwert, daß der Einfluß von Tschernobyl auf Verhaltens- und Einstellungsänderungen nicht vom Einfluß anderer Ereignisse getrennt werden kann. Zum besonderen Problem wurde dies für die dritte Befragung im Mai 1988. Der Ende 1987 beginnende sogenannte "Atommüllskandal" in der bundesdeutschen Kernenergieindustrie hat vermutlich vergleichbaren Einfluß auf die Einstellung der Bevölkerung zur Kernenergie gehabt wie die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl.

Etwa zehn Fragen wurden identisch in alle drei Fragebogen aufgenommen, um die zeitliche Entwicklung von Meinungs- und Einstellungsverteilungen zu dokumentieren.² Ergänzt wurde dieser gemeinsame "Kern" durch eine Reihe von spezifischen Fragen, um weitere Aspekte zu erfassen bzw. einzelne Aspekte zu vertiefen. Folgende Fragenkomplexe waren weitgehend identisch in allen drei Befragungen enthalten:

1. Perzipierter Einfluß der Umweltverschmutzung auf die Gesundheit allgemein.
2. Die Wahrnehmung von Ursache und Ausmaß der Katastrophe, sowie die Wahrnehmung der persönlichen Betroffenheit durch die Reaktorkatastrophe (Bedrohung der persönlichen Gesundheit und der Gesundheit eigener Kinder).
3. Die aus dem Ereignis gezogenen Konsequenzen: Zum einen hinsichtlich der eigenen Ernährung, zum anderen im Hinblick auf den künftigen Einsatz von Kernenergie (Ausstieg).

² Die Fragebogen sind im Anhang dokumentiert. Die Datensätze der drei Befragungen sind im Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität Köln, Bachemer Str. 40, 5000 Köln 41, archiviert und stehen interessierten Forschern für Sekundäranalysen zur Verfügung.

4. Die Glaubwürdigkeit verschiedener Institutionen (Primärquellen) bei der Information der Bevölkerung über die Reaktorkatastrophe und deren Konsequenzen für die Bundesrepublik.

Zusätzlich zu diesen in allen drei Befragungen enthaltenen Themenkomplexen wurden in der ersten Umfrage zwei Fragen zur Bewertung der Fernsehberichterstattung aufgenommen. Beim zweiten Befragungstermin wurde der Komplex "Glaubwürdigkeit von Informationsquellen" erweitert, wurden zwei Fragen zur retrospektiven Bewertung der Informationslage nach Tschernobyl und der künftig in ähnlich gelagerten Fällen präferierten Art der Information gestellt sowie drei Fragen zur Ermittlung des Informationsstandes der Befragten über Kernenergie aufgenommen. Die dritte Befragung im Mai 1988 wurde um die Frage ergänzt, wann die Befragten zum letzten Mal in den Massenmedien von Tschernobyl gehört hatten. Weiter wurden zwei Fragen gestellt, mit denen die Bedeutung des Atommüllskandals für die jeweilige Einstellung zur Kernenergie im Vergleich zu Tschernobyl erfaßt werden sollte.

Die statistische Grundgesamtheit der drei Erhebungen bildete die deutsche Wohnbevölkerung im Alter über 14 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland und West Berlin. Die Auswahl der Befragungspersonen erfolgte jeweils durch eine mehrfach geschichtete, mehrstufige Zufallsstichprobe.³ Die nachfolgende Aufstellung gibt die wichtigsten Daten der drei Erhebungen wieder:

Befragung	Erhebungszeitraum	Stichprobengröße	Ausschöpfungsquote
November 1986	13.11. - 08.12.1986	1.965	64,4 %
Mai 1987	14.05. - 09.06.1987	2.013	63,0 %
Mai 1988	12.05. - 06.06.1988	1.943	65,2 %

Durch Vergleich der soziodemographischen Struktur der Stichprobe mit der amtlichen Statistik wurden Gewichte ermittelt, die die systematischen Abweichungen der von der Grundgesamtheit hinsichtlich des Bundeslandes, des Regierungsbezirkes, des Gemeindetyps (nach Boustedt), des Alters und des Geschlechts korrigieren. Bei der statistischen Analyse der Daten wurde konsequent mit den gewichteten Daten gearbeitet. Allerdings betreffen die Abweichungen der gewichteten von der ungewichteten Stichprobe meist nur die Nachkomma-Stellen der Prozentwerte und beeinflussen daher die inhaltliche Interpretation nicht.

³ Durchgeführt wurden die drei repräsentativen Umfragen als Teil von Mehrthemen-Befragungen im Auftrag der Programmgruppe Technik und Gesellschaft der Kernforschungsanlage Jülich vom Meinungsforschungsinstitut Infratest Sozialforschung, München. Die einzelnen Fragen wurden vom Projektteam der Programmgruppe Technik und Gesellschaft entworfen und in Zusammenarbeit mit Infratest endgültig ausformuliert. Nach der Durchführung der Umfrage durch Infratest wurden die Daten vom Projektteam statistisch analysiert.

Auf Seiten von Infratest war insbesondere Dr. Walter Ruhland an der Gestaltung der Fragen beteiligt. Wir sind ihm auch für anregende und informative Gespräche über die Ergebnisse der Befragungen zu Dank verpflichtet.

3. Gesundheitsrisiken und Ernährungsänderung

3.1 Risikowahrnehmung

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl stellte den Glauben an die Beherrschbarkeit der Kernenergie auf eine harte Probe. Zum ersten Mal war die bundesdeutsche Bevölkerung von einem kerntechnischen Unfall nicht nur indirekt betroffen, sondern hautnah (im wahrsten Sinne des Wortes) mit dem Ereignis und seinen Folgen konfrontiert. Die Wahrnehmung der eigenen Betroffenheit durch diesen Unfall ist wahrscheinlich das entscheidende Spezifikum des Tschernobyl-Ereignisses - nicht die Zahl der Toten oder Strahlengeschädigten in der fernen Ukraine.

Unser Fragebogen enthielt vier Fragen zur wahrgenommenen Bedrohung durch Tschernobyl. Die erste Frage betraf die erwartete Zahl von Todesopfern in der Bundesrepublik. Zwei weitere Fragen zielten auf die wahrgenommenen Auswirkungen der Katastrophe auf die persönliche Gesundheit und die Gesundheit eigener Kinder. Schließlich wurde nach der Einschätzung der Sicherheit bundesdeutscher Kraftwerke im Vergleich zu sowjetischen gefragt (Tab. 1).

Der Anteil der Befragten, die gravierende gesundheitliche Schäden für sich persönlich oder für die eigenen Kinder befürchten, liegt in allen drei Befragungswellen deutlich unter 20 %. Dies bedeutet jedoch nicht, daß der bei weitem größte Teil der Bevölkerung keine gravierenden Befürchtungen hinsichtlich evtl. gesundheitlicher Auswirkungen durch Tschernobyl hegt. Ein erheblicher Teil der Befragten wählte bei der Frage nach den mutmaßlichen Gesundheitskonsequenzen die Antwort "Weiß nicht". Nun kann diese Kategorie je nach Fragekontext die verschiedensten Bedeutungen haben. Im vorliegenden Fall interpretieren wir die Antworten in dieser Kategorie als Ausdruck von Unsicherheit. Die Feststellung, daß nur eine Minderheit fest davon überzeugt ist, daß die Auswirkungen des Unfalls in Tschernobyl für sie selbst bzw. für ihre Kinder mit gesundheitlichen Schädigungen verbunden ist, muß also ergänzt werden durch die Aussage, daß im November 1986 etwa 40 % der Befragten solche Konsequenzen immerhin nicht völlig ausschließen wollen, auch wenn sie hoffen und glauben, daß solche Konsequenzen nicht eintreten werden.

Aus den Ergebnissen der begleitenden Intensiv-Interviews geht hervor, daß die Unsicherheit in vielen Fällen nicht aus Desinteresse an den Vorgängen in Tschernobyl resultierte, also Indifferenz dem Thema gegenüber ausdrückte wie es sonst häufig bei "Weiß nicht"-Antworten der Fall ist, sondern im Gegenteil Resultat eines intensiven Prozesses der Auseinandersetzung mit den Informationen über das Ereignis war, der jedoch nicht zu einer Reduzierung der Unsicherheit führte. Dies kann hauptsächlich auf die verwirrende Fülle und Widersprüchlichkeit der nach Tschernobyl von verschiedenen Seiten über die Medien vermittelten Informationen zurückgeführt werden, die die Ausbildung einer konsistenten und eindeutigen Beurteilung der Situation kaum zuließen. (Zur Wahrnehmung der Informationslage und Bewertung der Glaubwürdigkeit der Informationsquellen vgl. Kap. 5 und 6.)

Die erhöhte radioaktive Strahlung nach der Katastrophe von Tschernobyl kann noch nach Jahren zu Krebserkrankungen und damit zu weiteren Opfern führen. Wie viele Menschen werden Ihrer Ansicht nach in der Bundesrepublik insgesamt an den Folgen von Tschernobyl sterben?			
	Nov 86 %	Mai 87 %	Mai 88 %
Keine Person	13,1	11,3	12,1
Weniger als 10 Personen	5,1	6,1	4,9
10 - 100 Personen	6,7	9,3	8,1
100 - 1.000 Personen	11,3	13,4	14,2
1.000 - 10.000 Personen	9,3	13,6	14,6
10.000 - 100.000 Personen	4,3	8,5	7,9
über 100.000 Personen	2,8	2,3	3,5
Weiß nicht	47,4	35,6	34,6
	-----	-----	-----
	100,0 (N = 1.953)	100,1 (N = 2.012)	99,9 (N = 1.937)
Glauben Sie, daß Ihnen persönlich durch die zusätzliche radioaktive Strahlung gesundheitlicher Schaden entstanden ist oder noch entstehen wird?			
	Nov 86 %	Mai 87 %	Mai 88 %
Ja	15,1	16,8	15,0
Nein	45,6	47,7	50,2
Weiß nicht	39,2	35,5	34,9
	-----	-----	-----
	99,9 (N = 1.958)	100,0 (N = 2.009)	100,1 (N = 1.921)
Glauben Sie, daß Ihr Kind durch die zusätzliche radioaktive Strahlung gesundheitlich beeinträchtigt worden ist? (nur gefragt, falls der Interviewpartner ein Kind unter 6 Jahren hatte)			
	Nov 86 %	Mai 87 %	Mai 88 %
Ja	17,2	22,7	23,2
Nein	43,5	43,2	42,5
Weiß nicht	39,2	34,1	34,3
	-----	-----	-----
	99,9 (N = 215)	100,0 (N = 198)	100,0 (N = 233)
Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, ob die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik sicherer als die in der Sowjetunion sind oder nicht. Was meinen Sie, ist die Katastrophengefahr bei deutschen Kernkraftwerken			
	Nov 86 %	Mai 87 %	Mai 88 %
Viel kleiner	27,5	34,2	26,8
Etwas kleiner	34,4	32,7	36,7
Genauso hoch	26,9	21,8	27,8
Höher als bei russischen Kernkraftwerken?	1,0	1,5	1,2
Weiß nicht	10,1	9,8	7,5
	-----	-----	-----
	99,9 (N = 1.963)	100,0 (N = 2.012)	100,0 (N = 1.931)

Tab. 1. Einschätzung des Risikos durch die Tschernobyl-Katastrophe

Auffälligstes Ergebnis in allen drei Befragungen ist also die relativ große Zahl von "Weiß nicht" Antworten bei den Fragen nach den Folgen des Unfalls für die Bundesrepublik und die persönliche Gesundheit. Die vorherrschende Reaktion auf Tschernobyl bei den Befragten war daher durchaus nicht die Erwartung katastrophaler Auswirkungen sondern ein Gefühl der Unsicherheit. Die Unsicherheit ist deutlich mit verschiedenen soziodemographischen Variablen korreliert. Aus den Antworten auf drei Fragen zu den erwarteten Folgen von Tschernobyl wurde ein Index "Unsicherheit über die Tschernobyl-Folgen" mit einem Wertebereich von 0 bis 3 konstruiert, der zählt, wie oft die Kategorie "Weiß nicht" bei den drei Fragen gewählt wurde.⁴ Dieser Index läßt sich als Maß für die empfundene Unsicherheit im Hinblick auf die Folgen von Tschernobyl interpretieren. Interessant ist die Feststellung, daß bei Frauen die Unsicherheit mit wachsendem Alter zunimmt (alle drei Befragungen kumuliert: $\gamma = 0.24$), bei den Männern dieser Zusammenhang jedoch nur wesentlich schwächer ausgeprägt ist ($\gamma = 0.08$). Ältere Frauen bilden daher die Bevölkerungsgruppe, die am stärksten unter der Unsicherheit über die Folgen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl leidet. Dies gilt in noch verstärktem Maße dann, wenn die Frauen verwitwet sind.

Insgesamt ist die Wahrnehmung einer Bedrohung durch Tschernobyl nur schwach mit soziodemographischen Variablen korreliert (Tab. 2). Ein stärkerer Zusammenhang zeigt sich dagegen mit einem aus den Antworten zu drei Statements zur Wahrnehmung allgemeiner Umweltrisiken konstruierten Index "Umweltsensibilität".

Die drei Statements, auf die die Befragten jeweils mit Zustimmung oder Ablehnung reagieren konnten, lauteten:

1. Die heutige hohe Lebenserwartung, also daß die Leute länger leben als früher, zeigt, daß die Umweltverschmutzung keinen entscheidenden Einfluß auf die Gesundheit hat.
2. Obwohl von der Umweltverschmutzung gesundheitliche Gefahren ausgehen, lassen sich diese durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen begrenzen.
3. Krankheiten, die durch Umweltverschmutzung verursacht werden, stellen heute eine der gefährlichsten Bedrohungen dar, gegen die wir medizinisch kaum ein Mittel in der Hand haben.

Wurde nur dem ersten bzw. dem ersten und zweiten Statement zugestimmt, dann wurde die Umweltsensibilität als "Gering" eingestuft, bei einer Zustimmung nur zum zweiten Statement als "Mittel", bei einer Zustimmung des zweiten und dritten Statements als "Stark" und einer Zustimmung nur zum dritten Statement als "Sehr stark". Befragte, die inkonsistent (Bejahung des ersten und dritten Statements) bzw. undifferenziert (Bejahung bzw. Verneinung aller drei Statements) antworteten wurden als "Nicht zu klassifizieren" von der ordinalen Skalierung ausgeschlossen (insgesamt 14 % der Befragten).

Dieser Index, der im wesentlichen ein Maß für die erwartete Gesundheitsbedrohung durch Umweltverschmutzung ganz allgemein darstellt, korreliert stark insbesondere mit der Wahrnehmung einer spezifischen Gesundheitsbedrohung durch Tschernobyl (Tab. 3). Erwartungsgemäß haben die Ereignisse in Tschernobyl also besonders die Personen beunruhigt, die auch gegenüber Umweltverschmutzung im allgemeinen besonders sensibilisiert sind.

⁴ Es handelt sich um die Fragen nach der vermutlichen Zahl der Toten in der Bundesrepublik als langfristige Folge der Tschernobyl-Katastrophe, nach der persönlichen Gesundheitsschädigung und nach der Sicherheit deutscher im Vergleich zu den russischen Reaktoren (die genauen Frageformulierungen sind im Anhang abgedruckt).

	Geschlecht γ	Alter γ	Bildung γ	Kinder γ
Geschätzte Zahl an Todesfällen in der BRD	0,11**	-0,14**	0,05*	0,07*
Wahrgenommener persönlicher Gesundheitsschaden	0,09*	-0,30**	0,19**	0,27**
Wahrgenommener Gesundheitsschaden für Kinder	0,23*	-0,09	0,32**	-
Kernenergieisiko im Vergleich zur UdSSR	0,28**	-0,14**	-0,05*	0,14**
Anmerkung: * signifikant auf dem 5 %-Niveau; ** signifikant auf dem 1 %-Niveau				

Tab. 2. Statistische Assoziation zwischen der Wahrnehmung einer Bedrohung und soziodemographischen Merkmalen (Befragungen kumuliert)

	Umweltsensibilität		
	Nov 86 γ	Mai 87 γ	Mai 88 γ
Geschätzte Zahl an Todesfällen in der BRD	0,34**	0,36**	0,31**
Wahrgenommener persönlicher Gesundheitsschaden	0,55**	0,63**	0,64**
Wahrgenommener Gesundheitsschaden für Kinder	0,55**	0,42**	0,63**
Kernenergieisiko im Vergleich zur UdSSR	0,36**	0,35**	0,35**
Anmerkung: ** signifikant auf dem 1 %-Niveau			

Tab. 3. Statistische Assoziation zwischen der Wahrnehmung einer Bedrohung und dem Index "Umweltsensibilität"

Alles in allem läßt sich von der ersten zur dritten Befragung kein klarer Trend der Beruhigung über die Folgen von Tschernobyl und die Sicherheit bundesdeutscher Kernkraftwerke erkennen. Während die Erwartung eines persönlichen Gesundheitsschadens leicht zurückgegangen ist, wird die Zahl der zu erwartenden Todesopfer höher eingeschätzt. Auch bezüglich des zu erwartenden Gesundheitsschadens für eigene Kinder sind die Befürchtungen eher gestiegen. Daß in der dritten Befragung die Sicherheit der bundesdeutschen Kernkraftwerke im Vergleich zu solchen sowjetischen Typs sogar noch negativer eingeschätzt wird als in der ersten Befragung, während in der zweiten Befragung das Vertrauen in die bundesdeutschen Sicherheitsstandards wieder gestiegen war, ist als Reaktion auf den sog. "Atommüllskandal" zu sehen. Bei manchen Befragten hat das nach Tschernobyl ins Spiel gebrachte Argument von den im Vergleich zur UdSSR höheren bundesdeutschen Sicherheitsstandards durch diesen "Atommüllskandal" sicherlich an Überzeugungskraft verloren.

3.2 Ernährungsänderung

Nach Tschernobyl gab es eine Vielzahl (widersprüchlicher) Empfehlungen zum Verzehr von Frischmilch, Frischgemüse und Wild, bis hin zu Verboten hinsichtlich des Verkaufs bestimmter Lebensmittel. In den drei Befragungswellen wurde daher danach gefragt, ob die eigene Ernährung und die Ernährung eigener Kinder nach Tschernobyl geändert wurde. Angesichts der doch heftig geführten öffentlichen Debatte um die Gefahren des Verzehrs kontaminierter Nahrungsmittel mag es überraschen, daß in der ersten Befragung, ein halbes Jahr nach Tschernobyl, nur 45 % der Befragten angaben, ihre eigene Ernährung geändert zu haben (Tab. 4).

Haben Sie (<i>Befragung im Mai 1988: damals</i>) nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl Ihre Ernährungsgewohnheiten geändert, um möglichst wenig Radioaktivität mit der Nahrung aufzunehmen?			
	Nov 86 %	Mai 87 %	Mai 88 %
Ja	44,9	31,0	44,9
Nein	55,1	69,0	55,1
	-----	-----	-----
	100,0	100,0	100,0
	(N = 1.965)	(N = 1.984)	(N = 1.934)
Haben Sie (<i>Befragung im Mai 1988: damals</i>) die Ernährung dieses Kinder/dieser Kinder wegen der radioaktiven Belastung aus der Katastrophe von Tschernobyl geändert? (<i>nur gefragt, falls der Befragte Kinder unter 6 Jahren hatte</i>)			
	Nov 86 %	Mai 87 %	Mai 88 %
Ja	53,6	53,7	56,5
Nein	46,4	46,3	43,5
	-----	-----	-----
	100,0	100,0	100,0
	(N = 215)	(N = 196)	(N = 230)

Tab. 4. Angegebene Ernährungsänderung nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

Es ist nicht ganz klar, wie genau die Antworten der Befragten das Ausmaß der tatsächlichen Ernährungsänderung wiedergeben. Auf der einen Seite haben vielleicht manche Männer den geänderten Speisezettel in ihrem Haushalt überhaupt nicht bemerkt - das könnte auch erklären, warum deutlich weniger Männer als Frauen angeben, sie hätten ihre Ernährung geändert. Auf der anderen Seite bestand durch die "Öffentliche Meinung" sehr wohl ein normativer Druck, seine Ernährung und vor allem die der abhängigen Kinder zu ändern. Dieser Druck läßt die Antwort "Ja" auf unsere Frage nach der Änderung der Ernährungsgewohnheiten als sozial erwünscht erscheinen, was tendenziell zu einer Überschätzung des Ausmaßes der Ernährungsänderung führen würde. Mit hoher Plausibilität ist daher davon auszugehen, daß unsere Daten das Ausmaß faktischer Ernährungsveränderung eher über- als untertreiben. Diese Interpretation wird durch die Daten unserer zweiten Befragung gestützt. Hier gaben nur noch 31 % der Befragten an, ihre Ernährung nach Tschernobyl geändert zu haben. In der dritten Befragung stieg der Prozentsatz wieder auf 45 %. Wenn die Frage nach der Ernährungsänderung ein valider Indikator für faktisches Ernährungsverhalten wäre, dann müßte man dieselben Prozentzahlen in allen drei Befragungen erwarten. Die Unterschiede lassen sich erklären, wenn man die Antworten eher als Indikator für den wahrgenommenen normativen Druck, das Ernährungsverhalten zu ändern, denn als Indikator für eine tatsächliche Verhaltensänderung interpretiert. Die Abnahme der angegebenen Ernährungsänderung von der ersten zur zweiten Befragung erklärt sich dann aus der abnehmenden Betroffenheit mit wachsendem Zeitabstand zum Ereignis Tschernobyl. Der in der dritten Befragung wieder erhöhte Anteil von Befragten, die eine Ernährungsänderung angeben, könnte dadurch erklärt werden, daß unter dem Eindruck des Atommüllskandals und der Diskussion um die "Molkepulver-Affäre"⁵ das Bewußtsein um die Risiken der Kernenergie im

⁵ Die Molkepulver-Affäre begann in den Wochen nach der Tschernobyl-Katastrophe. Ein Teil

allgemeinen und die Kontamination der Lebensmittel im besonderen wieder gestiegen war. Ein ähnliches Verlaufsmuster findet sich bei der in Kapitel 4 diskutierten Frage nach der präferierten zukünftigen Nutzung der Kernenergie.

Eine alternative Erklärung für diesen kurvilinearen Trend bei den Antworten nach der Ernährungsänderung stellt die semantische Ambiguität in der Formulierung der Frage dar "Haben Sie nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl Ihre Ernährungsgewohnheiten geändert, um möglichst wenig Radioaktivität mit der Nahrung aufzunehmen?" Diese Frage könnte von einigen Befragten so verstanden worden sein, als sei nach einer Ernährungsänderung noch zum Zeitpunkt der jeweiligen Befragung gefragt, während es unsere Absicht war zu erfassen, ob unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe das Ernährungsverhalten geändert worden ist. Die Zunahme der angegebenen Ernährungsänderung von der zweiten zur dritten Befragung könnte dann durch eine leichte Änderung der Frageformulierung in der letzten Umfrage erklärt werden: "Haben sie **damals** nach der Reaktorkatastrophe ihre Ernährungsgewohnheiten geändert ...". Wir hielten diese Modifizierung aufgrund des zweijährigen Abstands zum Ereignis für notwendig. Da dieselbe Modifizierung bei der Frage nach der Kinderernährung zu keinem vergleichbaren Effekt führte, erscheint es allerdings plausibler, daß der Trend tatsächliche Veränderungen in der Besorgnis über die Kontamination von Lebensmitteln reflektiert.

Die Ernährungsänderung ist stark von soziodemographischen Variablen abhängig (Tab. 5). Neben der bereits erwähnten Assoziation mit dem Geschlecht des Befragten, ist insbesondere ein starker Zusammenhang mit dem Bildungsgrad festzustellen. Zudem ist eine Änderung der Ernährung überdurchschnittlich häufig in solchen Haushalten zu verzeichnen, in denen Kinder unter 6 Jahren leben. Letzterer Effekt ist wiederum abhängig vom Bildungsgrad: er ist besonders hoch in höheren Bildungsschichten (Abb. 1).

Da in den Medien immer wieder auf die besondere Gefährdung für Kinder durch radioaktiv belastete Nahrungsmittel hingewiesen wurde, überrascht eigentlich nicht, daß in Haushalten mit kleinen Kindern die Ernährung besonders häufig geändert wurde. Neben der objektiv gegebenen erhöhten Gefährdung der Kleinkinder mag dabei auch ein psychologischer Faktor eine Rolle gespielt haben, der in den begleitenden Intensivinterviews immer wieder deutlich wurde: Solange das Gesundheitsrisiko durch radioaktiv belastete Nahrungsmittel nur einen selbst betrifft, sind die Befragten im Durchschnitt weitaus sorgloser als wenn das Risiko auch im Haushalt lebende andere Personen - etwa den Ehegatten oder vor allem die eigenen Kinder - bedroht. Aus Verantwortungsgefühl den (in der Ernährung) abhängigen Personen gegenüber werden die Befragten tendenziell übervorsichtig - gemessen in ihrer eigenen Einschätzung des Risikos.

der kontaminierten Milch wurde - da als Frischmilch nicht mehr absetzbar - zu Käse verarbeitet. Während des Herstellungsprozesses blieb der größte Teil des radioaktiven Caesium im Molkepulver zurück, das als Nebenprodukt bei der Käseherstellung anfällt. Es gibt gute Gründe dafür, dieses Molkepulver aus dem menschlichen Nahrungskreislauf zu entfernen, um gemäß dem sog. ALARA-Prinzip des Strahlenschutzes die Belastungen der Bevölkerung "as low as reasonably achievable" zu halten - selbst unterhalb der geltenden Grenzwerte. Aus Gesichtspunkten des Strahlenschutzes gab es allerdings kaum die Notwendigkeit, besondere Vorsichtsmaßnahmen beim Transport und bei der Lagerung dieses Molkepulvers zu beachten. Waggons mit dem Molkepulver wurden jedoch - begleitet von Protesten - wie hochaktiver Atommüll von Ort zu Ort verschoben. Es entwickelte sich eine öffentliche Diskussion darüber, was mit diesem Molkepulver geschehen sollte. Letzten Endes übernahm der Bundesumweltminister die Verantwortung für das kontaminierte Molkepulver. Es wurde beschlossen, eigens eine Anlage für die Dekontamination dieses Molkepulvers zu errichten.

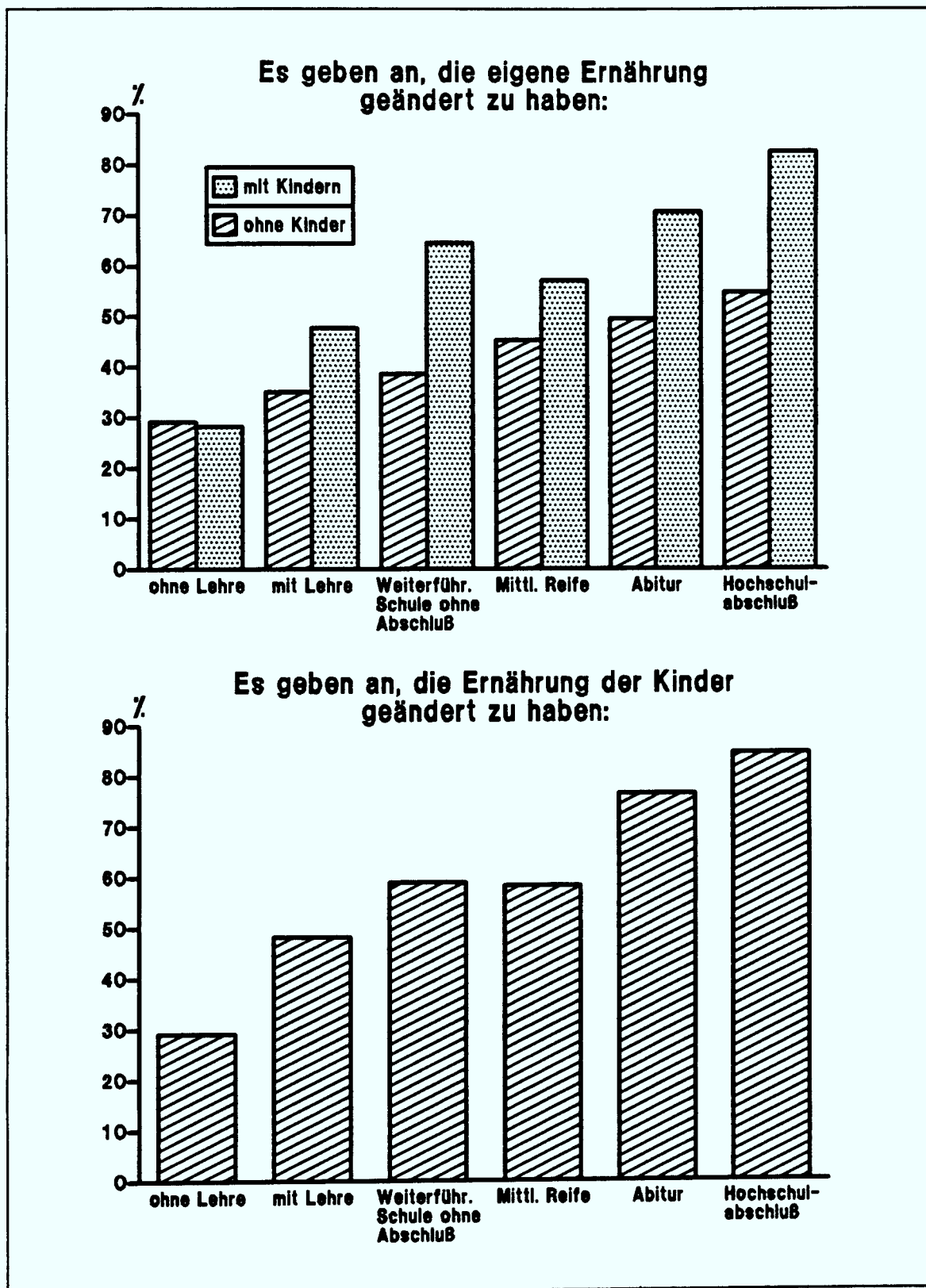


Abb. 1. Angabe einer Ernährungsänderung (Befragungen kumuliert)

	Geschlecht	Alter	Bildung	Kinder
	γ	γ	γ	γ
Änderung der eigenen Ernährung	0,23**	-0,08**	0,26**	0,29**
Änderung der Kinderernährung	0,29**	-0,06	0,41**	-
Anmerkung: ** signifikant auf dem 1 %-Niveau				

Tab. 5. Statistische Assoziation zwischen Ernährungsänderung und soziodemographischen Merkmalen (Befragungen kumuliert)

Personen mit eigenen Kindern unter 6 Jahren wurden gesondert gefragt, ob sie die Ernährung dieses Kindes bzw. dieser Kinder geändert hätten. Aus den bereits oben diskutierten Gründen haben Befragte mit kleinen Kindern im Mittel häufiger die Ernährung dieser Klein- und Vorschulkinder, aber auch die eigene, geändert als Befragte ohne kleine Kinder. Die Ernährungsänderung für kleine Kinder ist sehr hoch mit der Änderung der eigenen Ernährung korreliert (kumuliert über alle drei Befragungen: $\gamma = 0,93$), was darauf hindeutet, daß in den meisten Fällen wohl die Ernährungsgewohnheiten der ganzen Familie und nicht einzelner Familienmitglieder geändert wurden.

Noch stärker als bei der Änderung der eigenen Ernährung in der Gesamtpopulation zeigt sich der Einfluß des Bildungsgrades bei der Änderung der Kinderernährung (Abb. 1). Befragte mit abgeschlossenem Hochschulstudium geben etwa dreimal so häufig an, daß sie die Kinderernährung geändert haben, wie Befragte der untersten Bildungsgruppe.

Es ist keineswegs so, daß Befragte geringeren Bildungsgrades - allgemein gefragt - wesentlich weniger Besorgnis über den Einfluß der Umweltverschmutzung auf die Gesundheit äußern als solche mit gehobenen Bildungsabschlüssen. Die statistische Assoziation zwischen dem Index "Umweltsensibilität" und dem Bildungsgrad beträgt - kumuliert über alle drei Befragungen - lediglich $\gamma = 0,06$. Trotzdem haben Befragte mit höherer Bildung weitaus häufiger ihre eigene Ernährung und die ihrer Kinder umgestellt als solche mit geringerer Bildung. Dies mag als Resultat kognitiver Überforderung interpretiert werden. Weniger gebildete Befragte tun sich vermutlich schwerer, aus ihrer Alltagsroutine auszubrechen und Handlungskonsequenzen aus ihrer Einstellung zu ziehen. Aber auch der zusätzliche finanzielle Aufwand einer Ernährungsumstellung (Rückgriff z.B. auf Tiefkühlprodukte und Trockenmilch) dürfte - da Einkommen mit Bildung korreliert - für Befragte mit niedrigerer formaler Bildung eine größere Hürde darstellen als für Personen mit einem höheren Bildungsabschluß und damit meist höheren Einkommen. Vielleicht reagieren gebildete Befragte aber auch nur sensibler auf normative Erwartungshaltungen.

4. Einstellungen zur weiteren Kernenergienutzung in der BRD

Seit Mitte der 70er Jahre gibt es in der Bundesrepublik eine öffentliche gesellschaftliche Kontroverse über Nutzen und Risiken der Kernenergie. Als Ereignis, das den Beginn der "heißen" öffentlichen Debatte dieses Themas markiert, werden allgemein die Wyhl-Demonstrationen 1975 aufgefaßt. Im Grunde haben sich seit 1955 nennenswerte Teile der Bevölkerung gegen die Kernenergie ausgesprochen (vgl. z.B. die Zusammenstellung zahlreicher Meinungsbefragungen durch DUBE (1988) sowie WIEDEMANN und JUNGEMANN (1989), ohne daß dies jedoch die Politik der im Bundestag vertretenen Parteien nennenswert beeinflußt hätte. Durch die Entstehung der ökologischen Bewegung wurde die Kernenergiekontroverse zwar ein parlamentarisches Thema, war aber im Parlament dennoch kaum repräsentiert. Sie spielte sich im außerparlamentarischen Raum zwischen der staatlichen Exekutive, der Industrie und der Kernforschung auf der einen und der ökologischen Bewegung auf der anderen Seite ab. Erst mit dem Auftreten der "Grünen" auf der parlamentarischen Bühne ist die Kernenergiekontroverse Gegenstand auch parteipolitischer und parlamentarischer Auseinandersetzungen.

Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl ist die politische Diskussion um einen möglichen Ausstieg der Bundesrepublik aus der Kernenergie erneut intensiver geworden. Während die Parteien CDU, CSU und FDP ihre kernenergiebefürwortende Haltung (trotz Verunsicherung vieler ihrer Wähler und Mitglieder) kaum revidierten und die Grünen bei ihrer klaren Anti-Kernenergie-Haltung blieben, kam mit dem auf dem Nürnberger Parteitag im August 1986 gefaßten Beschluß zur Forderung eines Ausstiegs aus der Kernenergie innerhalb der SPD eine Entwicklung zum (vorläufigen) Abschluß, die von einer relativ klaren Zustimmung zur Kernenergie noch in den 70er Jahren zu einer immer größer werdenden Ablehnung führte. Tschernobyl war zwar nicht die Ursache dieser Entwicklung, bildete aber den Auslöser für die innerparteiliche Durchsetzung des bereits vorhandenen Anti-Kernenergie-Lagers der SPD.

4.1 Entwicklung der öffentlichen Meinung zur Kernenergie

Unter dem Eindruck der öffentlichen Meinung schien eine Politik des Kernenergieausstiegs mehrheitsfähig zu sein. In der ersten Befragung im November 1986, sprachen sich nur noch 28 % der Befragten für eine unbefristete Beibehaltung des heutigen Standes der Kernenergienutzung oder einen Ausbau der Kernenergie aus. In weiten Teilen der Öffentlichkeit herrschte der Eindruck vor, daß der Tschernobyl-Unfall der CDU/CSU und der von ihr geführten Regierung schaden würde und einem rot-grünen Bündnis zur Mehrheit verhelfen könnte (SPIEGEL 1986, S. 30). Angesichts dieser offenkundigen Ablehnung der Kernenergie durch einen großen Teil der Bevölkerung überraschten dann die Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen (Juni 1986), Bayern (Oktober 1986) und Hamburg (November 1986) sowie die Ergebnisse der Bundestagswahl im Januar 1987, in der die deutlichen Erfolge der "Ausstiegs"-Parteien SPD und Grüne ausgeblieben sind, die viele Beobachter erwartet hatten (SCHULTZE 1987, S. 8). Die offenkundige Diskrepanz zwischen drastischen Umbrüchen in der demoskopisch ermittelten Meinung der Bevölkerung und ihrem Wahlverhalten, die Wahlforscher auch bei anderen Gelegenheiten, etwa der Wiederbewaffnungsdiskussion vor der Bundestagswahl 1957

feststellten, macht deutlich, daß die Haltung der Bevölkerung zur Kernenergie sehr differenziert betrachtet werden muß.

Es zeigt sich beispielsweise, daß der Prozentsatz der Befragten, die sich für Antwortalternativen entscheiden, die als Forderung nach einem Kernenergieausstieg interpretiert werden können, sehr stark von der Frageformulierung und dem Fragedesign, aber auch von der jeweiligen aktuellen Situation beeinflusst ist. Bekannt ist beispielsweise, daß die Verwendung des Begriffs "Atomkraft" oder "Atomenergie" in der Frageformulierung signifikant mehr Ausstiegsbefürworter "produziert" als die Verwendung des Begriffs "Kernenergie". Hinzu kommen weitere Effekte wie der sog. "Hauseffekt" der verschiedenen Befragungsinstitute, der vermutlich auf der Zusammensetzung der Interviewerstäbe und der jeweiligen Auswahlverfahren beruht, sowie der Einfluß der Reihenfolge der Fragen im Fragebogen und der des Fragenkontextes.

Die einfachen Prozentanteile von sog. Ausstiegsbefürwortern aus den Umfragedaten (wegen ihrer intuitiven Verständlichkeit und legitimierenden Nützlichkeit bei Politikern, Medien und Laien beliebt) sind daher mit äußerster Vorsicht zu interpretieren. Wie Abb. 2 zeigt, variieren diese Prozentsätze je nach Frageformulierung über einen weiten Bereich (vgl. PETERS und HENNEN 1989).

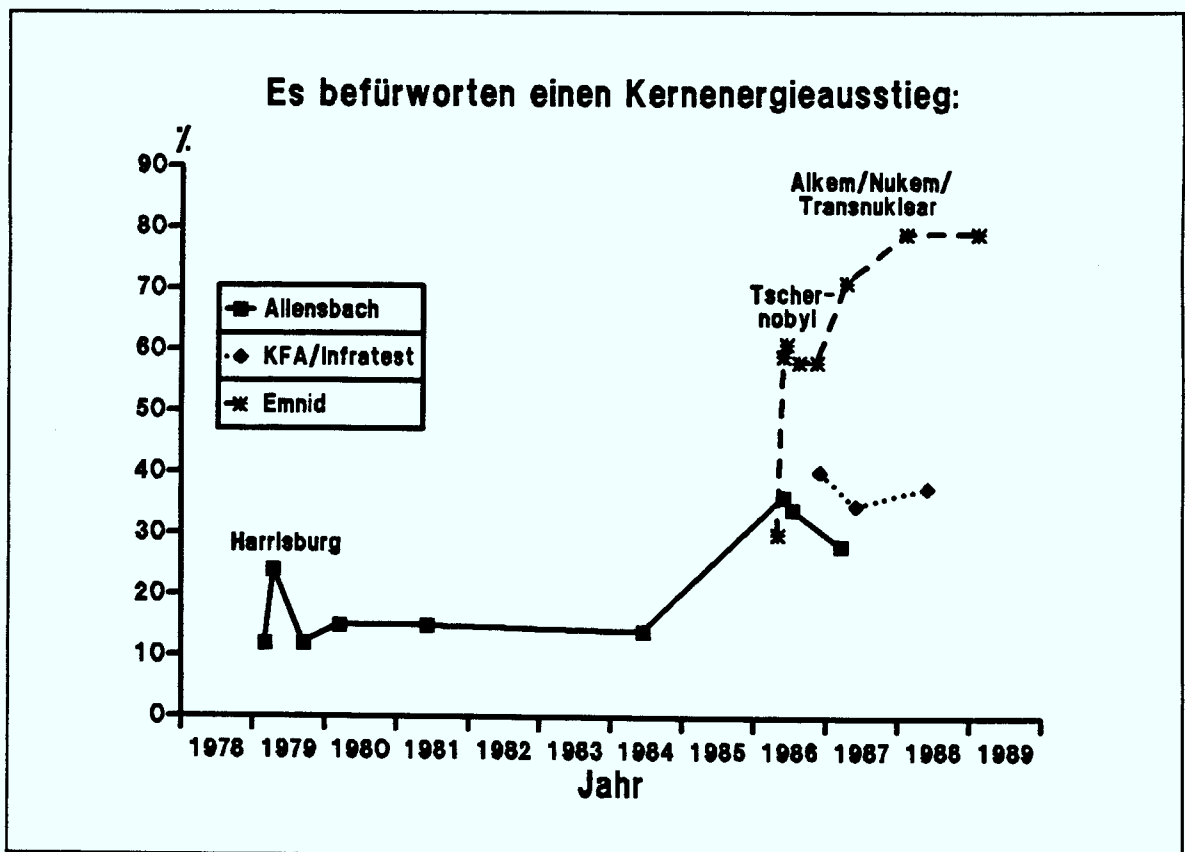


Abb. 2. Zeitreihen der Kernenergieopposition nach den Erhebungen verschiedener Meinungsforschungsinstitute: Die Daten des Instituts für Demoskopie Allensbach stammen aus NOELLE-NEUMANN (1987); die von Emnid aus dem SPIEGEL (1988 und 1989), Die Daten der KFA/InfraTest-Erhebungen sind die der vorliegenden Studie.

Dieses als "Manipulation" zu verdammen und eine "neutrale" Frageformulierung zu verlangen, verkennet das grundsätzliche Problem, das primär in der unkritischen oder manipulativen Verwendung der Daten, nicht aber in ihrer Erhebung besteht.

Demoskopische Erhebungen arbeiten in aller Regel mit ungeeichten Meßinstrumenten. Dies macht die Daten zwar nicht wertlos, erfordert aber eine besonders sorgfältige Analyse und Interpretation. Aussagekräftig sind weniger die Prozentsätze, die auf die einzelnen Antwortalternativen einer Frage entfallen, als vielmehr Korrelationen bzw. Assoziationen der erhobenen Daten untereinander, Vergleiche von Subpopulationen (z.B. Männer versus Frauen) sowie Trends bei wiederholter Anwendung des gleichen demoskopischen Meßinstruments zu verschiedenen Zeitpunkten.

Es ist also nicht möglich, die demoskopischen Daten über den Anteil von Ausstiegsbefürwortern als eine Art informelles Referendum über die Zukunft der Kernenergie zu betrachten. Das Verhalten der Befragten in einer (für sie konsequenzenlosen) Befragungssituation richtet sich an anderen Kriterien aus als das Verhalten bei einem mit politischen Konsequenzen behafteten Referendum oder einer Wahl, bei der ja auch andere Themen und Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Stimmungen und die Gelegenheit, "Ärger abzuladen" (z.B. über die "Atomlobby"), werden tendenziell zu einer Überschätzung der öffentlichen Reaktion auf Ereignisse wie die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl führen.

Vermutlich bestand nach der Tschernobyl-Katastrophe und nach den Vorgängen um die Hanauer Firmen Nukem, Alkem und Transnuklear auch bei vielen im Prinzip der Kernenergie neutral oder leicht positiv gegenüberstehenden Personen das Bedürfnis, der "Atomlobby" einen Denkmittel zu verpassen, ohne daß man deswegen gleich die bestehende Energiepolitik in Frage stellen wollte.⁶ Die auch in unserer Befragung verwendete Frage nach der Position zur künftigen Kernenergie-Nutzung ist daher eher als (ungeeichte) Skala "Befürwortung oder Ablehnung der Kernenergie" zu interpretieren als im Sinne einer repräsentativen Verteilung kernenergiepolitischer Positionen in der Bevölkerung.

Leider verfügen wir nicht über vergleichbare Daten von Zeitpunkten vor der Tschernobyl-Katastrophe, so daß wir den Tschernobyl-Effekt mit unseren drei Befragungen nicht direkt nachweisen können. Zwei Forscherteams haben jedoch den Einfluß der Tschernobyl-Katastrophe auf Meinungen und Einstellungen bei kleineren und lokal eng begrenzten Stichproben direkt messen können. Zufällig waren in Großbritannien und in den Niederlanden jeweils einige Wochen vor der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl schriftliche Befragungen der Bevölkerung zum Thema "Kernenergie" durchgeführt worden und es war möglich, die vor "Tschernobyl" befragten Personen unmittelbar nach der Reaktorkatastrophe erneut zu befragen.

⁶ Heiner Treinen machte uns darauf aufmerksam, daß ein ähnlicher Effekt auch bei der Volkszählung 1987 zu beobachten war. Ein latentes Unbehagen gegenüber der staatlichen "Zumutung", seine Daten preisgeben zu müssen, auch bei vielen Personen, die im Prinzip eine Volkszählung für sinnvoll und legitim halten, produzierte in den vor der Volkszählung durchgeführten Befragungen wesentlich häufiger die Antwort "werde die Volkszählung boykottieren", als es der tatsächlichen Boykottquote entsprach.

So hatten J. Richard EISER, Russell SPEARS und Paul WEBLEY (1989) in Großbritannien gerade 480 Personen aus der Stadt Dorset unter anderem zum Thema Kernenergie befragt, als sich die Katastrophe in Tschernobyl ereignete. Sie nutzten die Gelegenheit und interviewten diese Personengruppe im Juni 1986 erneut. Sie fanden heraus, daß erwartungsgemäß zwischen der ersten und der zweiten Befragungswelle die Einstellung der befragten Personen zu bestehenden Kernkraftwerken in Großbritannien und dem Neubau von Kernkraftwerken negativer geworden war. Die Autoren zeigen sich jedoch überrascht über das geringe Ausmaß der Einstellungsänderung. Sie führen dies auf eine Reihe von Strategien zur Lösung von "belief dilemmas" zurück, wie beispielsweise eine "differentiation" genannte Haltung, beim Einstellungsobjekt zwischen den (gefährlichen) sowjetischen Kernkraftwerken und den (sicheren) britischen Kernkraftwerken zu unterscheiden.

In den Niederlanden nutzte Bas VERPLANKEN (1989) eine Stichprobe von fast 2.500 Personen aus der Stadt Leiden, die im Februar/März 1986 schriftlich zu Themen der Energieversorgung in den Niederlanden befragt worden waren, um einen Monat nach der Katastrophe, im Mai/Juni 1986, rund 200 dieser Personen erneut zu befragen. Dieses wiederholte er noch zweimal im Oktober 1986 und im November/Dezember 1987. Auch er fand eine (mäßige) Einstellungsänderung der Befragten im Hinblick auf Kernenergie von der ersten zur zweiten Welle, doch hatte sich ein halbes Jahr später, im Oktober 1986, die durchschnittliche Einstellung schon fast wieder auf den Vor-Tschernobyl-Stand eingependelt. Dauerhafter war jedoch der Effekt, daß die Befragten einen großen Unfall auch in den Niederlanden für viel wahrscheinlicher hielten als vor der Tschernobyl-Katastrophe, was Verplanken unter Verweis auf die sog. "Verfügbarkeits-Heuristik" (TVERSKY und KAHNEMAN 1973) erklärt. Dadurch, daß eine Reaktorkatastrophe erfahrbar und bildlich vorstellbar geworden sei, werde auch die Wahrscheinlichkeit ihres Eintretens höher eingeschätzt.

Das Manko fehlender Paneluntersuchungen in der Bundesrepublik mit einer Nullmessung vor der Tschernobyl-Katastrophe und einer oder mehreren Messungen danach läßt sich teilweise durch die veröffentlichten Zeitreihen des Instituts für Demoskopie Allensbach und von Emnid, Bielefeld, ausgleichen. Diese Zeitreihen zeigen einen ähnlichen "Tschernobyl"-Effekt wie die beiden vorgenannten Untersuchungen - einen Anstieg der Kernenergieopposition. Wegen des unterschiedlichen methodischen Vorgehens sind die Ergebnisse der deutschen Zeitreihen mit den Untersuchungen von Verplanken sowie Eiser, Spears und Webley nicht völlig vergleichbar; doch dürfte der Anstieg der Kernenergieopposition in der Bundesrepublik durch die Tschernobyl-Katastrophe eher höher gewesen sein als in Großbritannien und den Niederlanden.

Trotz unterschiedlicher Fragenformulierungen und entsprechend unterschiedlichen Prozentsätzen von Befragten, die sich zu Ausstiegspositionen bekannten, zeigen beide Befragungsreihen von Allensbach und Emnid zwischen den Zeitpunkten vor und unmittelbar nach der Tschernobyl-Katastrophe eine ungefähre Verdoppelung der Anteile der Befragten, die sich für den Kernenergieausstieg aussprechen. Gefolgt wird dieser markante Anstieg der Kernenergiegegnerschaft von den ersten Anzeichen eines Abbaus der Anti-Kernenergie-Position. Bis hier gleicht die Reaktion in etwa der, die sich nach dem (wesentlich weniger gravierenden und die Bundesrepublik direkt nicht betreffenden) Unfall in Three Mile Island einstellte.

Daß es dann seit etwa Mitte 1987 zu einem erneuten Anstieg in der sich demoskopisch äuernden Kernenergieopposition kommt, ist auf den Bestechungsskandal in Unternehmen der Kernenergieindustrie zurückzuführen, der große öffentliche Aufmerksamkeit fand und zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses führte. Diese Vorgänge kompensierten nicht nur den sinkenden Einfluß der Tschernobyl-Katastrophe auf die öffentliche Meinung, sondern führten sogar zu einem erneuten Anstieg der Kernenergieskepsis. Wie Tab. 6 zeigt, ist der Trend einer nach "Tschernobyl" zunächst abflauenden und dann wieder ansteigenden Kernenergieopposition auch in unseren Befragungsergebnissen wiederzufinden.

Über die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung kann man unterschiedliche Meinungen hören. Bitte sagen Sie mir anhand dieser Liste, welcher Meinung Sie persönlich zustimmen.			
	Nov 86 %	Mai 87 %	Mai 88 %
Wir sollten soviel Kernenergie wie möglich nutzen und bei Bedarf noch weitere Kernkraftwerke bauen	7,2	8,7	5,1
Wir sollten den gegenwärtigen Stand der Kernenergienutzung beibehalten und neue Kernkraftwerke nur dann bauen, wenn dafür alte stillgelegt werden	21,4	25,1	22,6
Wir sollten die heute in Betrieb oder im Bau befindlichen Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer Lebensdauer nutzen, jedoch keine neuen bauen	31,2	31,6	34,8
Wir sollten unsere Kernkraftwerke im Laufe der nächsten Jahre stilllegen und auf die Nutzung der Kernenergie ganz verzichten	30,9	27,6	30,3
Wir sollten alle unsere Kernkraftwerke sofort abschalten	9,3	7,2	7,2
	-----	-----	-----
	100,0	100,2	100,0
	(N = 1.953)	(N = 1.999)	(N = 1.918)

Tab. 6. Position zur künftigen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland

Nach dem Ereignis in Tschernobyl wurde von deutschen Politikern immer wieder darauf hingewiesen, daß die Sicherheit von bundesdeutschen Kernkraftwerken sehr viel höher als die sowjetischer Kernkraftwerke sei. Wie Tab. 1 zeigt, stimmt die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung mit dieser Einschätzung auch überein. Das Argument, daß die bundesdeutschen Kernkraftwerke die sichersten der Welt seien und ein isolierter Kernenergieausstieg der Bundesrepublik das nukleare Risiko wegen der vielen Kernkraftwerke in den Nachbarstaaten kaum reduzieren würde, war für viele Bürger offensichtlich plausibel. Als Ursachen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl wurden vielfach die Nachlässigkeit und Leichtsinnigkeit des russischen Betriebspersonals und die "primitive russische Technik" angesehen.⁷ Der Bestechungsskandal in der Kernenergieindustrie führte nun zu Zweifeln an der Zuverlässigkeit der "eigenen" Kernenergieexper-

⁷ Derartige Argumentationsmuster sind beispielsweise in unseren explorativen Interviews nach-

ten und ließ den Unterschied zu den wahrgenommenen sowjetischen Verhältnissen geringer erscheinen. Es ist daher nicht überraschend, daß der Bestechungsskandal innerhalb der Kernenergieindustrie der Bundesrepublik eine vergleichbare oder sogar stärkere Wirkung auf die Meinungen der Bevölkerung zur Nutzung der Kernenergie in der BRD gehabt hat als die Katastrophe in Tschernobyl, für die deutsche Kernenergieexperten ja nicht verantwortlich waren.

In unserer dritten Befragung wurden zwei vergleichbare Fragen zum wahrgenommenen Einfluß der Tschernobyl-Katastrophe und des Bestechungsskandals in der Kernenergieindustrie auf die eigene Meinung zur Kernenergie gestellt. Dabei gaben 63 % der Befragten an, daß sie durch den Bestechungsskandal "sehr viel skeptischer" oder "viel skeptischer" im Hinblick auf die Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik geworden seien, gegenüber "nur" 51 % durch die Tschernobyl-Katastrophe. Bei der Interpretation der Antworten ist allerdings zu berücksichtigen, daß zum Zeitpunkt der Befragung die Tschernobyl-Katastrophe bereits zwei Jahre zurück lag, wohingegen der Bestechungsskandal gerade aus den Schlagzeilen war.

4.2 Zusammenhänge mit soziodemographischen Variablen

Die Kernenergieopposition, gemessen mit der Frage nach der gewünschten weiteren Nutzung der Kernenergie, ist mit einer Reihe von soziodemographischen Variablen assoziiert, doch sind die Beziehungen nicht besonders stark (Tab. 7). Der Wunsch nach einem Ausstieg aus der Kernenergie sinkt mit zunehmendem Alter (vgl. Abb. 3), wobei offen ist, ob dies ein Kohorteneffekt ist, oder auf den Wechsel der Lebensphasen zurückzuführen ist. Der generelle Trend wird von den jüngsten Befragten durchbrochen, die etwas positiver der Kernenergie gegenüberstehen als die 25-30jährigen Befragten.

	Geschlecht	Alter	Bildung	Kinder
	γ	γ	γ	γ
Ablehnung der Kernenergie	0,17**	-0,08**	0,07**	0,13**
Anmerkung: ** signifikant auf dem 1 %-Niveau				

Tab. 7. Statistische Assoziation zwischen der Kernenergieposition und soziodemographischen Merkmalen (Befragungen kumuliert)

Deutlich zeigt sich auch die typische Geschlechtsdifferenz, die sich bei nahezu allen Befragungen zu technikbezogenen Themen nachweisen läßt: Frauen sind (im Durchschnitt) technikkritischer als Männer. Bemerkenswert ist allerdings, daß die geschlechtsbezogene Differenz sowohl bei den jüngeren als auch bei den älteren Befragten vorhanden ist, bei der mittleren Altersgruppe der 35-45jährigen dagegen nicht auftritt.

Plausible monokausale Erklärungen verbieten sich angesichts dieses Verlaufs. Bei der zunehmenden "Gleichberechtigung" und (jedenfalls oberflächlichen) Angleichung der Geschlechtsrollen wäre zu erwarten, daß die Differenz bei jüngeren Kohorten kleiner als

zuweisen, insbesondere bei solchen Personen, die hier in der Bundesrepublik in technisch-orientierten Berufen tätig sind.

bei älteren ausfällt. Auch die Angleichung der formalen Bildung zwischen Männern und Frauen in den jüngeren Alterskohorten würde diesen Verlauf erwarten lassen, da Bildung positiv mit der Kernenergieopposition assoziiert ist. Auf der anderen Seite sind möglicherweise feministische Positionen mit der Ablehnung technokratischer, rationalistischer und analytischer (im Gegensatz zu holistischen) Denkweisen bei jüngeren Frauen eher als bei älteren zu erwarten. Die fehlende Differenz bei den mittleren Altersgruppen wäre dann damit zu erklären, daß bei ihnen zwar bereits die Rigidität der Geschlechtsrollen aufgebrochen war, sie aber während der Zeit ihrer Primär- und Sekundärsozialisation noch nicht von feministischen Gedanken beeinflusst worden sind.⁸

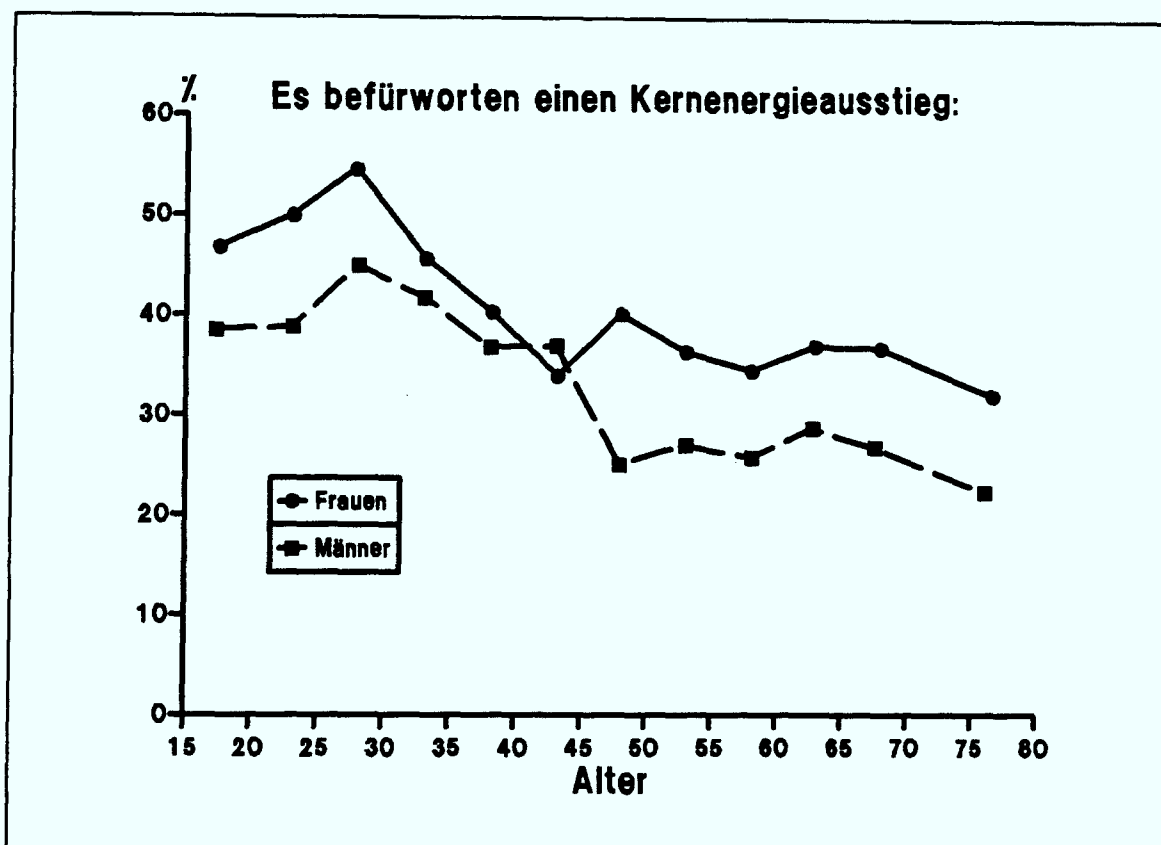


Abb. 3. Befürwortung eines Kernenergieausstiegs nach Alter (Befragungen kumuliert)

Die Einstellung zur Kernenergie ist deutlich mit dem formalen Bildungsgrad assoziiert (Abb. 4). Je höher der Bildungsgrad, desto stärker ist die Ablehnung der Kernenergie. Interessant ist, daß die Beziehung zwischen Bildung und Kernenergieeinstellung für ältere Befragte (ab 36 Jahre) deutlich schwächer ausgeprägt ist als für die jüngeren Befragten (bis 35 Jahre). Das bedeutet gleichzeitig, daß bei den höher gebildeten Bevölke-

⁸ Wie eine unveröffentlichte Magisterarbeit von Martin BORGMANN (1988) zeigt, ist es überraschend schwierig, dem Phänomen der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Einstellung zur Technik auf die Spur zu kommen. Diese Differenz widersteht selbst intensiven Versuchen, sie durch die Kontrolle von Drittvariablen wie Alter, Bildung, Berufstätigkeit, Berufsstatus usw. zu eliminieren und damit diese genannten Variablen als die eigentliche Ursache der geschlechtsspezifischen Technikeinstellung zu identifizieren.

rungsteilen eine größere Differenz in den Einstellungen zur Kernenergie zwischen den Generationen besteht als in den geringer gebildeten. Möglicherweise ist dies auf einen bei Befragten mit höherer Schulbildung größeren Einfluß von ausgeprägt altersspezifischen (Sub)Kulturen zurückzuführen, wie sie etwa als studentische Milieus existieren. Bei geringer gebildeten Personen werden dagegen vermutlich wegen ihrer kürzeren Schul- und Ausbildungszeit und dem damit verbundenen frühzeitigeren Berufseintritt generationenüberspannende Kommunikationsnetzwerke eine größere Rolle spielen.

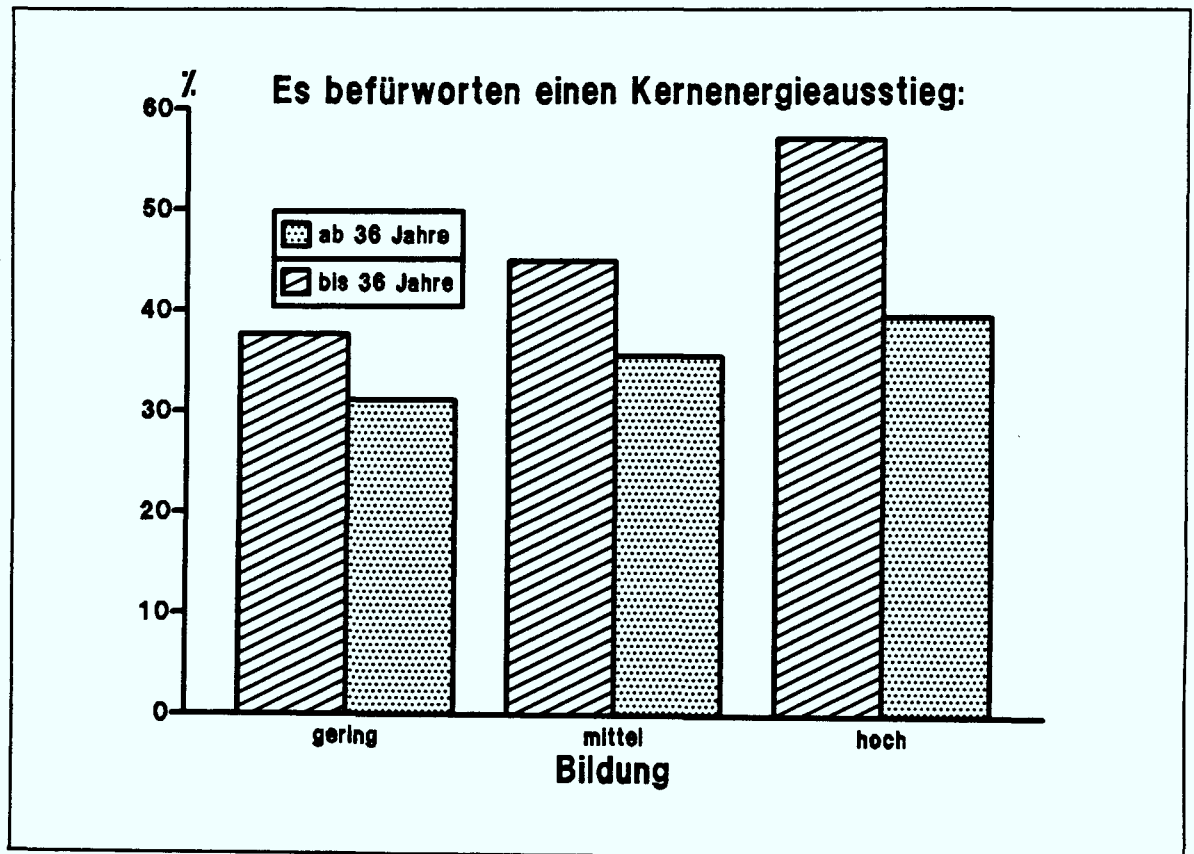


Abb. 4. Befürwortung eines Kernenergieausstiegs nach Bildung (Befragungen kumuliert)

4.3 Kernenergieeinstellung und Umweltsensibilität

Ein wesentlich stärkerer Zusammenhang als mit den soziodemographischen Variablen existiert zwischen der Einstellung zur Kernenergie und der allgemeinen Umweltsensibilität der Befragten, die über einen Index gemessen wurde (kumuliert über alle drei Befragungen: $\gamma = 0,38$).⁹ Der Zusammenhang mit der Umweltsensibilität macht deutlich, daß die Kernenergieeinstellung keine isolierte Einstellung ist, sondern in ein übergreifendes Wert- und Einstellungsgefüge eingebunden ist. Besonders solche Personen, die ihre Gesundheit durch Umweltverschmutzung bedroht sehen, sind tendenziell stärker gegen Kernenergie eingestellt als solche, die diese Bedrohung als weniger gravierend wahrnehmen. Da die Kernenergie von ihren Befürwortern im Vergleich zu anderen

⁹ Die Konstruktion des Index "Umweltsensibilität" ist in Kap. 3.1 erläutert.

Energieträgern als besonders umweltschonende Energiequelle betrachtet wird, mag dieser Zusammenhang auf den ersten Blick überraschen und als Inkonsistenz der Einstellungen aufgefaßt werden. Allerdings gibt es sicher viele Befragte, die dem Argument, Kernenergie sei besonders umweltverträglich, nicht glauben. Außerdem kann der Zusammenhang zwischen Kernenergieskepsis und Umweltsensibilität assoziativ auch dadurch hergestellt werden, daß man die Kernenergie als eine prototypische Industriegesellschafts-Technologie wahrnimmt und die Industriegesellschaft wiederum als ursächlich für die Umweltprobleme ansieht.

4.4 Informationsstand über Kernenergie und Kernenergieeinstellung

Entgegen einer in der "nuclear community" weitverbreiteten Auffassung ist die Skepsis gegenüber der Kernenergie nicht besonders stark mit dem Wissensstand assoziiert.

Es ist methodisch nicht unproblematisch, "Wissen" über Kernenergie abzufragen, da dies die normative Festlegung eines Referenzkriteriums für die Beurteilung von "wahr" und "falsch" erfordert. Bei der Kernenergie ist aber so gut wie alles umstritten, so daß sich ein allgemein akzeptabler Maßstab für "Wahrheit" nur schwer finden läßt. Die zur Ermittlung des Informationsstandes verwendeten Fragen beziehen sich daher auch auf völlig unkontroverse Sachverhalte, deren Relevanz für die Einstellung jedoch nicht von vornherein feststeht. Unsere Annahme ist aber, daß das Wissen über diese Sachverhalte stark mit dem Informationsstand über und dem Interesse an Fragen der Kernenergie ganz allgemein korreliert ist.

Der Wissensstand wurde mit drei "einfachen" Fragen zur ungefähren Zahl der in der Bundesrepublik in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke, zum Anteil des Atomstroms an der Stromerzeugung der Bundesrepublik und zum vorherrschenden Reaktortyp gemessen. Obwohl jeweils nur vier Antwortalternativen möglich waren, entschieden sich bei den beiden ersten Fragen nur 38 % bzw. 41 % der Befragten für die richtige Antwort. Bei der dritten Frage nach dem vorherrschenden Reaktortyp (Schwerwasser-Reaktor, Schneller Brüter, Leichtwasser-Reaktor, Hochtemperatur-Reaktor) nannten nur 10 % der Befragten die richtige Antwort (Leichtwasser-Reaktor), d.h. bei einem reinen "Raten" wäre die Quote zutreffender Antworten bei vier Alternativen mit 25 % wesentlich höher ausgefallen. Vermutlich wegen der Medienberichterstattung über den "Schnellen Brüter" in Kalkar und den "Hochtemperaturreaktor" in Hamm-Uentrop wurden von den Befragten jedoch in erster Linie diese beiden Reaktortypen genannt.

Der (schwache) Zusammenhang zwischen Informationsstand und Kernenergieeinstellung sieht nicht so aus, wie von vielen Kernenergiebefürwortern erwartet, daß nämlich ein höherer Wissensstand mit einer höheren Kernenergieakzeptanz verbunden ist. Der Zusammenhang ist vielmehr nicht-monoton: Befragte mit höherem Informationsstand wählen unterdurchschnittlich häufig die mittlere Antwortalternative, tendieren also stärker als die Befragten mit geringerem Wissen zu relativ klaren Stellungnahmen für oder gegen die Kernenergie (vgl. Abb. 5, oben). Dies trifft allerdings nicht für die extreme Position des sofortigen Ausstiegs aus der Kernenergie zu. Unter den Befürwortern einer solchen Politik sind Befragte mit hohem Wissen unterdurchschnittlich vertreten.

Um die naheliegende Vermutung zu überprüfen, daß der Effekt eines positiven Zusammenhangs zwischen "Wissen" und Befürwortung von Kernenergie durch den gegenläufigen Effekt, daß die Kernenergieopposition mit wachsendem Bildungsgrad zunimmt, kompensiert wird, wiederholten wir die Analyse des Zusammenhangs zwischen "Wissen" und Kernenergieeinstellung unter statistischer Kontrolle der Variablen "Bildung". Erwartungsgemäß zeigte sich ein Zusammenhang zwischen Bildung und "Wissen"; doch war dieser keineswegs sehr stark ausgeprägt ($\gamma = 0,26$). Die Kontrolle von "Bildung" als

Drittvariable änderte das Ergebnis einer kurvilinearen Beziehung zwischen "Wissen" und Kernenergieeinstellung nicht nennenswert.

Noch deutlicher als bei der Darstellung des Informationsstandes nach "Position zur künftigen Kernenergienutzung" wird der kurvilineare Zusammenhang, wenn man einen anderen Indikator für die Kernenergieeinstellung verwendet (vgl. Abb. 5, unten). Aus sechs Statements über Vor- und Nachteile der Kernenergie (vgl. Kap. 4.5) wurde ein Summenindex "Risiko-Nutzen-Bilanz Kernenergie" gebildet, der mit der Variablen "Position zur künftigen Kernenergienutzung" hoch korreliert ($r = 0.66$).

Zur Bildung des Risiko-Nutzen-Index wurden die Antwortcodes der sechs Statements, die von 1 (völlig richtig) bis 4 (völlig falsch) reichten, aufaddiert. Die unterschiedliche Polung der Statements wurde berücksichtigt, indem ggf. mit -1 multipliziert wurde. Der resultierende Summenindex hatte einen Wertebereich von -4 bis 14. Durch Zusammenfassung von je vier Werten wurde er in einer fünfstufigen Skala transformiert, die von -2 bis +2 reicht. Dabei steht der Wert -2 für eine extrem negative Risiko-Nutzen-Bilanz der Kernenergie (die Nachteile überwiegen die Vorteile) und der Wert +2 für eine extrem positive Risiko-Nutzen-Bilanz (die Vorteile überwiegen die Nachteile).

Der Unterschied zwischen den beiden Indikatoren für Kernenergieeinstellung, der direkten Frage nach der Position zur künftigen Nutzung der Kernenergie und dem Risiko-Nutzen-Index, dürfte vor allem darin bestehen, daß der Risiko-Nutzen-Index im wesentlichen die kognitive Bewertungsdimension erfaßt. Die Position zur künftigen Kernenergienutzung wird demgegenüber stärker von politischen Loyalitäten, Machbarkeitserwägungen und emotionalen Beweggründen mit bestimmt. Insbesondere die Entscheidung zwischen der Befürwortung eines sofortigen Ausstiegs aus der Kernenergie oder eines Ausstiegs "im Laufe der nächsten Jahre" beruht vermutlich weniger auf Unterschieden in der kognitiven Komponente der Einstellung zur Kernenergie als vielmehr auf unterschiedlicher Bedeutung affektiver Faktoren oder dem unterschiedlichen Hang zu gesinnungsethischem Rigorismus. Jedenfalls ist anzunehmen, daß die Befragten, die einen sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie befürworteten, das Paradigma eines Kosten-Nutzen-Vergleichs im Hinblick auf die Kernenergie überwiegend ablehnen (vgl. MAZUR 1985).

Trotz der Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung verschiedener Einstellungsindekoren bleibt als erklärungsbedürftiger Sachverhalt die Existenz einer kurvilinearen Beziehung zwischen Einstellung zur und Wissen über Kernenergie. Aus der psychologischen Forschung ist bekannt, daß in der Regel eine Korrelation zwischen der subjektiven Wichtigkeit eines Themas und der Extremität der Meinung zu diesem Thema besteht (MACKIE und GASTARDO-CONACO 1988, S. 544). Man kann unterstellen, daß die subjektive Bedeutung eines Themas eng mit dem Interesse an Informationen zu diesem Thema zusammenhängt und das Informationsinteresse wiederum mit dem Informationsstand selbst korreliert.

Beim Versuch, den kurvilinearen Zusammenhang zu verstehen, muß man die übliche Fragestellung zum Zusammenhang von "Wissen" und Technikeinstellung umdrehen. Die Vorstellung, das "Wissen" oder "Nichtwissen" beeinflusse die Einstellung, ist zu relativieren. Im Sinne des Konzeptes eines "aktiven Rezipienten" (vgl. z.B. FRÜH 1983) und des "Uses and Gratifications"-Ansatzes der Kommunikationswissenschaft (vgl. z.B. MCLEOD und BECKER 1981; ROSENGREN, WENNER und PALMGREEN 1985)

ist vielmehr zu fragen, welche Einstellung löst welchen Informationsbedarf und welches Informationssuchverhalten aus und führt schließlich zu welchem Wissensstand.

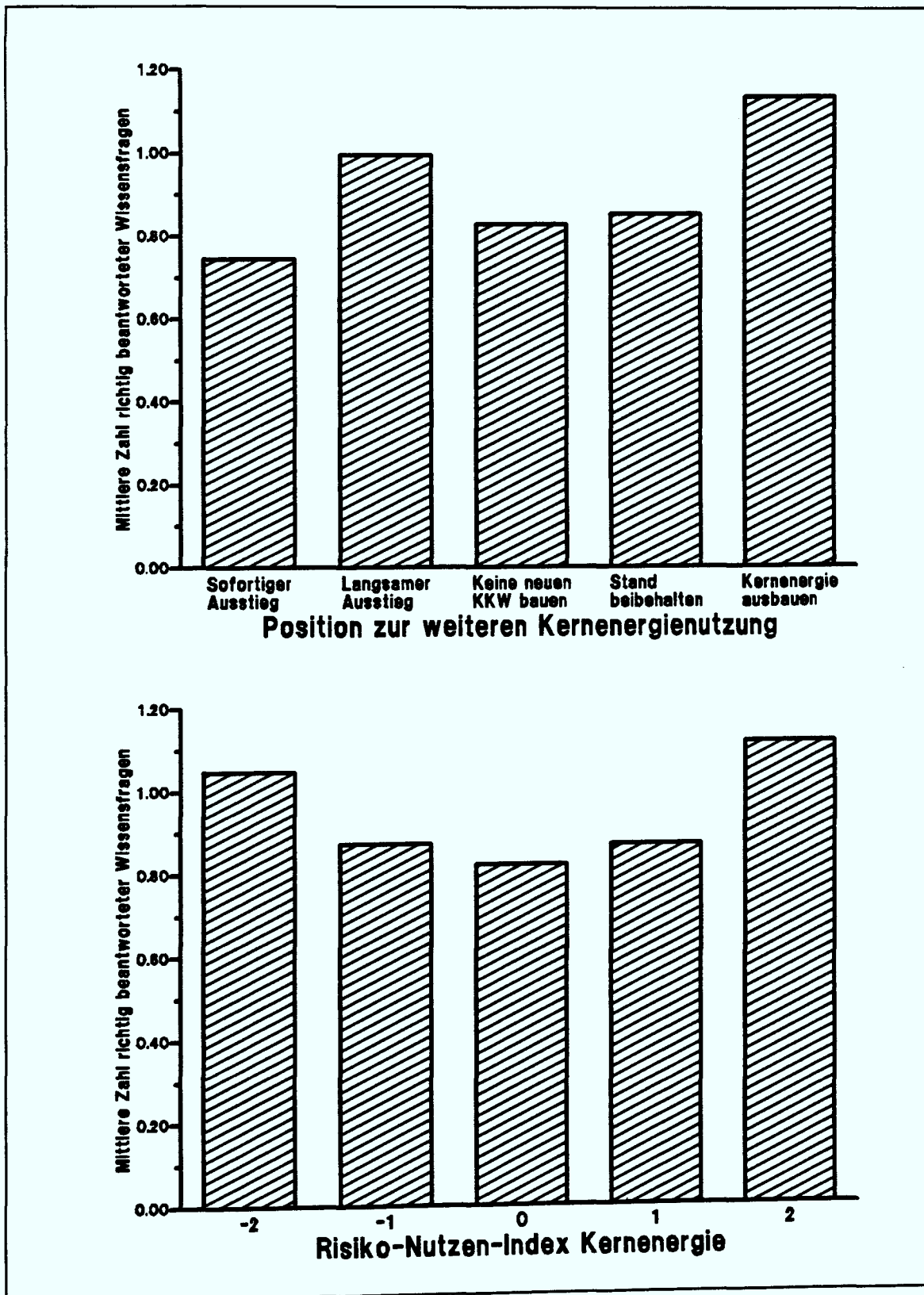


Abb. 5. Informationsstand über Kernenergie nach Kernenergie-Einstellung (Mai 1987)

Wenn man von der plausiblen Annahme ausgeht, daß in der interpersonalen Kommunikation insbesondere solche Positionen begründungspflichtig sind, die von der gesellschaftlich definierten "Mitte" (d.h. der Öffentlichen Meinung), vom "sowohl als auch" oder "einerseits/andererseits" abweichen, kann dieser Ansatz erklären, warum Personen mit von der Mitte abweichenden Einstellungen besonders viel "wissen": solche Personen sind in Gesprächen, in denen sie ihre Meinung äußern, einem besonderen Begründungsdruck ausgeliefert, um einer sozialen Isolation (NOELLE-NEUMANN 1980, S. 91ff.) zu entgegnen. Sie reagieren auf den Begründungsdruck, indem sie sich über das fragliche Thema besonders informieren, um damit ihre kommunikative Kompetenz zu erhöhen (vgl. ATKIN 1972, S. 199). Der Informationsstand korreliert also nicht mit der Einstellung, sondern mit der "sozialen Exponiertheit" aufgrund der eigenen Einstellung, die wiederum U-förmig mit der Einstellung selbst zusammenhängt.

Offenkundig gilt dieser Zusammenhang aber nur für ein bestimmtes Einstellungsspektrum bzw. solange man tatsächlich einem Begründungszwang ausgesetzt ist. Bei individueller sozialer Isolation oder "totaler" Eingebundenheit in in sich geschlossene und einstellungshomogene Kommunikationsnetzwerke (kollektive Isolation) entfällt der Begründungszwang. Oder andersherum ausgedrückt: das Einnehmen extremer Positionen ohne besonders hohen Wissensstand über den betreffenden Bereich deutet auf soziale (individuelle oder kollektive) Isolation hin. Die soziodemographische Zusammensetzung der Gruppe der Befürworter eines sofortigen Kernenergieausstiegs, die von allen Einstellungsgruppen im Durchschnitt den geringsten Wissensstand aufweist, macht diese Interpretation plausibel: in dieser Gruppe sind z.B. ältere Frauen sehr stark überrepräsentiert, die ja vermutlich (jedenfalls was die Kommunikation über Fragen der Kernenergie angeht) relativ stark von der gesellschaftlichen Diskussion isoliert sein dürften.

4.5 Ambivalenz als dominantes Einstellungsmuster

Um ein differenzierteres Bild von den von der Bevölkerung wahrgenommenen Vor- und Nachteilen der Kernenergie zu gewinnen, wurde den Befragten in der zweiten Umfrage im Mai 1987 sechs Statements vorgelegt, zu denen sie auf einer vierstufigen Skala Zustimmung oder Ablehnung äußern konnten. Drei Statements bezogen sich auf die Sicherheits- und Gesundheitsaspekte der Kernenergie, drei auf ihre ökonomischen Auswirkungen.

Aus den Reaktionen auf diese sechs Statements geht hervor (vgl. Tab. 8), daß die Mehrheit der Bevölkerung einerseits ökonomische Vorteile mit der Kernenergie verbindet, andererseits aber auch mehr oder minder gravierende Gesundheitsrisiken befürchtet. Die Entscheidung für oder gegen die Kernenergie wird daher in den meisten Fällen auch mit wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Nachteilen in Verbindung gebracht. Man kann vermuten, daß daher stets auch gewisse Zweifel zurückbleiben, ob die eigene Position zur weiteren Kernenergienutzung auch tatsächlich die richtige ist. In solchen Situationen dürfte eine recht hohe Bereitschaft bestehen, einmal bezogene Positionen bei geänderten Randbedingungen zu überdenken und ggf. zu revidieren.

	Völlig richtig %	Teilw. richtig %	Teilw. falsch %	Völlig falsch %	Σ %	N
Kernenergie verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und sichert damit Arbeitsplätze	27,1	52,2	12,9	7,8	100,0	(1.987)
Der Einsatz von Kernenergie macht unseren Strom preiswerter	27,1	44,0	15,9	13,0	100,0	(1.983)
Kernenergie trägt maßgeblich dazu bei, daß wir auf abschbare Zeit genügend Energie zur Verfügung haben	37,7	43,5	13,2	5,7	100,1	(1.985)
Kernenergie stellt durch den Umgang mit radioaktiven Stoffen eine unkalkulierbare Gefährdung der Gesundheit dar	46,3	35,0	14,3	4,4	100,0	(1.989)
Die Kernenergie hat man technisch so im Griff, daß hier in der Bundesrepublik große Katastrophen so gut wie auszuschließen sind	11,1	32,5	26,1	30,2	99,9	(1.995)
Der Einsatz der Kernenergie kann zu erheblichen Schäden führen, die die kommenden Generationen zu stark belasten	43,0	37,9	13,2	5,9	100,0	(1.974)

Tab. 8. Wahrgenommene Vor- und Nachteile der Kernenergie (Befragung Mai 1987)

Die jeweils drei Statements zu den wirtschaftlichen Vorteilen bzw. den Sicherheitsrisiken der Kernenergie wurden bei der Auswertung zu zwei Indizes zusammengefaßt, die die Meinung im Hinblick auf die ökonomischen Auswirkungen der Kernenergie und ihre Risiken darstellen sollen.

Die Werte der beiden Indizes "Ökonomische Vorteile der Kernenergie" und "Sicherheitsnachteile der Kernenergie" wurden als Summe der zustimmenden Antworten zu den jeweils drei Statements berechnet. Dabei wurde nicht zwischen den Antworten "Völlig richtig" und "Teilweise richtig" differenziert. Bei der Frage, ob man die Kernenergie technisch im Griff hat, wurde berücksichtigt, daß dieses Statement andersherum "gepolt" ist. D.h. hier wurde der Indexwert um eins erhöht, wenn die Reaktion der Befragten "Völlig falsch" oder "Teilweise falsch" lautete. Die Werte der beiden Indizes variieren zwischen 0 (keine Zustimmung) und 3 (Zustimmung bei allen drei Fragen). Schließlich wurden die so erhaltenen Indizes zwischen den Werten 1 und 2 dichotomisiert. Befragte, die mindestens auf zwei der drei Statements mit Zustimmung reagiert haben, werden also als überzeugt von ökonomischen Vorteilen bzw. Sicherheitsnachteilen der Kernenergie betrachtet.

Überraschenderweise zeigten sich rund 80 % der Bevölkerung davon überzeugt, daß Kernenergie wirtschaftliche Vorteile für die Volkswirtschaft verspricht. Ein ebenso großer Prozentsatz der Befragten meint aber auch, daß mit der Kernenergie erhebliche Sicherheitsrisiken verbunden sind. Es ist klar, daß sich diese beiden Gruppen überschneiden (Abb. 6). D.h. etwa 60 % der Bevölkerung sehen sowohl Vor- als auch Nachteile der Kernenergie, nehmen also - ganz gleich für welche Position sie sich entscheiden - immer auch mögliche negative Konsequenzen ihrer Entscheidung wahr. Diese Personen dürften vergleichsweise rasch bereit sein, von Fall zu Fall ihre Entscheidung auch wieder zu revidieren. Demgegenüber nehmen je 20 % der Bevölkerung nur wirtschaftliche Vorteile der Kernenergie aber keine Sicherheitsnachteile bzw. nur Sicherheitsnachteile

aber keine wirtschaftlichen Vorteile wahr. Es ist evident, daß diese Gruppen von klaren Befürwortern und Gegnern weitaus schwerer in ihrer Position zur Kernenergienutzung zu erschüttern sein werden als die Gruppe der sowohl Vor- als auch Nachteile wahrnehmenden Bürger.

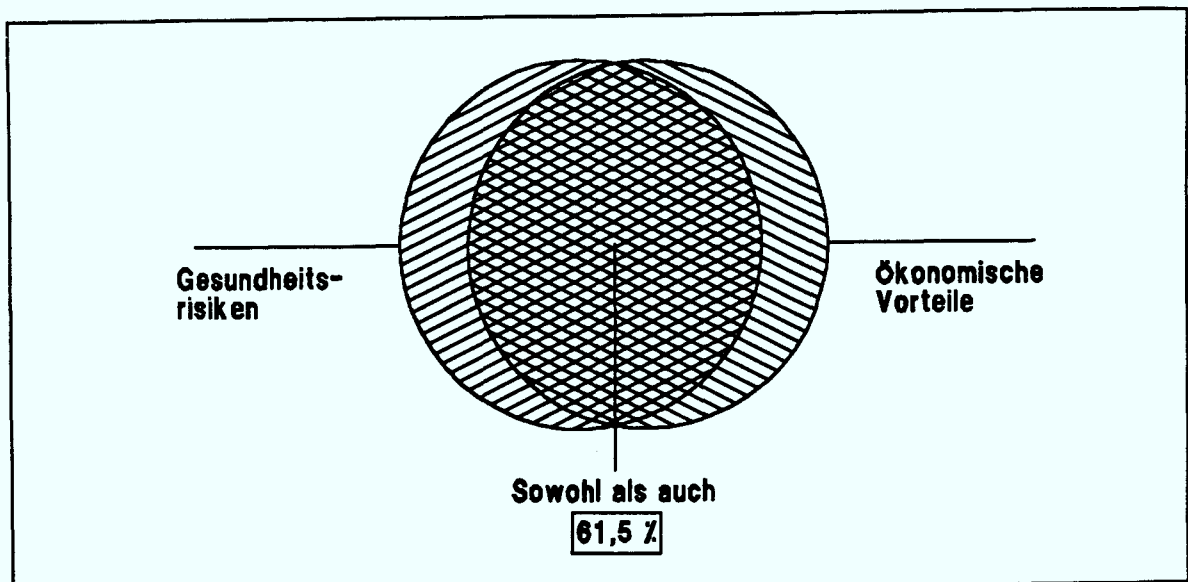


Abb. 6. Wahrnehmung von Vor- und Nachteilen der Kernenergie (Mai 1987)

Bei der öffentlichen Diskussion der Kernenergie stehen meist ihre "Risiken" im Vordergrund. Daraus entsteht leicht der Eindruck, daß die Wahrnehmung der Kernenergie und letztlich die Einstellung zu ihr durch diese Risiken bestimmt würden. Die beiden oben erläuterten Indizes bieten nun die Möglichkeiten, die relative Bedeutung der Sicherheitsrisiken und der ökonomischen Vorteile für die Einstellung zur Kernenergie zu ermitteln. Es wurde eine multiple Regression durchgeführt, bei der die oben beschriebenen Indizes "Ökonomische Vorteile der Kernenergie" und "Sicherheitsnachteile der Kernenergie" als unabhängige Variablen und die "Position zur Kernenergie" als abhängige Variable aufgefaßt wurden. In Tab. 9 sind die durch die beiden unabhängigen Variablen erklärten Anteile der Varianz der abhängigen Variablen aufgeführt.

	% erklärte Varianz		
	Gesamt %	Männer %	Frauen %
Ökonomische Vorteile der Kernenergie	11,4	14,7	8,8
Sicherheitsnachteile der Kernenergie	10,0	9,5	10,0
Gesamtmodell	31,0	37,0	27,0

Tab. 9. Regressionsanalyse zur Erklärung der Kernenergieposition durch die wahrgenommenen Vor- und Nachteile (Befragung Mai 1987)

Insgesamt erklären die beiden unabhängigen Variablen nur rund ein Drittel der gesamten Varianz der abhängigen Variablen "Kernenergieposition". Daß die Erklärungskraft des statistischen Modells nicht höher ausfällt, ist u.a. damit zu erklären, daß einige statistische Grundannahmen, wie das metrische Skalenniveau der abhängigen wie der unab-

hängigen Variablen nicht besonders gut erfüllt sind und die beiden als unabhängige Variable verwendeten Indizes auf einer sehr begrenzten Auswahl von Einzelitems beruhen. Darüberhinaus ist sicherlich anzunehmen, daß neben der Wahrnehmung direkter ökonomischer Vorteile und Sicherheitsnachteile weitere Aspekte die Wahrnehmung und Bewertung der Kernenergie beeinflussen, die im hier benutzten Modell nicht enthalten sind (vgl. z.B. RENN 1984). Dennoch machen die Ergebnisse der Regressionsanalyse deutlich, daß die Einstellung zur Kernenergie keineswegs allein oder überwiegend durch die Wahrnehmung ihrer Risiken bestimmt wird. Die Einstellung zur Kernenergie ist nach den Ergebnissen der vorliegenden Analyse vielmehr etwa gleich stark von der Wahrnehmung ökonomischer Vorteile wie der Wahrnehmung von Sicherheitsnachteilen bestimmt.

Ein interessanter Unterschied ergibt sich, wenn wir die Analyse für die männlichen und weiblichen Befragten getrennt durchführen. Zunächst stellen wir fest, daß die Gesamterklärungskraft des Modells für die Männer deutlich höher als für die Frauen ausfällt. Das bedeutet, daß für Frauen stärker als für Männer Bewertungsgesichtspunkte eine Rolle spielen, die nicht durch die beiden unabhängigen Variablen abgedeckt werden. Weiter wird deutlich, daß für Männer die ökonomischen Vorteile eine weitaus größere Rolle spielen als bei den Frauen. Während bei den Frauen die Sicherheitsaspekte einen größeren Einfluß auf die Einstellung zur Kernenergie haben als die ökonomischen Vorteile, ist es bei den Männern umgekehrt. Ihre Einstellung zur Kernenergie ist in erster Linie von der Wahrnehmung ökonomischer Vorteile und erst in zweiter Linie von den wahrgenommenen Sicherheitsrisiken geprägt. Beim Vergleich der Daten fällt auf, daß der Hauptunterschied zwischen Männern und Frauen nicht in der unterschiedlichen Gewichtung der Sicherheitsaspekte, sondern vielmehr in der unterschiedlichen Bedeutung der ökonomischen Gesichtspunkte liegt.

Dieser Befund deckt sich nicht mit einer amerikanischen Untersuchung von Charles J. BRODY (1984), der aufgrund einer Sekundäranalyse von zwei amerikanischen Umfragen aus den Jahren 1975 und 1976 zu dem Schluß kommt, daß der wesentliche Grund für die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Kernenergieeinstellung in einer größeren Besorgnis der Frauen im Hinblick auf Sicherheitsaspekte liegt. Die ebenfalls denkbare Hypothese, daß unterschiedliche Einschätzungen zwischen Männern und Frauen von der unterschiedlichen Wahrnehmung ökonomischer Vorteile hervorgerufen wird, wird von ihm verworfen. Allerdings ist seine Argumentation im Hinblick auf die Irrelevanz der ökonomischen Aspekte zur Erklärung der geschlechtsspezifischen Unterschiede nicht schlüssig. Deshalb muß offen bleiben, ob es divergierende geschlechtsspezifische Wahrnehmungsmuster zwischen den amerikanischen Befragten in den Jahren 1975 und 1976 und den deutschen Befragten im Jahre 1987 gibt, oder ob der Widerspruch nur durch die unterschiedlichen Vorgehensweisen bei der statistischen Analyse vorgetäuscht wird.¹⁰

¹⁰ Zur Kritik der Vorgehensweise Brody's vgl. PETERS et al. (1987, S. 779).

5. Bewertung der Medienberichterstattung und Informationspolitik

5.1 Medienberichterstattung

Die Medien als wesentliche Mittler zwischen den politischen und wissenschaftlichen Informationsquellen und der breiten Öffentlichkeit bildeten für den einzelnen die wesentliche Informationsquelle, auf die er sich bei der Beurteilung der Situation und der Orientierung für das eigene Verhalten stützen konnte. Studien zur Medienberichterstattung über Tschernobyl zeigen, daß das Mediensystem mit dieser Aufgabe im Falle Tschernobyl teilweise überfordert war (TEICHERT 1987; RAGER 1987; HALLER 1987; MULLER 1989). Aufgrund fehlender eigener wissenschaftlicher Kompetenz zur Beurteilung der Ursachen, des Ausmaßes und des Bedrohungspotentials der Reaktorkatastrophe auf Seiten der Journalisten, beschränkten sich die Medien im wesentlichen darauf, die Vielfalt widersprüchlicher politischer und wissenschaftlicher Beurteilungen und Verhaltensempfehlungen abzubilden. Darüber hinaus ließen sich die Medien in der Wahl ihrer Themen von den veröffentlichten politischen Stellungnahmen leiten und verzichteten weitgehend auf eine eigenständige kritische Beurteilung der Ursachen oder des Gefahrenpotentials der Katastrophe. So war etwa die Diskussion der Grenzwertproblematik oder eine eingehende Erörterung der möglichen Folgen für die Bundesrepublik in der Berichterstattung, insbesondere der Printmedien, deutlich gegenüber den politischen Themen wie Ausstiegss Diskussion und Parteienstreit unterrepräsentiert. Vor allem in der ersten Woche nach Bekanntwerden der Reaktorkatastrophe übernahmen die Medien mehr oder weniger kritiklos die von der Bundesregierung initiierten Themen, wie "Kritik an der UdSSR" und "Sicherheit der bundesdeutschen Reaktoren", erst danach begannen die Medien allmählich, auch das Krisenmanagement der Regierung zu hinterfragen.

Die Überforderung des Mediensystems bei der Schaffung einer sicheren Orientierungsgrundlage ist nicht gleichbedeutend mit einem Versagen des Journalismus. Unsicherheiten und Widersprüche in den Primärinformationen sind auch von Journalisten nicht auflösbar. Das Mediensystem ist vielmehr seiner "Chronistenpflicht" durchaus nachgekommen, die wesentlichen Standpunkte zu vermitteln. Defizite der Berichterstattung sind - erklärbar durch Zeitdruck und fehlende Fachkompetenz - eher in der Erläuterung technischer, biologischer und medizinischer Fakten sowie der fehlenden Thematisierung von Widersprüchen und Unsicherheiten zu erwarten.¹¹

Die Probleme der Informationslage nach Tschernobyl schlagen sich auch im Urteil der Bevölkerung über die Fernsehberichterstattung nieder.¹² Zwar hält der größte Teil der

¹¹ Diesen Punkt soll eine Inhaltsanalyse klären helfen, die speziell die Vermittlungsleistung der Medien bei Informationen über die Tschernobyl-Risiken zum Ziel hat, und die derzeit in Zusammenarbeit mit dem Institut für Publizistik der Universität Münster durchgeführt wird.

¹² Zwar ist die Fernsehberichterstattung nur eins von einer ganzen Reihe von Massenmedien, doch ist es - nach subjektiver Einschätzung - das wichtigste Informationsmedium über den Unfall von Tschernobyl gewesen (LUKESCH, KISCHKE und NÖLDNER 1987, S. 156).

Befragten im November 1986 die Berichterstattung des Fernsehens für ausgewogen. Nur kleinere Teile von 12 % bzw. 14 % glauben jeweils, daß das Fernsehen zu negativ bzw. zu positiv für die Kernenergie berichtet, also die Ereignisse in Tschernobyl dramatisiert bzw. verharmlost (Abb. 7). Bemerkenswert ist aber der hohe Prozentsatz von etwa 43 % der Befragten, der die Berichterstattung des Fernsehens für zumindest teilweise fehlerhaft hält (Abb. 7). In dieser Bewertung drückt sich doch eine hohe Distanz zu diesem Medium (bei der Berichterstattung über die Ereignisse in und nach Tschernobyl) aus. Ursache dafür dürften die erlebten Widersprüche in der Berichterstattung sein.

Diese Bewertung der Medienberichterstattung in der repräsentativen Befragung deckt sich im wesentlichen auch mit den Erfahrungen aus den Intensivinterviews, in denen den Journalisten kaum ein Manipulationsvorwurf gemacht wurde, sondern eher deren Kompetenz in Frage gestellt wurde. Für die meisten Fernsehzuschauer stellen die Defizite in der Berichterstattung über Tschernobyl daher in erster Linie kein "Ideologie"-Problem, sondern ein Kompetenz-Problem dar.

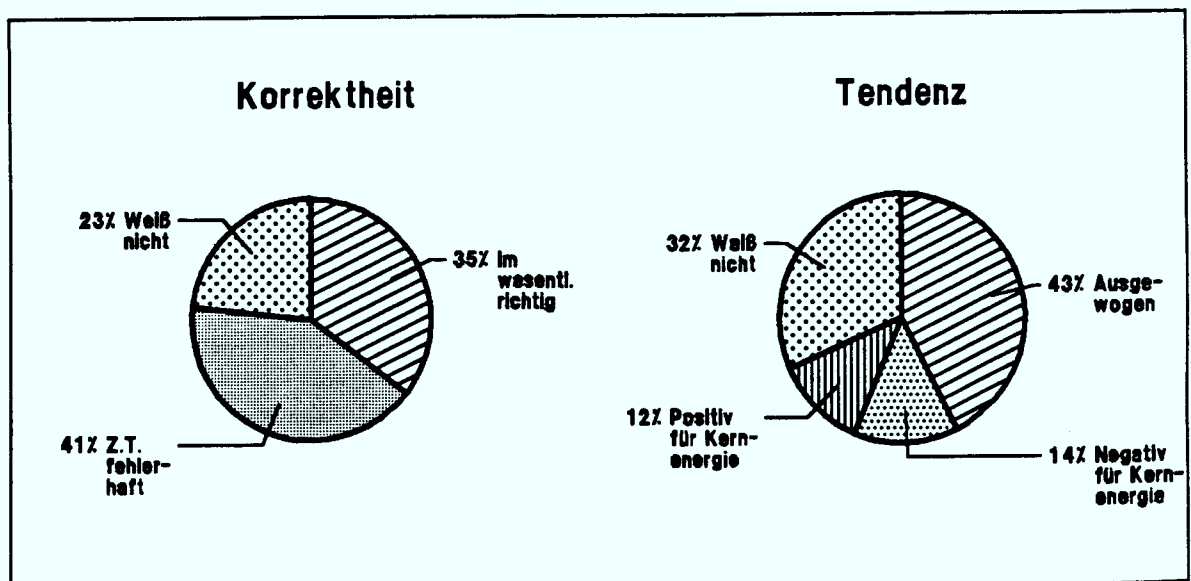


Abb. 7. Bewertung der Fernsehberichterstattung über "Tschernobyl" (November 1986)

Bei der Untersuchung des Zusammenhangs der wahrgenommenen Korrektheit der Fernsehberichterstattung mit der Position zum Kernenergie-Ausstieg stellt man eine kurvilineare Beziehung fest: Sowohl die Befürworter eines Ausbaus der Kernenergie als auch die Befürworter eines forcierten Kernenergie-Ausstiegs bewerten die Korrektheit der Fernsehberichterstattung jeweils kritischer als die Befragten, die eine Kernenergienutzung dulden wollen, also weder ausgesprochene Befürworter noch Gegner der Kernenergie sind (Abb. 8, vgl. dazu auch Kap. 4.4).

Die Gegner der Kernenergie glauben auch häufiger als der Durchschnitt der Befragten, daß das Fernsehen zu positiv für die Kernenergie berichtet. Das Analoge gilt auch für die Befürworter, die häufiger die Auffassung äußern, daß das Fernsehen zu negativ für die Kernenergie berichtet (Abb. 8). Tendenziell wird also die Berichterstattung des Fernsehens als der eigenen Meinung entgegengesetzt erlebt.

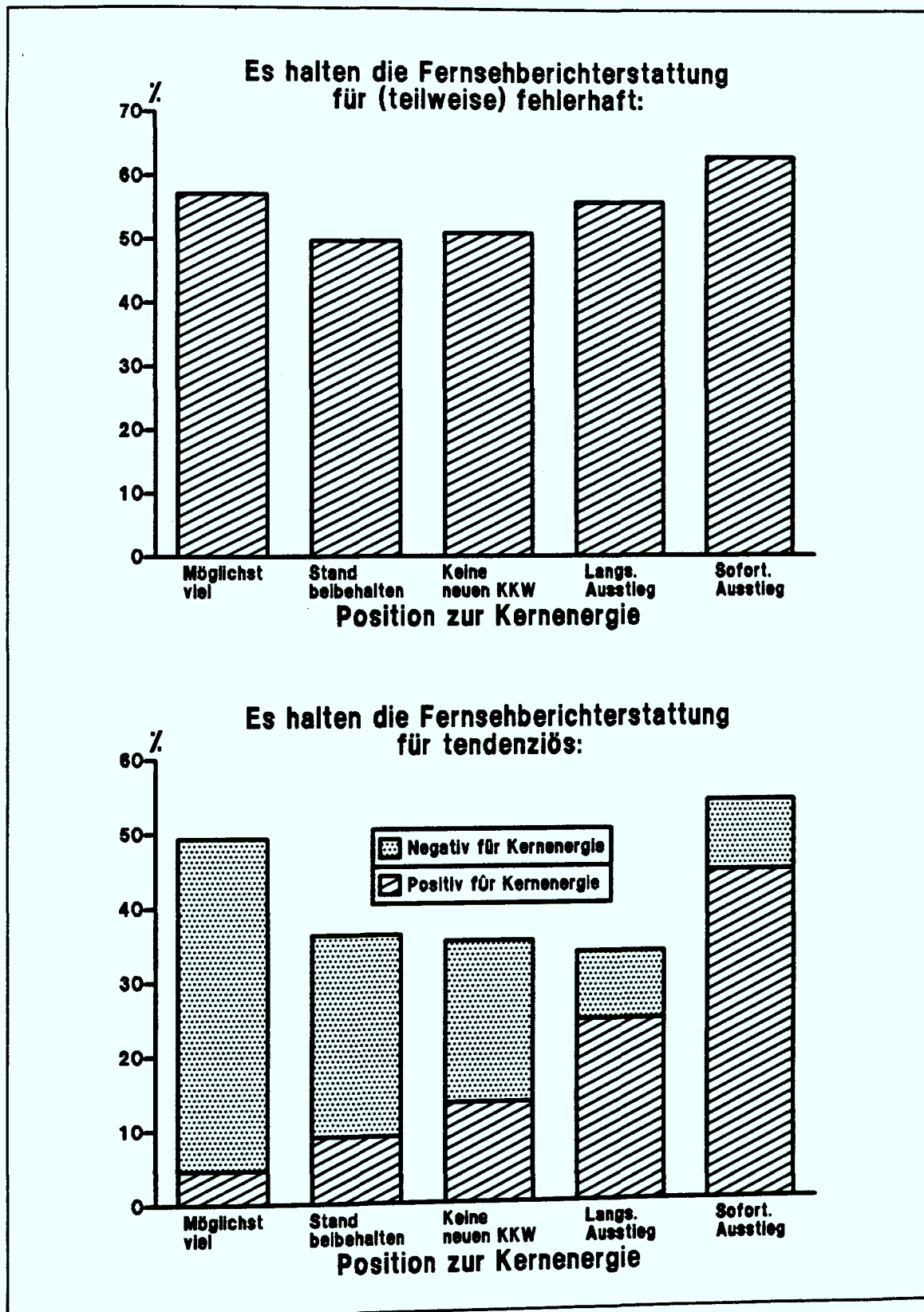


Abb. 8. Bewertung der Fernsehberichterstattung über "Tschernobyl" (November 1986)

Ein solches "hostile media phenomenon" wurde auch bei anderen Gelegenheiten beobachtet (VALLONE et al. 1985; PERLOFF 1989); es widerspricht der These, daß einstellungswidersprechende Informationen aus Massenmedien nicht wahrgenommen würden - wie nach der Theorie der selektiven Wahrnehmung zu erwarten wäre. Einstellungswidersprechende Informationen werden also sehr wohl zur Kenntnis genommen, aber mittels verschiedener Immunisierungsstrategien "unschädlich" gemacht, indem beispielsweise die Glaubwürdigkeit oder Kompetenz der Quelle angezweifelt wird oder einfach das Paradigma, innerhalb dessen die Information überhaupt nur relevant ist, nicht akzeptiert wird.

Ein Beispiel für die letzte Strategie findet sich in einem unserer Intensivinterviews, wo eine junge Frau auf die Frage nach der Verständlichkeit der Informationen über Tschernobyl meinte: "Nein, für mich nicht. Aber für mich braucht das auch nicht verständlich zu sein. Ich schätze das gefühlsmäßig ein und ich finde, das reicht für mich. Und ich finde das auch richtig." An einer anderen Stelle des Interviews meinte diese Frau, mit ihrem Mann habe sie nicht gut über Tschernobyl reden können, denn "er war mir nicht hysterisch genug für diese Sache und nicht sensibel genug dafür", obschon dieser ebenfalls entschiedener Befürworter eines Kernenergie-Ausstiegs war. Das Paradigma der "Rationalität", innerhalb dessen Informationen über technische oder biologische Fakten überhaupt nur Sinn machen, wird hier explizit zugunsten des Paradigmas der "Emotionalität" abgelehnt.

Eine mögliche Erklärung für das "hostile media phenomenon" könnte darin zu suchen sein, daß Personen mit festgelegter klarer Position die Berichterstattung der Medien weniger im Hinblick auf ihre eigene Information verfolgen (was die Selektion einstellungskonformer Informationen wahrscheinlich machen würde), sondern eher im Hinblick auf die vermutete Wirkung bei anderen Rezipienten, bei denen man eine Beeinflussung oder Manipulation entgegen der eigenen Auffassung befürchtet. INNES und ZEITZ haben gezeigt, daß Medienrezipienten die Wirkung der Medienberichterstattung auf andere durchweg höher einschätzen als die Wirkung auf sich selbst. Die Autoren vermuten, daß dieser Effekt insbesondere dann eintritt, wenn man mit einer Botschaft konfrontiert wird, die bei einem subjektiv wichtigen Thema der eigenen Ansicht widerspricht (INNES und ZEITZ 1988, S. 458). Es ist plausibel anzunehmen, daß die Befürchtung, Medien könnten andere in der "falschen" Richtung beeinflussen, bei festgelegter Einstellung eher die Medienwahrnehmung steuert als die Suche nach bestätigender Information, die möglicherweise in der Phase der Einstellungsbildung und -verfestigung die Medienrezeption dominiert.¹³

¹³ Auf der Ebene von Organisationen und Verbänden (z.B. Regierung, Parteien, Unternehmen) ist diese Art der Beobachtung von Medien weit verbreitet. Sehr viele Organisationen, insbesondere solche, die in der Öffentlichkeit kritisch eingeschätzt werden, erstellen einen sogenannten Pressespiegel, in dem Zeitungsartikel mit die jeweilige Organisation betreffenden Informationen gesammelt werden. Das Organisationsmanagement wird so in die Lage versetzt, auf öffentliche Kritik, "feindliche" Stellungnahmen anderer Organisationen und "falsche" Berichterstattung zu reagieren. Diese Warnfunktion kann der Pressespiegel aber nur dann erfüllen, wenn Selektionskriterium für die Aufnahme von Medienbeiträgen die Bedrohung der Organisations- oder Verbandsziele ist. Vermutlich hat dieses Muster der Medienbeobachtung eine teilweise Entsprechung bei der individuellen Medienrezeption.

5.2 Informationspolitik

Als dominante Reaktion auf Tschernobyl ist die Unsicherheit hinsichtlich der zu erwartenden Folgen der Reaktorkatastrophe in der Bundesrepublik identifiziert worden. Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, daß diese Unsicherheit zu einem Gutteil auf die Widersprüchlichkeit der von verschiedenen Stellen herausgegebenen Informationen und Verhaltensempfehlungen zurückzuführen war. Wie wurden nun die Informationen insgesamt von der Bevölkerung bewertet? Hielt man sie im Rückblick für eher über- oder eher untertrieben? Es liegt nahe anzunehmen, daß sich - nachdem das Thema aus den Schlagzeilen war, für die Lebensmittel wieder "Entwarnung" gegeben wurde, und meßbare Gesundheitsauswirkungen nicht auftraten - bei vielen Personen die Meinung entwickelte, der Vorfall von Tschernobyl sei in seinen Auswirkungen für die Bundesrepublik doch ziemlich aufgebauscht worden.

In der zweiten Befragungswelle (Mai 1987) zeigte sich jedoch, daß nur eine verschwindende Minderheit die Informationen eher für aufgebauscht hielt (5 %). Fast die Hälfte der Befragten (50 %) gaben an, daß die Gefahren eher unterschätzt wurden. 45 % glaubten, daß die Wahrheit über die Gefahren zwischen den eher beruhigenden und den eher alarmierenden Informationen gelegen hat. Hier äußert sich denn doch ein erhebliches Mißtrauen bei großen Teilen der Bevölkerung gegenüber den Informationen der offiziellen Stellen, die ja in der Tendenz die von Tschernobyl ausgehenden Gefahren eher gering veranschlagten.

Fraglich ist, ob die im vom Bundestag nach Tschernobyl verabschiedeten Strahlenschutzvorsorgegesetz enthaltene Bestimmung, daß bei zukünftigen mit Tschernobyl vergleichbaren Katastrophen Informationen nur noch zentral von der Bundesregierung, und nicht mehr von den Ländern, herausgegeben werden dürfen, dazu angetan ist, an dieser Situation etwas zu verändern, d.h. Vertrauen herzustellen und Unsicherheit zu reduzieren.¹⁴ Gefragt nach der zukünftig präferierten Art der Information im Katastrophenfall, geben im Mai 1987 62 % der Befragten an, daß sie einer dezentralen Informationspolitik den Vorrang geben. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist also durchaus bereit, mit widersprüchlichen Informationen zu leben und diese selbst im Hinblick auf Konsequenzen für ihr eigenes Verhalten zu bewerten, statt sich diese Mühe von einer zentralen Informationsstelle abnehmen zu lassen und dabei Gefahr zu laufen, einseitig informiert zu werden. Dies gilt auch für Personen mit hoher Unsicherheit in bezug auf die zu erwartenden Folgen der Katastrophe. Zwischen dem aus den "Weiß nicht" Antworten verschiedener Fragen nach den Folgen von Tschernobyl gebildeten Unsicherheitsindex und der Frage nach der bevorzugten Informationsart läßt sich kein statistischer Zusammenhang erkennen ($\gamma = 0,02$, nicht signifikant).

Die Präferenz für dezentrale bzw. zentrale Information korreliert dagegen mit der Bewertung der Informationslage nach Tschernobyl ($\gamma = 0,24$). Während diejenigen, die der Meinung sind, daß die Gefahren nach Tschernobyl eher untertrieben wurden bzw. diejenigen, die die Wahrheit in der Mitte zwischen den Extremen vermuten, eher für eine dezentrale Informationspolitik plädieren, präferieren diejenigen, die die Gefahren für

¹⁴ Kritisch zum Strahlenschutzvorsorgegesetz äußern sich in diesem Sinne GÜNTHER und TRETSCHOK (1987).

übertrieben dargestellt hielten, eher für eine zentralisierte Informationspolitik. Gerade die eher Besorgten wollen also auf eine möglichst breite Palette an Informationsquellen nicht verzichten.

Erwartungsgemäß findet sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der angegebenen Präferenz für zentrale/dezentrale Information und der Einstellung zur zukünftigen Nutzung der Kernenergie ($\gamma = 0,38$). Eine zentralisierte Informationspolitik wird von 44 % der "Kernenergiebefürworter", aber nur von 26 % der "Kernenergiegegner" befürwortet. Dieses Ergebnis mag als Reflex auf die wahrgenommene Bindung der Informationspolitik der Bundesregierung an ihre befürwortende Haltung im Hinblick auf die Nutzung der Kernenergie gedeutet werden. Befürworter einer weiteren Nutzung der Kernenergie sehen ihre Position bei zentraler Information durch die Bundesregierung gestärkt, während Gegner der Kernenergie eine Vernachlässigung ihrer Position zu befürchten hätten. Zudem drückt sich hierin natürlich auch ein von der Position zur Kernenergie abhängiges Vertrauen bzw. Mißtrauen gegenüber der Bundesregierung als Informationsquelle aus.

Die Präferenz für eine zentrale Informationspolitik ist leicht mit dem Alter ($\gamma = 0,29$) und der Bildung der Befragten ($\gamma = -0,17$) assoziiert. Daß ältere Personen eher für eine zentralisierte Informationspolitik plädieren, kann als Ausdruck einer bei älteren Personen aufgrund ihrer politischen Sozialisation ausgeprägteren Achtung staatlicher Autorität gedeutet werden. Die Tatsache, daß bei höher gebildeten Personen eine Präferenz für dezentrale Informationspolitik besteht, läßt sich möglicherweise mit größerem Vertrauen in die eigene Urteilsfähigkeit erklären. Befragte mit einem höheren Bildungsabschluß trauen sich wahrscheinlich eher zu, sich auch aus widersprüchlichen Informationen ein eigenes Urteil zu bilden, als Befragte mit niedriger formaler Bildung.

6. Glaubwürdigkeit von Informationsquellen

6.1 Einschätzung der Glaubwürdigkeit verschiedener Institutionen

Die Informationslage nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl war durch sich fundamental widersprechende Bewertungen der Bedeutung dieses Ereignisses für die Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet. Die Bundesregierung, beraten von der Strahlenschutzkommission, ging nicht von einer ernsthaften Gefährdung der Bevölkerung in der Bundesrepublik aus und hielt individuelle Schutzmaßnahmen für weitgehend überflüssig. Viele Bürger faßten daher die doch beschlossenen Maßnahmen und Grenzwerte als eine halbherzige opportunistische Reaktion auf öffentlichen Druck auf. Derweil kamen Bürgerinitiativen, Umweltverbände, Grüne, aber auch die SPD-geführten Landesregierungen und einzelne Kommunen zu ganz anderen Einschätzungen und beschlossen niedrigere Grenzwerte und empfahlen darüberhinaus weitergehende individuelle Schutzmaßnahmen wie z.B. den zeitweiligen Verzicht auf Frischmilch und Freilandgemüse und Einschränkungen für das Spielen von Kindern im Freien.

Angesichts dieser Situation, blieb es dem einzelnen Bürger überlassen, sich aus den widersprechenden Ansichten von Experten und Gegenexperten, von Politikern, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen ein eigenes Bild zu machen. Allein durch die Tatsache, daß sie vor der Tschernobyl-Katastrophe immer - und oft zu undifferenziert - auf die Sicherheit der Kernenergie verwiesen hatten, bedeutete die Katastrophe für die kernenergiebefürwortenden Institutionen eine gravierende Belastung ihres Glaubwürdigkeits-"Kontos". Der Augenschein sprach dagegen, daß diese Institutionen mit ihrer Einschätzung der Sicherheit Recht gehabt hatten, und sprach eher für die pessimistischen Sicherheitsauffassungen der Kernenergie-Kritiker.

Aus der Sicht der Bürger waren eine ganze Reihe von Problemen mit der nach Tschernobyl verfügbaren Information verbunden. Einige dieser Probleme, die beim Versuch einer eigenen Meinungsbildung auftraten, waren beispielsweise die folgenden:

- Wichtige Informationen waren nicht verfügbar.
- Manche Informationen waren für den Laien unverständlich.
- Informationen waren mit Unsicherheiten behaftet.
- Ein Teil der verfügbaren Informationen war irrelevant für die eigenen Informationsbedürfnisse.
- Informationen waren widersprüchlich.
- Informationen waren politisch "gefärbt". Das bedeutete, daß die Glaubwürdigkeit der einzelnen Informationsquellen kritisch bewertet werden mußte. Es gab keine unumstrittene Autorität.

Für sechs Institutionen und die Personengruppe der "Journalisten" wurden in den drei Bevölkerungsumfragen jeweils Fragen nach deren Glaubwürdigkeit gestellt. Auf einer vierstufigen Skala von "Völlig glaubwürdig" bis "Völlig unglaubwürdig" konnten die Befragten ihre Einschätzung für jede der vorgegebenen Institutionen äußern. Zusätzlich wurden auch "Weiß nicht"-Antworten codiert.

Trotz der Belastung der Glaubwürdigkeit durch das Tschernobyl-Ereignis besaß die Bundesregierung auch ein halbes Jahr nach der Katastrophe in Tschernobyl die größte

Glaubwürdigkeit von den ausgewählten Institutionen (Abb. 9). Der Abstand zu den übrigen Institutionen ist jedoch - mit Ausnahme der Kernenergieindustrie, der bei weitem die geringste Glaubwürdigkeit eingeräumt wurde - nicht besonders groß. Überraschend ist das ausgesprochen gute Abschneiden der kernenergiekritischen Institutionen wie den Öko-Instituten und den Bürgerinitiativen, denen kaum weniger Glaubwürdigkeit zugemessen wird als den "etablierten" Institutionen.

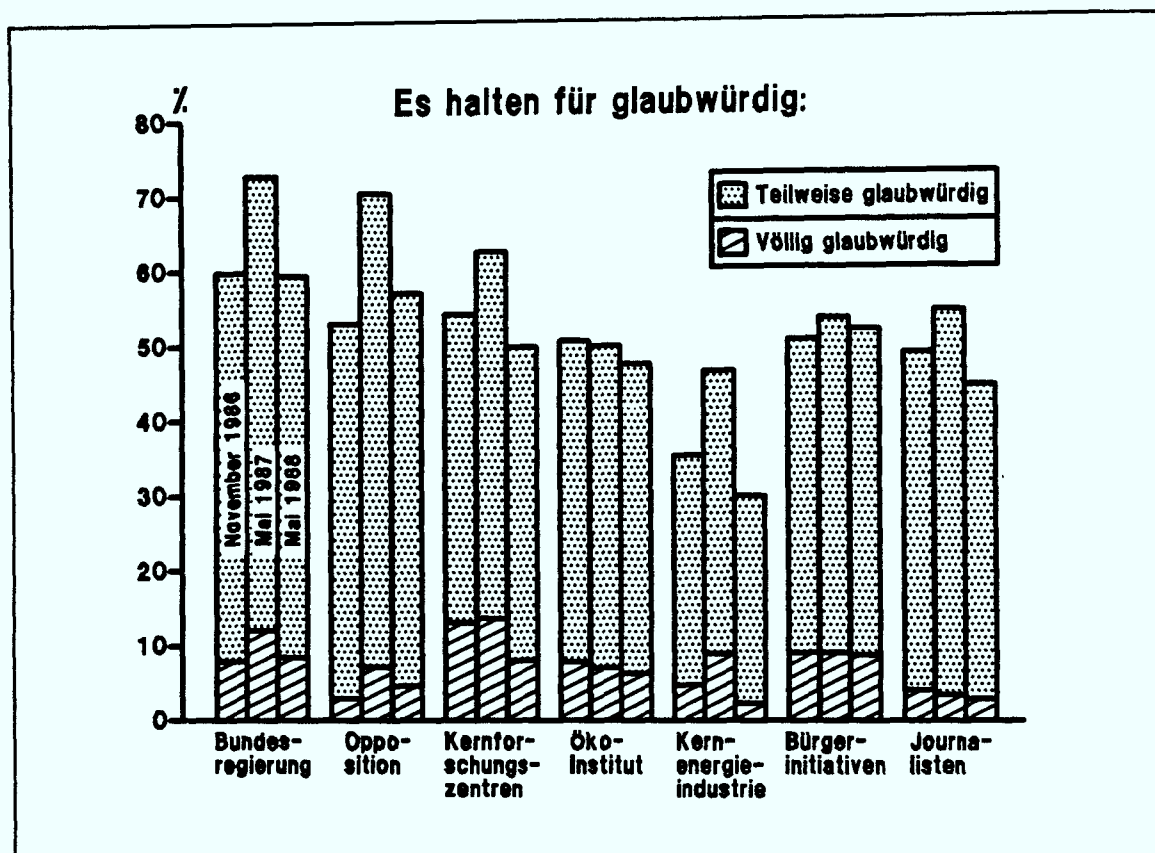


Abb. 9. Glaubwürdigkeit verschiedener Informationsquellen nach Tschernobyl

Zwischen der ersten und der zweiten Befragung änderte sich die Bewertung der Glaubwürdigkeit etwas.¹⁵ Der Bundesregierung, den Kernforschungszentren und der Kernenergieindustrie wurde zum Zeitpunkt der zweiten Befragung wieder mehr Glaubwürdigkeit zuerkannt, während das Vertrauen in die Öko-Institute und die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie sich nicht wesentlich änderte. Die Erhöhung der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, der politischen Opposition, der Kernforschungszentren und der Kernenergieindustrie läßt vermuten, daß die Glaubwürdigkeit dieser Institutionen durch die

¹⁵ Obwohl die Frage lautete, wie glaubwürdig man die Informationen der verschiedenen Institutionen nach der Katastrophe von Tschernobyl über die Auswirkungen und Empfehlungen für Vorsichtsmaßnahmen gehalten hat, also eine retrospektive Beurteilung der Glaubwürdigkeit nach dem Ereignis in Tschernobyl gefordert war, dürften die Antworten doch eher die zum Zeitpunkt der Befragung herrschende Bewertung der Glaubwürdigkeit widerspiegeln. Nur so sind jedenfalls die nachfolgend beschriebenen Zeittrends erklärbar.

Tschernobyl-Katastrophe besonders untergraben wurde und sich mit wachsendem Zeitabstand wieder erholt hat.

Der Abfall in der Glaubwürdigkeit besonders der Bundesregierung, der politischen Opposition, der Kernforschungszentren und der Kernenergieindustrie vom zweiten zum dritten Befragungszeitpunkt ist vermutlich durch zwei politische Vorgänge bedingt, die nichts mit Tschernobyl zu tun haben sondern ganz allgemein die Glaubwürdigkeit dieser Institutionen berührten.

Der erste dieser Ereignisse ist der politische Skandal um den damaligen Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel, der mit illegalen und schmutzigen Tricks seinen Gegner im Landtagswahlkampf bekämpft hatte und nach heftigen Angriffen in den Medien im Oktober 1987 vermutlich Selbstmord begangen hat. Dieser deutsche "Water(kant)gate"-Skandal hat in der öffentlichen Meinung die Glaubwürdigkeit der politischen Parteien und der Regierungen ganz allgemein in Frage gestellt.

Das zweite Ereignis ist der Bestechungsskandal innerhalb der Kernenergieindustrie, der seit 1987 die Öffentlichkeit beschäftigte. Die öffentliche Behandlung dieser Vorgänge umfaßte eine ganze Reihe von einzelnen Facetten, die vom Auffinden nicht deklarerter Plutonium-Spuren in Fässern mit Atom Müll, Schmiergeldzahlungen der Firma "Transnuklear" an Mitarbeiter von Kernkraftwerken und Kernforschungszentren, bis hin zum (später entkräfteten) Verdacht reichten, daß bundesdeutsche Unternehmen möglicherweise die Bestimmungen des Atomwaffen-Sperrvertrags verletzt hätten. Der "Atom Müllskandal" führte zum Einsetzen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses und gewann sehr hohe Publizität. Dadurch wurde die Glaubwürdigkeit der Kernenergieindustrie und Kernforschungszentren vermutlich nachhaltiger erschüttert als durch die Katastrophe von Tschernobyl.

6.2 Establishment versus Anti-Establishment

Untersucht man die Korrelationen der Glaubwürdigkeit der sieben Institutionen untereinander, so lassen sich deutlich zwei Gruppen ausmachen, die wie folgt zusammengesetzt sind:

1. Regierung, Kernforschungszentren und Industrie
2. Öko-Institut und Bürgerinitiativen.¹⁶

Innerhalb jeder Gruppe sind die Glaubwürdigkeiten deutlich miteinander korreliert und gleichzeitig sind die Korrelationen zwischen den Institutionen der beiden Gruppen niedrig (Tab. 10). Die Interpretation der statistischen Assoziationen zwischen den Glaubwürdigkeiten der verschiedenen Institutionen wird durch eine Faktorenanalyse (Haupt-

¹⁶ Auch die Glaubwürdigkeit der Journalisten korreliert - auf den ersten Blick überraschend - mit der des Öko-Instituts und der Bürgerinitiativen. Diese Korrelation ist jedoch deutlich geringer als die zwischen dem Öko-Institut und den Bürgerinitiativen. Die Gemeinsamkeit der Journalisten mit den beiden erstgenannten Institutionen liegt jedoch darin, daß diese (vielleicht weniger in der Praxis als vielmehr entsprechend ihrem Image) die Herrschenden, Mächtigen und Etablierten kritisch beobachten und kontrollieren.

komponentenanalyse mit Varimax-Rototation) der entsprechenden Korrelationsmatrix gestützt, die als eindeutiges Ergebnis zwei voneinander unabhängige Faktoren liefert, die den oben beschriebenen Gruppen entsprechen (Tab. 11).¹⁷

	Bundes- regie- rung	Kern- forsch.- zentren	Kern- ener- gie- indu- strie	Oppo- sition	Journa- listen	Bürger- initi- ativen	Öko- Insti- tut
	γ	γ	γ	γ	γ	γ	γ
Bundesregierung		0,74	0,70	0,72	0,12	-0,13	-0,16
Kernforschungszentren			0,74	0,46	0,07	-0,15	-0,07
Kernenergieindustrie				0,42	0,12	-0,13	-0,14
Opposition					0,33	0,28	0,34
Journalisten						0,54	0,46
Bürgerinitiativen							0,76
Öko-Institut							

Tab. 10. Matrix ordinaler Assoziationen der Glaubwürdigkeit verschiedener Institutionen nach "Tschernobyl" (Befragungen kumuliert)

	Manuelle orthogonale Rotation		Varimax Rotation	
	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 1	Faktor 2
Bundesregierung	0,58	0,64	0,87	-0,02
Opposition	0,73	0,25	0,68	0,36
Kernforschungszentren	0,51	0,63	0,81	-0,07
Öko-Institut	0,54	-0,64	-0,09	0,83
Kernenergieindustrie	0,49	0,63	0,80	-0,08
Bürgerinitiativen	0,57	-0,66	-0,09	0,87
Journalisten	0,60	-0,34	0,17	0,67
% erklärter Varianz	33,70	31,80	36,50	29,00

Tab. 11. Faktorenanalyse der Bewertung der Glaubwürdigkeit verschiedener Informationsquellen (Befragungen kumuliert): Dargestellt sind die Faktorladungen einer Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation sowie manueller orthogonaler Rotation. Es sind nur die beiden Faktoren mit Eigenwerten größer als 1 berücksichtigt.

Die beiden Faktoren können umschrieben werden mit "Glaubwürdigkeit des Establishments" und "Glaubwürdigkeit des Anti-Establishments", wenn man die Regierung, Kernforschungszentren und die Industrie als etablierte Institutionen, das Öko-Institut und die Bürgerinitiativen als tendenziell gegen das Establishment opponierende Institutionen begreift.

¹⁷ Statistisch ist die Anwendung der Faktorenanalyse wegen der Unterstellung einer metrischen Skala bei den Glaubwürdigkeitswerten fragwürdig. Doch ist das Ergebnis derartig eindeutig und entspricht auch der Inspektion der Matrix ordinaler Assoziationen daß man davon ausgehen kann, daß den statistisch gewonnenen Faktoren inhaltliche Muster der Bewertung von Glaubwürdigkeit zugrunde liegen.

Das Ergebnis dieser Faktorenanalyse widerspricht allen Erwartungen. Es bedeutet, daß das Vertrauen in etablierte Institutionen nicht hoch negativ mit dem Vertrauen in Anti-Establishment-Institutionen korreliert ist, da die beiden Faktoren ja unabhängige Dimensionen darstellen. Wenn jemand beispielsweise den Informationen der staatlichen Kernforschungszentren traut, so bedeutet das nicht automatisch, daß er denen des Öko-Instituts mißtraut - und umgekehrt. Es gibt daher eine größere Gruppe von Befragten, die sowohl den etablierten als auch den nicht-etablierten Institutionen vertraut.

Nun ist das Ergebnis einer Faktorenanalyse nicht eindeutig bestimmt; vielmehr können die Faktoren rotiert werden, ohne daß sich die Erklärungskraft der jeweiligen Lösung ändert. Jede dieser möglichen Rotationen ist mit der der Faktorenanalyse zugrunde liegenden Korrelationsmatrix gleich gut vereinbar (ARMINGER 1979, S. 80). Das gängige "Varimax"-Prinzip für die Rotation stellt lediglich die statistische Operationalisierung des formalen Prinzips der "Einfachstruktur" dar (ARMINGER 1979, S. 91). Dieses Verfahren rotiert die Faktoren so, daß Variablen möglichst entweder dem einen oder einem anderen Faktor zuzuordnen sind. Nicht in jedem Fall muß dieses formale Prinzip jedoch zu einer sinnvoll interpretierbaren Faktorstruktur führen.

Geleitet durch eine grafische Darstellung der Faktorlandungen versuchten wir, manuell den Rotationswinkel so zu bestimmen, daß sich eine mit unseren theoretischen Erwartungen kompatible Faktorstruktur ergab.¹⁸ Wie Tab. 11 zeigt, ist es durchaus möglich, eine Lösung zu finden, die den erwarteten Faktor "Establishment vs. Anti-Establishment" aufweist. Auf diesem Faktor lädt die Glaubwürdigkeit der kernenergiebefürwortenden Informationsquellen (Bundesregierung, Kernforschungszentren und Kernenergieindustrie) stark positiv und die der kernenergiekritischen Informationsquellen (Bürgerinitiativen und Öko-Institut) stark negativ. Der erste Faktor dieser Lösung läßt sich interpretieren als ein allgemeiner Faktor der Glaubwürdigkeit. Er mag etwa eine mehr oder minder zynische Haltung gegenüber jeder Art von institutionalisierter "Macht" ausdrücken, aber zum Teil einfach auch die unterschiedliche Interpretation der Antwortskalen durch die Befragten reflektieren, also ein methodisches Artefakt sein.¹⁹ Obwohl es auf den ersten Blick nicht so schien, ist also die Vorstellung einer Glaubwürdigkeits-Bewertungsdimension "kernenergiebefürwortend vs. kernenergiekritisch" mit der empirisch vorgefundenen Korrelationsmatrix kompatibel.

Interessant ist die Position der "Opposition", mit der vermutlich in erster Linie die SPD identifiziert wird. Bei der ersten Befragung im November 1986 ist sie keiner der beiden

¹⁸ In den Anfängen der Faktorenanalyse war die Rotation mit Hilfe grafischer Verfahren durchaus üblich; sie ist erst mit der Verfügbarkeit moderner Statistik-Software aus der Mode gekommen und durch formale Rotationsverfahren wie Varimax, Equamax oder Quartimax ersetzt worden. Tatsächlich sieht das von uns benutzte "Statistical Analysis System" (SAS) die manuelle Rotation überhaupt nicht mehr vor. Paul Jansen vom Zentralinstitut für Angewandte Mathematik der Kernforschungsanlage Jülich schrieb jedoch dankenswerterweise ein Macro für das SAS-System, das die "primitive" manuelle Rotation wieder möglich macht. Bei mehr als zwei Faktoren wird die manuelle Rotation allerdings leicht unübersichtlich.

¹⁹ So würde beispielsweise bereits die individuell unterschiedliche Bereitschaft, Extremkategorien der vierstufigen Skala zu benutzen, einen solchen Faktor hervorrufen können.

Gruppen eindeutig zuzuordnen. Ihre zugeschriebene Glaubwürdigkeit korreliert mäßig mit allen anderen und etwas stärker mit der der Regierung. Das bedeutet, daß die "Opposition" zum Zeitpunkt der ersten Befragung (kurz nach dem Nürnberger Parteitag der SPD, auf dem der sog. "Ausstiegsbeschluß" - Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von 10 Jahren - gefaßt wurde) partiell glaubwürdig sowohl für die Personen in der "Establishment"- als auch in der "Anti-Establishment"-Gruppe war. Die Opposition saß sozusagen "zwischen den Stühlen", was einerseits vielleicht ihre Wahniederlage in der Bundestagswahl im Januar 1987 (mit)erklären kann, andererseits aber deutlich macht, daß die SPD ein hohes Integrationspotential als Brücke zwischen den politischen Lagern des Establishment und des Anti-Establishment besitzt. Bei der zweiten und dritten Befragung steht die Opposition allerdings dem "Lager" des Establishments wieder wesentlich näher. Offenkundig hat das allmähliche Abrücken von Teilen der SPD von dem im August 1986 auf dem Nürnberger Parteitag gefaßten Beschluß zum Ausstieg aus der Kernenergie seine Wirkung in der Öffentlichkeit nicht verfehlt.

Die relativ hohe Korrelation zwischen der Glaubwürdigkeit von Regierung und Opposition in Bezug auf die Informationen nach der Tschernobyl-Katastrophe deutet darauf hin, daß sich die energiepolitische Kontroverse in der Wahrnehmung der Bevölkerung kaum zwischen den etablierten politischen Kräften (etwa auf der traditionellen Links-Rechts-Dimension) sondern vielmehr zwischen den "etablierten" und "alternativen" Institutionen abspielt.

Die Daten unserer Befragungen zeigen, daß bei einem Großteil der Bevölkerung, und zwar weit über das Wählerpotential der Grünen hinaus, ein Vertrauensmonopol des etablierten politischen und wissenschaftlichen Systems hinsichtlich der Beherrschung wissenschaftlich-technischer Risiken nicht mehr besteht. Sogenannte "alternative" Forschungseinrichtungen und Bürgerinitiativen besitzen für weite Kreise der Bevölkerung hinsichtlich der Bewertung wissenschaftlich-technisch induzierter Risiken die Funktion von "Warnsystemen", denen man vielleicht nicht bedingungslos vertraut, deren Informationen man aber doch als Korrektiv gegenüber den unter dem Verdacht der "Verharmlosung" stehenden etablierten wissenschaftlichen und politischen Institutionen bei der Meinungsbildung berücksichtigt.

Die widersprüchliche Informationslage nach Tschernobyl war nur für einen Teil der Bevölkerung durch Zuweisung von Glaubwürdigkeit an nur eine der beiden sich gegenüberstehenden "Meinungslager" auflösbar. Dies entspricht den Befragten, die entweder den "etablierten" Institutionen **oder** dem "Anti-Establishment" glauben. Die Mehrheit der Bevölkerung in allen drei Umfragen mußte dagegen selbst ihren Weg durch sich widersprechende Meinungen und Bewertungen finden. Dieses Resultat mag durchaus als Beleg dafür gewertet werden, daß weite Teile der Bevölkerung bereit und willens sind, Informationen kritisch zu würdigen, und es vorziehen sich aus verschiedenen Informationsquellen mit unterschiedlichen Positionen zu informieren statt sich auf nur eine Informationsquelle zu verlassen.²⁰ Gestützt wird diese Interpretation durch die Präferenz der meisten Befragten für eine dezentrale Informationspolitik (vgl. Kap. 5.2).

²⁰ Zu einer vergleichbaren Einschätzung kommen auch LUKESCH, KISCHKEL und NÖLDNER (1987, S. 158), die in Bayern eine (nicht-repräsentative) Stichprobe von 559 Personen über deren Informationsverhalten nach Tschernobyl telefonisch befragt haben.

7. Schlußbemerkungen

Die Ergebnisse der drei Umfragen in den beiden Jahren nach der Tschernobyl-Katastrophe deuten auf eine tiefgreifende Verunsicherung der Bevölkerung hin, die sich von der ersten bis zur dritten Befragung kaum auflöste, sondern zwischendurch durch den Bestechungsskandal in der Kernenergieindustrie neue Nahrung erhielt. Im Gegensatz zu früheren Unfällen in kerntechnischen Anlagen, etwa dem Reaktorunglück in Harrisburg, tangierte die Katastrophe von Tschernobyl nicht nur den abstrakten politischen Bereich sondern machte - jedenfalls aus der subjektiven Sicht vieler Bürger - die Problematisierung von vielen Alltagstätigkeiten erforderlich. Der Einkauf von Nahrungsmitteln zum Beispiel, der normalerweise von kaum bewußten Alltagsroutinen gesteuert wird, wurde für einen Teil der Bürger plötzlich zu einer Sache von Leben und Tod. Obwohl hysterische Überreaktionen die Ausnahme blieben, erwogen zumindest eine große Zahl von Bürgern die Änderung ihrer Ernährung.

In ihrer Verunsicherung waren die einzelnen Bürger weitgehend von der Einschätzung der Situation durch Experten und politische und administrative Institutionen abhängig. Hier fanden sie jedoch eine sehr widersprüchliche Interpretation der Lage vor und erhielten von verschiedenen Stellen unterschiedliche Empfehlungen für Vorsichtsmaßnahmen. Die Bürger scheinen jedoch weitgehend kompetent mit dieser Unsicherheit umgegangen zu sein. Jedenfalls wurden einfache kognitive Strategien der Realitätsvereinfachung, wie Orientierung nur an einer Quelle und Ignorieren widersprechender Information, offenbar nur in geringem Umfang benutzt. Die meisten Personen waren sich der Widersprüche und Unsicherheiten in den verfügbaren Informationen bewußt. Damit muß die subjektive Unsicherheit über die Höhe des Risikos aufgrund der Tschernobyl-Katastrophe als eine subjektiv rationale und verständliche Reaktion auf eine Situation betrachtet werden, in der ein tatsächliches Risiko vom Einzelnen nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden konnte.

Unsere Erhebungen zeigen, daß die etablierten politischen und wissenschaftlichen Institutionen in Bezug auf die Einschätzung von technisch induzierten Risiken kein Glaubwürdigkeitsmonopol besitzen. Die ökologische Bewegung wird in der Bundesrepublik auch von solchen Personen ernst genommen, die nicht zu ihren direkten Anhängern zählen. Sogenannte "alternative" Forschungsinstitute sind in der öffentlichen Perzeption zu einem Gegengewicht zu den "etablierten" Forschungszentren geworden. Sie besitzen augenscheinlich ein beachtliches Ansehen als Repräsentanten der "anderen Seite der Medaille" und ihre Äußerungen werden als ähnlich glaubwürdig betrachtet wie beispielsweise die der Kernforschungszentren. Vergleichbares gilt für die Äußerungen der staatlichen Exekutive und der Bürgerinitiativen. Selbst ein Teil der Bürger, die die Äußerungen der "alternativen" Wissenschaftler oder der Bürgerinitiativen für übertrieben halten, schätzen vermutlich deren Funktion als gesellschaftliche "Warnsysteme" und als kritische Herausforderer der "etablierten" Institutionen.

Obgleich das Gefühl der Bedrohtheit und der Unsicherheit zwei Jahre nach Tschernobyl noch nicht einem Gefühl der Entspannung gewichen und die ursprüngliche Bewertung des Gesundheitsrisikos kaum revidiert worden ist, scheint der Einfluß der Tschernobyl-Katastrophe auf die öffentliche Diskussion um die künftige Energiepolitik mit wachsendem Zeitabstand geringer geworden zu sein. Abgesehen von der Entscheidung der

SPD, einen Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von 10 Jahren politisch zu unterstützen, hat sich in der Energiepolitik kaum etwas geändert. Offenkundig haben die Wähler die "Ausstiegspolitik" der SPD bei ihren Wahlentscheidungen nicht honoriert. Das Kernenergiethema ist offenbar nur von begrenzter Bedeutung für die Wahlentscheidungen der Mehrheit der Bürger. Die informellen Mütterinitiativen, die sich nach der Tschernobyl-Katastrophe an vielen Orten gebildet hatten, scheinen auch eher soziale Unterstützungsnetzwerke für die individuelle Verarbeitung der durch Tschernobyl ausgelösten Ängste zu sein als Zentren politischen Aktivismus.

Andreas BÖHM (1988) stellte in seiner auf einer telefonischen Befragung von rund 200 zufällig ausgewählten Berliner Einwohnern beruhenden Untersuchung fest, daß die Tschernobyl-Ereignisse nur bei wenigen Bürgern zu politischen Aktivitäten geführt haben. Zu einer ähnlichen Schlußfolgerung gelangten auch Sibilly BARTSCHER und Richard HERDING (1988), die die psychologischen Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl so beschreiben: "Durchwursteln, tiefes Trauma, aber keine ökologische Mobilisierung". Und die Hoffnung des der Kernenergie kritisch gegenüberstehenden Soziologen Karl Otto HONDRICH (1986, S. 45), die Tschernobyl-Katastrophe möge dazu führen, daß den "Gefahren des Fortschritts... nicht nur in der Unterwelt der Gefühle, sondern auch in der Oberwelt der politischen Entscheidungen" begegnet werde, scheint sich nicht zu erfüllen.

Angesichts der Meinungen, die viele Bürger über die Risiken der Kernenergie haben, ist es erstaunlich, wie schwach die politischen Reaktionen auf das Ereignis ausgefallen sind. Warum hat sich der demoskopisch belegte und offenkundig nicht nur kurzfristige Meinungsumschwung in der Kernenergiefrage nicht in stärkeren politischen Druck, etwa in Wählerbewegungen zu den "Ausstiegsparteien", umgesetzt? Bereits in der Sozialverträglichkeitsstudie von RENN et al. (1986: 23-24) ist deutlich geworden, daß unter dem Gesichtspunkt subjektiver Rationalität eher erklärungsbedürftig ist, warum so viele Bürger für die Kernenergie sind als warum so viele dagegen sind. Auf der Basis der abfragbaren Meinungen über Kernenergie und ihre Alternativen würde man eher eine noch größere Opposition gegen Kernenergie erwarten als faktisch beobachtet wird.

Eine ganze Reihe von Bürgern sehen ihre vordergründigen Anti-Kernenergie-Einstellungen offenkundig selbst nicht für so begründet an, um daraus massive politische Forderungen mit der möglichen Folge wirtschaftlicher Nachteile abzuleiten. Ist die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung möglicherweise tief in ihrem Herzen davon überzeugt, daß Katastrophen wie die in Tschernobyl nicht vermeidbare Einzelereignisse, sondern - wie Charles PERROW (1984) sie nennt - "normal accidents" darstellen, die jedoch als Preis für die hochindustrialisierte Gesellschaft und ihre Vorteile hingenommen werden müssen?

Die bei vielen Bürgern vorhandene Ambivalenz zwischen dem Wunsch, die Kernenergie so schnell wie möglich los zu werden, und der Befürchtung, daß mit einem Ausstieg letztlich der Nerv der Industriegesellschaft getroffen würde, führte zu einer effizienten Strategie der Verdrängung des Tschernobyl-Ereignisses. Bei verbalem Protest gegen die Risiken der Kernenergie ist man letztlich doch nicht bereit, auf die - nach eigenem Urteil - damit verbundenen Vorteile zu verzichten.

Gerhard ARMINGER (1979): Faktorenanalyse, Stuttgart

Charles K. ATKIN (1972): Anticipated Communication and Mass Media Information-Seeking. In: Public Opinion Quarterly, Vol. 36, S. 188-199

Sibylle BARTSCHER und Richard HERDING (1988): Der nukleare Konsument. Zwei Jahre danach: Durchwursteln, tiefes Trauma, aber keine ökologische Mobilisierung. In: Kommune, H. 5, S. 28-31

Andreas BÖHM (1988): Der Unfall von Tschernobyl, Umweltbelastungen und Atomkriegsdrohung - Wie leben die Berliner damit? In: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis, 20. Jg., H. 2, S. 157-169

Martin BORGMANN (1988): Technikakzeptanz: Geschlechtsspezifische Reaktionen? Moderne Technologien und die Reaktionen der Geschlechter aus soziologischer Perspektive. Unveröffentlichte Magisterarbeit, RWTH Aachen, Dezember

Norbert DUBE (1988): Die öffentliche Meinung zur Kernenergie in der Bundesrepublik 1955 - 1986. Eine Dokumentation. WZB paper, FS II 88-303

J. Richard EISER, Russell SPEARS und Paul WEBLEY (1989): Nuclear Attitudes Before and After Chernobyl: Change and Judgment. In: Journal of Applied Social Psychology, Vol. 19, No. 8, S. 689-700

Werner FRÜH (1983): Der aktive Rezipient, neu gesehen. Zur Konstruktion faktischer Information bei der Zeitungslektüre. In: Publizistik, 28. Jg., H. 3, S. 327-242

Uwe GÜNTHER und Dietz TRETSCHOK (1987): Vom Strahlenschutz zur Informationsherrschaft über Strahlen - Das Strahlenschutzvorsorgegesetz 1986. In: Kritische Justiz, 20. Jg., H. 1, S. 53-59

Michael HALLER (1987): Wie wissenschaftlich ist Wissenschaftsjournalismus? Zum Problem wissenschaftsbezogener Arbeitsmethoden im tagesaktuellen Journalismus. In: Publizistik, 32. Jg., H. 3, S. 305-319

Karl Otto HONDRICH (1986): Unter der Wolke hilflos. In: Der Spiegel, 40. Jg., H. 21, S. 44-45

J.M. INNES und H. ZEITZ (1988): The Public's View of the Impact of the Mass Media: A Test of the 'Third Person' Effect. In: European Journal of Social Psychology, 18. Jg., H. 5, S. 457-463

Wolfgang KROHN und Peter WEINGART (1986): Tschernobyl - das größte anzunehmende Experiment. In: Kursbuch 85: GAU - die Havarie der Expertenkultur, Berlin

Helmut LUKESCH, Karl-Heinz KISCHKE und Wolfgang NÖLDNER (1987): Zur Beurteilung von Informationsquellen und Medien im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall von Tschernobyl. In: Publizistik, 32. Jg., H. 2, S. 154-158

Diane M. MACKIE und M. Cecilia GASTARDO-CONACO (1988): The Impact of Importance Accorded an Issue on Attitude Inferences. In: Journal of Experimental Social Psychology, 24. Jg., H. 6, S. 543-570

Allan MAZUR (1985): Bias in Risk-Benefit-Analysis. In: Technology in Society, Vol. 7, S. 25-30

Claude MULLER (1989): Nuclear Energy Coverage: The Influence of the Chernobyl Accident in the West German and French Press. Paper presented at the 39th Annual Conference of the International Communication Association, May 25-29, 1989 at San Francisco

Elisabeth NOELLE-NEUMANN (1980): Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut, München/Zürich

Elisabeth NOELLE-NEUMANN (1987): Die Kernenergie und die öffentliche Meinung. Dokumentation des Beitrags in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 152 vom 6. Juli 1987. Allensbach

Richard M. PERLOFF (1989): Ego-Involvement and the Third Person Effect of Televised News Coverage. In: Communication Research, Vol. 16, No. 2, S. 236-262

Charles PERROW (1984): Normal Accidents. Living with High-Risk Technologies. New York

Hans Peter PETERS, Gabriele ALBRECHT, Leo HENNEN und Hans Ulrich STEGELMANN (1987a): Die Reaktionen der Bevölkerung auf die Ereignisse in Tschernobyl. Ergebnisse einer Befragung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 39. Jg., H. 4, S. 764-782

Hans Peter PETERS, Gabriele ALBRECHT, Leo HENNEN und Hans Ulrich STEGELMANN (1987b): Die Reaktionen der Bevölkerung auf die Ereignisse in Tschernobyl. Ergebnisse einer Befragung. Bericht der Kernforschungsanlage Jülich, Jül-Spez-400, Mai

Hans Peter PETERS (1988): Die Akzeptanz der Kernenergie nach Tschernobyl. In: Jahrestagung Kerntechnik '88. Tagungsbericht, Bonn, S. 743-746

Hans Peter PETERS und Leo HENNEN (1989): Einstellungen der Bevölkerung zur Kernenergie nach Tschernobyl. Ein demoskopischer Rückblick. In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, 39. Jg., H. 6, S. 376-382

Günther RAGER (1987): Kommentar ohne Meinung. In: Journalist, H. 10, S. 36-38

Ortwin RENN (1984): Risikowahrnehmung der Kernenergie, Frankfurt/New York

Ortwin RENN, Gabriele ALBRECHT, Ulrich KOTTE, Hans Peter PETERS und Hans Ulrich STEGELMANN (1986): Das Projekt "Sozialverträglichkeit von Energiesystemen". Konzept, Methodik und Ergebnisse. In: Helmut JUNGEMANN, Wolfgang PFAFFENBERGER, Günther F. SCHÄFER und Wolfgang WILD (Hrsg.): Die Ana-

lyse der Sozialverträglichkeit für Technologiepolitik. Perspektiven und Interpretationen, München, S. 15-27

Karl Erik ROSENGREN, Lawrence A. WENNER und Philip PALMGREEN, Hrsg. (1985): Media Gratifications Research. Current Perspectives. London

Rainer-Olaf SCHULTZE (1987): Die Bundestagswahl 1987 - eine Bestätigung des Wandels. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12, S. 3-17

Der SPIEGEL (1986): Neue Mehrheit für den Ausstieg. SPIEGEL-Umfrage über Tschernobyl und die Deutschen. In: Der Spiegel, 40. Jg., Nr. 20, 12. Mai 1986, S. 28-32

Der SPIEGEL (1988): Jeder dritte FDP-Wähler liebäugelt mit der SPD. SPIEGEL-Umfrage über die politische Situation im Monat Februar. In: Der Spiegel, 42. Jg., Nr. 9, 29. Februar 1988, S. 36-47

Der SPIEGEL (1989): Fünfte Partei in den Bundestag? SPIEGEL-Umfrage über die politische Situation im Monat Februar. In: Der Spiegel, 43. Jg., Nr. 9, 27. Februar 1989, S. 36-47

Will TEICHERT (1987): Tschernobyl in den Medien. Ergebnisse und Hypothesen zur Tschernobyl-Berichterstattung. In: Rundfunk und Fernsehen, 35. Jg., H. 2, S. 185-204

Amos TVERSKY und Daniel KAHNEMAN (1973): Availability: A heuristic for judging frequency and probability. In: Cognitive Psychology, Vol. 5, S. 207-232

Robert P. VALLONE, Lee ROSS und Mark R. LEPPER (1985): The Hostile Media Phenomenon: Biased Perception and Perceptions of Media Bias in Coverage of the Beirut Massacre. In: Journal of Personality and Social Psychology, 49. Jg., H. 3, S. 577-585

Bas VERPLANKEN (1989): Beliefs, Attitudes, and Intentions Toward Nuclear Energy Before and After Chernobyl in a Longitudinal Within-Subjects Design. In: Environment and Behavior, Vol. 21, No. 4, S. 371-392

Peter M. WIEDEMANN und Helmut JUNGERMANN (1989): Energy and the Public. Country Report FRG, Programmgruppe Technik und Gesellschaft der Kernforschungsanlage Jülich, Arbeiten zur Risiko-Kommunikation, Heft 6

Fragebogen November 1986

Nr.		Weiter mit												
0.	Wir führen zur Zeit eine Untersuchung durch, die sich mit Lebensgewohnheiten und der Einstellung der Bevölkerung zu aktuellen Tagesfragen befaßt.													
70.	Über die Verschmutzung unserer Umwelt und ihre möglichen Auswirkungen auf unsere Gesundheit wird ja heute viel geredet und geschrieben. Ich lese Ihnen hierzu einige Meinungen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen oder nicht zustimmen. Vorgaben bitte vorlesen! <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 70%;"></th> <th style="width: 15%; text-align: center;">Stimme zu</th> <th style="width: 15%; text-align: center;">Stimme nicht zu</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Die heutige hohe Lebenserwartung, also daß die Leute länger leben als früher, zeigt, daß die Umweltverschmutzung keinen entscheidenden Einfluß auf die Gesundheit hat</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>Obwohl von der Umweltverschmutzung gesundheitliche Gefahren ausgehen, lassen sich diese durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen begrenzen</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>Krankheiten, die durch Umweltverschmutzung verursacht werden, stellen heute eine der gefährlichsten Bedrohungen dar, gegen die wir medizinisch kaum ein Mittel in der Hand haben</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> </tbody> </table>		Stimme zu	Stimme nicht zu	Die heutige hohe Lebenserwartung, also daß die Leute länger leben als früher, zeigt, daß die Umweltverschmutzung keinen entscheidenden Einfluß auf die Gesundheit hat	()	()	Obwohl von der Umweltverschmutzung gesundheitliche Gefahren ausgehen, lassen sich diese durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen begrenzen	()	()	Krankheiten, die durch Umweltverschmutzung verursacht werden, stellen heute eine der gefährlichsten Bedrohungen dar, gegen die wir medizinisch kaum ein Mittel in der Hand haben	()	()	
	Stimme zu	Stimme nicht zu												
Die heutige hohe Lebenserwartung, also daß die Leute länger leben als früher, zeigt, daß die Umweltverschmutzung keinen entscheidenden Einfluß auf die Gesundheit hat	()	()												
Obwohl von der Umweltverschmutzung gesundheitliche Gefahren ausgehen, lassen sich diese durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen begrenzen	()	()												
Krankheiten, die durch Umweltverschmutzung verursacht werden, stellen heute eine der gefährlichsten Bedrohungen dar, gegen die wir medizinisch kaum ein Mittel in der Hand haben	()	()												

Nr.		Weiter mit
71.	Über die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung kann man unterschiedliche Meinungen hören. Bitte sagen Sie mir anhand dieser Liste, welcher Meinung Sie persönlich zustimmen. Liste G2 vorlegen! Nur eine Nennung möglich! A Wir sollten soviel Kernenergie wie möglich nutzen und bei Bedarf noch weitere Kernkraftwerke bauen () B Wir sollten den gegenwärtigen Stand der Kernenergienutzung beibehalten und neue Kernkraftwerke nur dann bauen, wenn dafür alte stillgelegt werden () C Wir sollten die heute in Betrieb oder im Bau befindlichen Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer Lebensdauer nutzen, jedoch keine neuen bauen () D Wir sollten unsere Kernkraftwerke im Laufe der nächsten Jahre stilllegen und auf die Nutzung der Kernenergie ganz verzichten () E Wir sollten alle unsere Kernkraftwerke sofort abschalten ()	
72.	Was war Ihrer Ansicht nach die entscheidende Ursache der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl: • Menschliches Versagen • oder technisches Versagen • oder hat beides eine Rolle gespielt? Menschliches Versagen () Technisches Versagen () Beides spielte eine Rolle () Weiß nicht ()	
73.	Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, ob die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik sicherer als die in der Sowjetunion sind oder nicht. Was meinen Sie, ist die Katastrophengefahr bei deutschen Kernkraftwerken - • viel kleiner, • etwas kleiner, • genauso hoch • oder höher als bei russischen Kernkraftwerken? Viel kleiner () Etwas kleiner () Genauso hoch () Höher () Weiß nicht ()	

Nr.		Weiter mit
74.	Die erhöhte radioaktive Strahlung nach der Katastrophe von Tschernobyl kann noch nach Jahren zu Krebserkrankungen und damit zu weiteren Opfern führen. Wie viele Menschen werden Ihrer Ansicht nach in der <u>Bundesrepublik</u> insgesamt an den Folgen von Tschernobyl sterben? Liste G3 vorlegen! Keine Person () Weniger als 10 Personen () 10 bis 100 Personen () 100 bis 1.000 Personen () 1.000 bis 10.000 Personen () 10.000 bis 100.000 Personen () Mehr als 100.000 Personen () Weiß nicht ()	
75.	Und wie viele in der <u>Sowjetunion</u>? Liste G4 vorlegen! Weniger als 10 Personen () 10 bis 100 Personen () 100 bis 1.000 Personen () 1.000 bis 10.000 Personen () 10.000 bis 100.000 Personen () Mehr als 100.000 Personen () Weiß nicht ()	
76.	Haben Sie nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl Ihre Ernährungsgewohnheiten geändert, um möglichst wenig Radioaktivität mit der Nahrung aufzunehmen? Ja () Nein ()	77 78
77.	Welche der folgenden Vorsichtsmaßnahmen haben Sie ergriffen? Liste G5 vorlegen! Mehrfachnennungen möglich! A Wegen Tschernobyl weniger Salat und Frischgemüse als vorher verzehrt () B Wegen Tschernobyl weniger Frischmilch und Frischmilchprodukte als vorher verzehrt () C Wegen Tschernobyl weniger Waldpilze und Wildfleisch als vorher verzehrt () D Andere Vorsichtsmaßnahmen getroffen ()	

Nr.		Weiter mit
*78.	Glauben Sie, daß Ihnen persönlich durch die zusätzliche radioaktive Strahlung ein gesundheitlicher Schaden entstanden ist oder noch entstehen wird? Ja () Nein () Weiß nicht ()	
*79.	Haben Sie eigene Kinder unter sechs Jahren, die in Ihrem Haushalt leben? Ja () Nein ()	80
		83
*80.	Haben Sie die Ernährung dieses Kindes / dieser Kinder wegen der radioaktiven Belastung aus der Katastrophe von Tschernobyl geändert? Ja () Nein ()	
*81.	Haben Sie Ihr Kind / Ihre Kinder wegen des Unfalls von Tschernobyl weniger im Freien spielen lassen? Ja () Nein ()	
*82.	Glauben Sie, daß Ihr Kind durch die zusätzliche radioaktive Strahlung gesundheitlich beeinträchtigt worden ist? Ja () Nein () Weiß nicht ()	

Nr.						Werte mit																																																
83.	Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von Institutionen vor, die nach der Katastrophe von Tschernobyl Informationen über die Auswirkungen und Empfehlungen für Vorsichtsmaßnahmen herausgaben. Sagen Sie mir bitte jeweils anhand dieser Skala, für wie glaubwürdig Sie die Informationen der verschiedenen Institutionen gehalten haben. Skala 1 vorlegen! Vorgaben bitte vorlesen! Jeweils nur <u>eine</u> Nennung möglich! <table border="0" style="width: 100%;"> <thead> <tr> <th></th> <th>Völlig glaubwürdig</th> <th>Teilweise glaubwürdig</th> <th>Teilweise unglaubwürdig</th> <th>Völlig unglaubwürdig</th> <th>Weiß nicht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Die Bundesregierung</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Die Opposition</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Die staatlichen Kernforschungszentren</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Das den Grünen nahestehende Öko-Institut</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Die Kernenergie-Industrie</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Die Journalisten</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> </tbody> </table>						Völlig glaubwürdig	Teilweise glaubwürdig	Teilweise unglaubwürdig	Völlig unglaubwürdig	Weiß nicht	Die Bundesregierung	()	()	()	()	()	Die Opposition	()	()	()	()	()	Die staatlichen Kernforschungszentren	()	()	()	()	()	Das den Grünen nahestehende Öko-Institut	()	()	()	()	()	Die Kernenergie-Industrie	()	()	()	()	()	Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie	()	()	()	()	()	Die Journalisten	()	()	()	()	()	
	Völlig glaubwürdig	Teilweise glaubwürdig	Teilweise unglaubwürdig	Völlig unglaubwürdig	Weiß nicht																																																	
Die Bundesregierung	()	()	()	()	()																																																	
Die Opposition	()	()	()	()	()																																																	
Die staatlichen Kernforschungszentren	()	()	()	()	()																																																	
Das den Grünen nahestehende Öko-Institut	()	()	()	()	()																																																	
Die Kernenergie-Industrie	()	()	()	()	()																																																	
Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie	()	()	()	()	()																																																	
Die Journalisten	()	()	()	()	()																																																	
84.	Das Fernsehen hat ja über Tschernobyl ausführlich berichtet. Was meinen Sie: War die Berichterstattung des Fernsehens - • im großen und ganzen ausgewogen, • zu negativ für die Kernenergie, • zu positiv für die Kernenergie • oder können Sie das nicht beurteilen? <table border="0" style="width: 100%;"> <tbody> <tr> <td>Im großen und ganzen ausgewogen</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Zu negativ für die Kernenergie</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Zu positiv für die Kernenergie</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Kann ich nicht beurteilen</td> <td>()</td> </tr> </tbody> </table>					Im großen und ganzen ausgewogen	()	Zu negativ für die Kernenergie	()	Zu positiv für die Kernenergie	()	Kann ich nicht beurteilen	()																																									
Im großen und ganzen ausgewogen	()																																																					
Zu negativ für die Kernenergie	()																																																					
Zu positiv für die Kernenergie	()																																																					
Kann ich nicht beurteilen	()																																																					
85.	Meinen Sie, daß die Berichterstattung des Fernsehens im wesentlichen sachlich richtig war, oder meinen Sie, daß des öfteren fehlerhafte Informationen vermittelt wurden? <table border="0" style="width: 100%;"> <tbody> <tr> <td>Im wesentlichen sachlich richtig</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Teilweise fehlerhaft</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Weiß nicht</td> <td>()</td> </tr> </tbody> </table>					Im wesentlichen sachlich richtig	()	Teilweise fehlerhaft	()	Weiß nicht	()																																											
Im wesentlichen sachlich richtig	()																																																					
Teilweise fehlerhaft	()																																																					
Weiß nicht	()																																																					

Fragebogen Mai 1987

Nr.	K. 2	Weiter mit
0.	Wir führen zur Zeit eine Untersuchung durch, die sich mit Lebensgewohnheiten und der Einstellung der Bevölkerung zu aktuellen Tagesfragen befaßt.	
*44.	Über die Verschmutzung unserer Umwelt und ihre möglichen Auswirkungen auf unsere Gesundheit wird ja heute viel geredet und geschrieben. Ich lese Ihnen hierzu einige Meinungen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen oder nicht zustimmen.	
Vorgaben bitte vorlesen!*		
Stimme zu Stimme nicht zu		
Die heutige hohe Lebenserwartung, also daß die Leute länger leben als früher, zeigt, daß die Umweltverschmutzung keinen entscheidenden Einfluß auf die Gesundheit hat () ()		
Obwohl von der Umweltverschmutzung gesundheitliche Gefahren ausgehen, lassen sich diese durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen begrenzen () ()		
Krankheiten, die durch Umweltverschmutzung verursacht werden, stellen heute eine der gefährlichsten Bedrohungen dar, gegen die wir medizinisch kaum ein Mittel in der Hand haben () ()		

Nr.	K. 7															
45.	Über die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung kann man unterschiedliche Meinungen hören. Bitte sagen Sie mir anhand dieser Liste, welcher Meinung Sie persönlich zustimmen. Liste T vorlegen! Nur <u>eine</u> Nennung möglich! <table border="0"> <tr> <td style="vertical-align: top;">A</td> <td style="vertical-align: top;">Wir sollten soviel Kernenergie wie möglich nutzen und bei Bedarf noch weitere Kernkraftwerke bauen</td> <td style="vertical-align: top; text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">B</td> <td style="vertical-align: top;">Wir sollten den gegenwärtigen Stand der Kernenergienutzung beibehalten und neue Kernkraftwerke nur dann bauen, wenn dafür alte stillgelegt werden</td> <td style="vertical-align: top; text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">C</td> <td style="vertical-align: top;">Wir sollten die heute in Betrieb oder im Bau befindlichen Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer Lebensdauer nutzen, jedoch keine neuen bauen</td> <td style="vertical-align: top; text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">D</td> <td style="vertical-align: top;">Wir sollten unsere Kernkraftwerke im Laufe der nächsten Jahre stilllegen und auf die Nutzung der Kernenergie ganz verzichten</td> <td style="vertical-align: top; text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td style="vertical-align: top;">E</td> <td style="vertical-align: top;">Wir sollten alle unsere Kernkraftwerke sofort abschalten</td> <td style="vertical-align: top; text-align: right;">()</td> </tr> </table>	A	Wir sollten soviel Kernenergie wie möglich nutzen und bei Bedarf noch weitere Kernkraftwerke bauen	()	B	Wir sollten den gegenwärtigen Stand der Kernenergienutzung beibehalten und neue Kernkraftwerke nur dann bauen, wenn dafür alte stillgelegt werden	()	C	Wir sollten die heute in Betrieb oder im Bau befindlichen Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer Lebensdauer nutzen, jedoch keine neuen bauen	()	D	Wir sollten unsere Kernkraftwerke im Laufe der nächsten Jahre stilllegen und auf die Nutzung der Kernenergie ganz verzichten	()	E	Wir sollten alle unsere Kernkraftwerke sofort abschalten	()
A	Wir sollten soviel Kernenergie wie möglich nutzen und bei Bedarf noch weitere Kernkraftwerke bauen	()														
B	Wir sollten den gegenwärtigen Stand der Kernenergienutzung beibehalten und neue Kernkraftwerke nur dann bauen, wenn dafür alte stillgelegt werden	()														
C	Wir sollten die heute in Betrieb oder im Bau befindlichen Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer Lebensdauer nutzen, jedoch keine neuen bauen	()														
D	Wir sollten unsere Kernkraftwerke im Laufe der nächsten Jahre stilllegen und auf die Nutzung der Kernenergie ganz verzichten	()														
E	Wir sollten alle unsere Kernkraftwerke sofort abschalten	()														
46.	Haben die Ereignisse um den Reaktorunfall in Tschernobyl Ihre Einstellung zur Kernenergie verändert, oder haben Sie heute im großen und ganzen noch die gleiche Meinung zur Nutzung der Kernenergie wie vorher? <table border="0" style="margin-left: 300px;"> <tr> <td>Meine Einstellung hat sich geändert</td> <td style="text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td>Im großen und ganzen noch die gleiche Meinung</td> <td style="text-align: right;">()</td> </tr> </table>	Meine Einstellung hat sich geändert	()	Im großen und ganzen noch die gleiche Meinung	()											
Meine Einstellung hat sich geändert	()															
Im großen und ganzen noch die gleiche Meinung	()															
47.	Was glauben Sie: Würde sich durch einen Ausstieg aus der Kernenergie die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik verschlechtern, verbessern oder hätte das so gut wie keinen Einfluß darauf? <table border="0" style="margin-left: 300px;"> <tr> <td>Verschlechtern</td> <td style="text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td>Verbessern</td> <td style="text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td>Kein Einfluß</td> <td style="text-align: right;">()</td> </tr> </table>	Verschlechtern	()	Verbessern	()	Kein Einfluß	()									
Verschlechtern	()															
Verbessern	()															
Kein Einfluß	()															
48.	Was meinen Sie: Wie viele Kernkraftwerke sind in der Bundesrepublik in etwa in Betrieb, die Strom liefern: Liste T1 vorlegen! <table border="0" style="margin-left: 300px;"> <tr> <td>10 Kernkraftwerke</td> <td style="text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td>20 Kernkraftwerke</td> <td style="text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td>40 Kernkraftwerke</td> <td style="text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td>60 Kernkraftwerke</td> <td style="text-align: right;">()</td> </tr> <tr> <td>Weiß nicht</td> <td style="text-align: right;">()</td> </tr> </table>	10 Kernkraftwerke	()	20 Kernkraftwerke	()	40 Kernkraftwerke	()	60 Kernkraftwerke	()	Weiß nicht	()					
10 Kernkraftwerke	()															
20 Kernkraftwerke	()															
40 Kernkraftwerke	()															
60 Kernkraftwerke	()															
Weiß nicht	()															

Nr.	K. 7	Weiter mit
49.	Wie groß schätzen Sie in etwa den Anteil, den Kernkraftwerke 1986 an der gesamten Stromerzeugung in der Bundesrepublik hatten: Liste T2 vorlegen! 2 Prozent () 15 Prozent () 35 Prozent () 60 Prozent () Weiß nicht ()	
50.	Welcher Typ von Kernkraftwerken wird Ihrer Ansicht nach in der Bundesrepublik überwiegend eingesetzt: Liste U vorlegen! Schwerwasser-Reaktoren () Schnelle Brüter () Leichtwasser-Reaktoren () Hochtemperatur-Reaktoren () Weiß nicht ()	
51.	Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, ob die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik sicherer als die in der Sowjetunion sind oder nicht. Was meinen Sie, ist die Katastrophengefahr bei deutschen Kernkraftwerken - • viel kleiner, • etwas kleiner, • genauso hoch • oder höher als bei russischen Kernkraftwerken? Viel kleiner () Etwas kleiner () Genauso hoch () Höher () Weiß nicht ()	
52.	Die erhöhte radioaktive Strahlung nach der Katastrophe von Tschernobyl kann noch nach Jahren zu Krebserkrankungen und damit zu weiteren Opfern führen. Wie viele Menschen werden Ihrer Ansicht nach in der <u>Bundesrepublik</u> insgesamt an den Folgen von Tschernobyl sterben? Liste V vorlegen! Keine Person () Weniger als 10 Personen () 10 bis 100 Personen () 100 bis 1.000 Personen () 1.000 bis 10.000 Personen () 10.000 bis 100.000 Personen () Mehr als 100.000 Personen () Weiß nicht ()	

Nr.	K. 7																																													
53.	Bitte führen Sie sich rückblickend noch einmal die Ereignisse in Tschernobyl vor Augen. Glauben Sie, daß Sie damals zutreffend über die Größe der Gefahr informiert worden sind? Welcher der folgenden Meinungen würden Sie am ehesten zustimmen? Liste W vorlegen! Nur <u>eine</u> Nennung möglich! A Wir haben ja nur einen kleinen Teil der Wahrheit erfahren. Die wirkliche Gefahr war sicher noch viel größer als bekannt geworden ist () B Die Informationen über Tschernobyl waren doch ziemlich aufgebauscht und übertrieben. Es hat kaum eine wirkliche Gefahr bestanden () C Die einen haben die Gefahr heruntergespielt und die anderen haben sie übertrieben. Die Wahrheit wird wohl irgendwo dazwischen liegen ()																																													
54.	Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl wurde häufig Kritik daran geübt, wie bei uns die Öffentlichkeit informiert worden ist. Durch wen die Öffentlichkeit zukünftig bei ähnlichen Ereignissen informiert werden soll, darüber kann man zur Zeit zwei Meinungen hören. Welcher Meinung stimmen Sie am ehesten zu? Liste X vorlegen! A Die Information der Öffentlichkeit sollte nur noch zentral durch die Bundesregierung erfolgen. Nur so könnte man vermeiden, daß die Bevölkerung durch widersprüchliche Informationen verunsichert wird () B Die Information der Öffentlichkeit sollte wie bisher durch verschiedene Institutionen erfolgen. Nur so könnte man vermeiden, daß die Gefahren verharmlost werden ()																																													
55.	Ich nenn Ihnen jetzt einige Institutionen und Sie sagen mir bitte jeweils anhand dieser Skala, wieviel Sie über deren Tätigkeit wissen. Vorgaben bitte vorlesen! Zusätzlich Liste Y vorlegen! Jeweils nur <u>eine</u> Nennung möglich! <table style="width: 100%; margin-top: 10px;"> <thead> <tr> <th></th> <th colspan="4" style="text-align: center;">Weiß über deren Tätigkeit -</th> </tr> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">viel</th> <th style="text-align: center;">etwas</th> <th style="text-align: center;">wenig</th> <th style="text-align: center;">gar nichts</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Die Bundesregierung</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>Die Opposition</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>Die staatlichen Kernforschungszentren</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>Das den Grünen nahestehende Öko-Institut</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>Die Kernenergie-Industrie</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie ...</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>Die Journalisten</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> </tbody> </table>		Weiß über deren Tätigkeit -					viel	etwas	wenig	gar nichts	Die Bundesregierung	()	()	()	()	Die Opposition	()	()	()	()	Die staatlichen Kernforschungszentren	()	()	()	()	Das den Grünen nahestehende Öko-Institut	()	()	()	()	Die Kernenergie-Industrie	()	()	()	()	Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie ...	()	()	()	()	Die Journalisten	()	()	()	()
	Weiß über deren Tätigkeit -																																													
	viel	etwas	wenig	gar nichts																																										
Die Bundesregierung	()	()	()	()																																										
Die Opposition	()	()	()	()																																										
Die staatlichen Kernforschungszentren	()	()	()	()																																										
Das den Grünen nahestehende Öko-Institut	()	()	()	()																																										
Die Kernenergie-Industrie	()	()	()	()																																										
Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie ...	()	()	()	()																																										
Die Journalisten	()	()	()	()																																										

- *56. Was ist Ihr Eindruck: Haben die einzelnen Institutionen vorwiegend das Allgemeinwohl unserer Bevölkerung im Auge oder verfolgen sie vorwiegend ihre Sonderinteressen?

Vorgaben bitte vorlesen! Zusätzlich Liste Z vorlegen!
Jeweils nur eine Nennung möglich!*

	A	B	C	D	
	Haben nur das Allgemeinwohl im Auge	Haben vorwiegend d. Allgemeinwohl i. Auge	Verfolgen vorwiegend ihre Sonderinteressen	Verfolgen nur ihre Sonderinteressen	Weiß nicht
Die Bundesregierung	()	()	()	()	()
Die Opposition	()	()	()	()	()
Die staatlichen Kernforschungszentren	()	()	()	()	()
Das den Grünen nahestehende Öko-Institut .	()	()	()	()	()
Die Kernenergie-Industrie	()	()	()	()	()
Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie ...	()	()	()	()	()
Die Journalisten	()	()	()	()	()

- *57. Bitte sagen Sie mir jetzt, für wie sachkundig Sie diese Institutionen im Hinblick auf die Einschätzungen der Auswirkungen der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl halten.

Vorgaben bitte vorlesen! Zusätzlich Liste B1 vorlegen!
Jeweils nur eine Nennung möglich!*

	Sehr sachkundig	Teilweise sachkundig	Eher nicht sachkundig	Überhaupt nicht sachkundig	Weiß nicht
Die Bundesregierung	()	()	()	()	()
Die Opposition	()	()	()	()	()
Die staatlichen Kernforschungszentren	()	()	()	()	()
Das den Grünen nahestehende Öko-Institut .	()	()	()	()	()
Die Kernenergie-Industrie	()	()	()	()	()
Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie ...	()	()	()	()	()
Die Journalisten	()	()	()	()	()

- *58. Nach der Katastrophe von Tschernobyl hat jede dieser Institutionen Informationen über die Auswirkungen und Empfehlungen für Vorsichtsmaßnahmen herausgegeben. Sagen Sie mir anhand dieser Liste für wie glaubwürdig Sie die Informationen der verschiedenen Institutionen gehalten haben.

Vorgaben bitte vorlesen! Zusätzlich Liste C1 vorlegen!
Jeweils nur eine Nennung möglich!*

	Völlig glaubwürdig	Teilweise glaubwürdig	Teilweise unglaubwürdig	Völlig unglaubwürdig	Weiß nicht
Die Bundesregierung	()	()	()	()	()
Die Opposition	()	()	()	()	()
Die staatlichen Kernforschungszentren	()	()	()	()	()
Das den Grünen nahestehende Öko-Institut .	()	()	()	()	()
Die Kernenergie-Industrie	()	()	()	()	()
Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie ...	()	()	()	()	()
Die Journalisten	()	()	()	()	()

- *59. Fernsehen, Zeitungen, Zeitschriften und Hörfunk berichten ja über die verschiedensten Gebiete. Sagen Sie mir bitte zu jedem Gebiet, das ich Ihnen nenne, ob Sie persönlich sich dafür interessieren oder nicht

Vorgaben bitte vorlesen! Zusätzlich Liste E1 vorlegen!
Jeweils nur eine Nennung möglich!*

	stark	Interessiere mich dafür - etwas	wenig	gar nicht
Innenpolitik	()	()	()	()
Unfälle / Verbrechen	()	()	()	()
Wirtschaftsinformationen	()	()	()	()
Außenpolitik	()	()	()	()
Wissenschaft / Technik	()	()	()	()
Sport	()	()	()	()
Kultur	()	()	()	()

- *60. Haben Sie nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl Ihre Ernährungsgewohnheiten geändert, um möglichst wenig Radioaktivität mit der Nahrung aufzunehmen?*

Ja ()
 Nein ()

Nr.	K 7	Wert mit																																			
*61.	Glauben Sie, daß Ihnen persönlich durch die zusätzliche radioaktive Strahlung ein gesundheitlicher Schaden entstanden ist oder noch entstehen wird? Ja () Nein () Weiß nicht ()																																				
*62.	Haben Sie eigene Kinder unter sechs Jahren, die in Ihrem Haushalt leben? Ja () Nein ()	63 65																																			
*63.	Haben Sie die Ernährung dieses Kindes / dieser Kinder wegen der radioaktiven Belastung aus der Katastrophe von Tschernobyl geändert? Ja () Nein ()																																				
*64.	Glauben Sie, daß Ihr Kind durch die zusätzliche radioaktive Strahlung gesundheitlich beeinträchtigt worden ist? Ja () Nein () Weiß nicht ()																																				
*65.	Hier auf diesen Kärtchen stehen einige Meinungen, wie man sie über die Kernenergie gelegentlich hören kann. Bitte verteilen Sie die Kärtchen auf diese Felder, je nachdem, was Sie von der Meinung halten. Orangen Kartensatz mischen und mit Liste G1 vorlegen! <table border="0" style="width: 100%;"> <thead> <tr> <th></th> <th>Völlig richtig</th> <th>Teilweise richtig</th> <th>Teilweise falsch</th> <th>Völlig falsch</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>A Kernenergie verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und sichert damit Arbeitsplätze</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>B Der Einsatz von Kernenergie macht unseren Strom preiswerter</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>C Kernenergie trägt maßgeblich dazu bei, daß wir auf absehbare Zeit genügend Energie zur Verfügung haben</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>D Kernenergie stellt durch den Umgang mit radioaktiven Stoffen eine unkalkulierbare Gefährdung der Gesundheit dar</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>E Die Kernenergie hat man technisch so im Griff, daß hier in der Bundesrepublik große Katastrophen so gut wie auszuschließen sind</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>F Der Einsatz der Kernenergie kann zu erheblichen Schäden führen, die die kommenden Generationen zu stark belasten</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> </tbody> </table>		Völlig richtig	Teilweise richtig	Teilweise falsch	Völlig falsch	A Kernenergie verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und sichert damit Arbeitsplätze	()	()	()	()	B Der Einsatz von Kernenergie macht unseren Strom preiswerter	()	()	()	()	C Kernenergie trägt maßgeblich dazu bei, daß wir auf absehbare Zeit genügend Energie zur Verfügung haben	()	()	()	()	D Kernenergie stellt durch den Umgang mit radioaktiven Stoffen eine unkalkulierbare Gefährdung der Gesundheit dar	()	()	()	()	E Die Kernenergie hat man technisch so im Griff, daß hier in der Bundesrepublik große Katastrophen so gut wie auszuschließen sind	()	()	()	()	F Der Einsatz der Kernenergie kann zu erheblichen Schäden führen, die die kommenden Generationen zu stark belasten	()	()	()	()	
	Völlig richtig	Teilweise richtig	Teilweise falsch	Völlig falsch																																	
A Kernenergie verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und sichert damit Arbeitsplätze	()	()	()	()																																	
B Der Einsatz von Kernenergie macht unseren Strom preiswerter	()	()	()	()																																	
C Kernenergie trägt maßgeblich dazu bei, daß wir auf absehbare Zeit genügend Energie zur Verfügung haben	()	()	()	()																																	
D Kernenergie stellt durch den Umgang mit radioaktiven Stoffen eine unkalkulierbare Gefährdung der Gesundheit dar	()	()	()	()																																	
E Die Kernenergie hat man technisch so im Griff, daß hier in der Bundesrepublik große Katastrophen so gut wie auszuschließen sind	()	()	()	()																																	
F Der Einsatz der Kernenergie kann zu erheblichen Schäden führen, die die kommenden Generationen zu stark belasten	()	()	()	()																																	

Fragebogen Mai 1988

Nr.	Welle 01. 03. 05. 07. 10	K 2	Weiter mit												
0.	Wir führen zur Zeit eine Untersuchung durch, die sich mit Lebensgewohnheiten und der Einstellung der Bevölkerung zu aktuellen Tagesfragen befaßt.														
51.	Themawechsel: Über die Verschmutzung unserer Umwelt und ihre möglichen Auswirkungen auf unsere Gesundheit wird ja heute viel geredet und geschrieben. Ich lese Ihnen hierzu einige Meinungen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie der Meinung zustimmen oder nicht zustimmen. Vorgaben bitte vorlesen! <table style="width: 100%; margin-top: 20px;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">Stimme zu</th> <th style="text-align: center;">Stimme nicht zu</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Die heutige hohe Lebenserwartung, also daß die Leute länger leben als früher, zeigt, daß die Umweltverschmutzung keinen entscheidenden Einfluß auf die Gesundheit hat.</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>Obwohl von der Umweltverschmutzung gesundheitliche Gefahren ausgehen, lassen sich diese durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen begrenzen.</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>Krankheiten, die durch Umweltverschmutzung verursacht werden, stellen heute eine der gefährlichsten Bedrohungen dar, gegen die wir medizinisch kaum ein Mittel in der Hand haben.</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> </tbody> </table>				Stimme zu	Stimme nicht zu	Die heutige hohe Lebenserwartung, also daß die Leute länger leben als früher, zeigt, daß die Umweltverschmutzung keinen entscheidenden Einfluß auf die Gesundheit hat.	()	()	Obwohl von der Umweltverschmutzung gesundheitliche Gefahren ausgehen, lassen sich diese durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen begrenzen.	()	()	Krankheiten, die durch Umweltverschmutzung verursacht werden, stellen heute eine der gefährlichsten Bedrohungen dar, gegen die wir medizinisch kaum ein Mittel in der Hand haben.	()	()
	Stimme zu	Stimme nicht zu													
Die heutige hohe Lebenserwartung, also daß die Leute länger leben als früher, zeigt, daß die Umweltverschmutzung keinen entscheidenden Einfluß auf die Gesundheit hat.	()	()													
Obwohl von der Umweltverschmutzung gesundheitliche Gefahren ausgehen, lassen sich diese durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen begrenzen.	()	()													
Krankheiten, die durch Umweltverschmutzung verursacht werden, stellen heute eine der gefährlichsten Bedrohungen dar, gegen die wir medizinisch kaum ein Mittel in der Hand haben.	()	()													
52.	Über die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung kann man unterschiedliche Meinungen hören. Bitte sagen Sie mir anhand dieser Liste, welcher Meinung Sie persönlich zustimmen. Liste 52 vorlegen! Nur <u>e i n e</u> Nennung möglich! <table style="width: 100%; margin-top: 20px;"> <tbody> <tr> <td>A Wir sollten soviel Kernenergie wie möglich nutzen und bei Bedarf noch weitere Kernkraftwerke bauen.</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>B Wir sollten den gegenwärtigen Stand der Kernenergienutzung beibehalten und neue Kernkraftwerke nur dann bauen, wenn dafür alte stillgelegt werden.</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>C Wir sollten die heute in Betrieb oder im Bau befindlichen Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer Lebensdauer nutzen, jedoch keine neuen bauen.</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>D Wir sollten unsere Kernkraftwerke im Laufe der nächsten Jahre stilllegen und auf die Nutzung der Kernenergie ganz verzichten.</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td>E Wir sollten alle unsere Kernkraftwerke sofort abschaffen.</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> </tbody> </table>			A Wir sollten soviel Kernenergie wie möglich nutzen und bei Bedarf noch weitere Kernkraftwerke bauen.	()	B Wir sollten den gegenwärtigen Stand der Kernenergienutzung beibehalten und neue Kernkraftwerke nur dann bauen, wenn dafür alte stillgelegt werden.	()	C Wir sollten die heute in Betrieb oder im Bau befindlichen Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer Lebensdauer nutzen, jedoch keine neuen bauen.	()	D Wir sollten unsere Kernkraftwerke im Laufe der nächsten Jahre stilllegen und auf die Nutzung der Kernenergie ganz verzichten.	()	E Wir sollten alle unsere Kernkraftwerke sofort abschaffen.	()		
A Wir sollten soviel Kernenergie wie möglich nutzen und bei Bedarf noch weitere Kernkraftwerke bauen.	()														
B Wir sollten den gegenwärtigen Stand der Kernenergienutzung beibehalten und neue Kernkraftwerke nur dann bauen, wenn dafür alte stillgelegt werden.	()														
C Wir sollten die heute in Betrieb oder im Bau befindlichen Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer Lebensdauer nutzen, jedoch keine neuen bauen.	()														
D Wir sollten unsere Kernkraftwerke im Laufe der nächsten Jahre stilllegen und auf die Nutzung der Kernenergie ganz verzichten.	()														
E Wir sollten alle unsere Kernkraftwerke sofort abschaffen.	()														

Nr.	K 2	Weiter mit																								
53.	Vor einiger Zeit gab es in Tschernobyl in der Sowjetunion einen großen Unfall in einem Kernkraftwerk. Wann haben Sie das letzte Mal davon gehört oder darüber gelesen? Vorgaben bitte vorlesen! Vor längerer Zeit? () In den letzten Wochen? () Oder in den letzten Tagen? () Weiß nicht ()																									
54.	Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, ob die Kernkraftwerke in der Bundesrepublik sicherer als die in der Sowjetunion sind oder nicht. Was meinen Sie: Ist die Katastrophengefahr bei deutschen Kernkraftwerken - Vorgaben bitte vorlesen! - viel kleiner als bei russischen Kernkraftwerken? () - etwas kleiner? () - genauso hoch? () - oder höher als bei russischen Kernkraftwerken? () Weiß nicht ()																									
55.	Die erhöhte radioaktive Strahlung nach der Katastrophe von Tschernobyl kann noch nach Jahren zu Krebserkrankungen und damit zu weiteren Opfern führen. Wie viele Menschen werden Ihrer Ansicht nach in der <u>Bundesrepublik</u> insgesamt an den Folgen von Tschernobyl sterben? Liste 55 vorlegen! <table style="margin-left: 200px; margin-top: 20px;"> <tbody> <tr> <td>Keine Person</td> <td>A</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Weniger als 10 Personen</td> <td>B</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>10 bis 100 Personen</td> <td>C</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>100 bis 1.000 Personen</td> <td>D</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>1.000 bis 10.000 Personen</td> <td>E</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>10.000 bis 100.000 Personen</td> <td>F</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Mehr als 100.000 Personen</td> <td>G</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="text-align: right;">Weiß nicht</td> <td>()</td> </tr> </tbody> </table>	Keine Person	A	()	Weniger als 10 Personen	B	()	10 bis 100 Personen	C	()	100 bis 1.000 Personen	D	()	1.000 bis 10.000 Personen	E	()	10.000 bis 100.000 Personen	F	()	Mehr als 100.000 Personen	G	()	Weiß nicht		()	
Keine Person	A	()																								
Weniger als 10 Personen	B	()																								
10 bis 100 Personen	C	()																								
100 bis 1.000 Personen	D	()																								
1.000 bis 10.000 Personen	E	()																								
10.000 bis 100.000 Personen	F	()																								
Mehr als 100.000 Personen	G	()																								
Weiß nicht		()																								

Nr.	K 2	Weiter mit																																																
56.	Nach der Katastrophe von Tschernobyl haben verschiedene Institutionen Informationen über die Auswirkungen und Empfehlungen für Vorsichtsmaßnahmen herausgegeben. Sagen Sie mir anhand dieser Liste, für wie glaubwürdig Sie die Informationen der verschiedenen Institutionen gehalten haben. Vorgaben bitte vorlesen! Zusätzlich Liste 56 vorlegen! Jeweils nur <u>e i n e</u> Nennung möglich! <table border="0" style="width: 100%;"> <thead> <tr> <th></th> <th>Völlig glaubwürdig</th> <th>Teilweise glaubwürdig</th> <th>Teilweise unglaubwürdig</th> <th>Völlig unglaubwürdig</th> <th>Weiß nicht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Die Bundesregierung</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Die Opposition</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Die staatlichen Kernforschungszentren</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Das den Grünen nahestehende Öko-Institut</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Die Kernenergie-Industrie</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td>Die Journalisten</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> <td>()</td> </tr> </tbody> </table>		Völlig glaubwürdig	Teilweise glaubwürdig	Teilweise unglaubwürdig	Völlig unglaubwürdig	Weiß nicht	Die Bundesregierung	()	()	()	()	()	Die Opposition	()	()	()	()	()	Die staatlichen Kernforschungszentren	()	()	()	()	()	Das den Grünen nahestehende Öko-Institut	()	()	()	()	()	Die Kernenergie-Industrie	()	()	()	()	()	Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie	()	()	()	()	()	Die Journalisten	()	()	()	()	()	
	Völlig glaubwürdig	Teilweise glaubwürdig	Teilweise unglaubwürdig	Völlig unglaubwürdig	Weiß nicht																																													
Die Bundesregierung	()	()	()	()	()																																													
Die Opposition	()	()	()	()	()																																													
Die staatlichen Kernforschungszentren	()	()	()	()	()																																													
Das den Grünen nahestehende Öko-Institut	()	()	()	()	()																																													
Die Kernenergie-Industrie	()	()	()	()	()																																													
Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie	()	()	()	()	()																																													
Die Journalisten	()	()	()	()	()																																													
57.	Haben Sie damals nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl Ihre Ernährungsgewohnheiten geändert, um möglichst wenig Radioaktivität mit der Nahrung aufzunehmen? <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="text-align: right;">Ja</td> <td>()</td> <td>58</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Nein</td> <td>()</td> <td>59</td> </tr> </table>	Ja	()	58	Nein	()	59																																											
Ja	()	58																																																
Nein	()	59																																																
58.	Wie lange haben Sie nach Tschernobyl die veränderte Ernährung beibehalten? Vorgaben bitte vorlesen! <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="text-align: right;">Nur wenige Tage?</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Einige Wochen?</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Mehrere Monate?</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Oder bis heute?</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Weiß nicht</td> <td>()</td> </tr> </table>	Nur wenige Tage?	()	Einige Wochen?	()	Mehrere Monate?	()	Oder bis heute?	()	Weiß nicht	()																																							
Nur wenige Tage?	()																																																	
Einige Wochen?	()																																																	
Mehrere Monate?	()																																																	
Oder bis heute?	()																																																	
Weiß nicht	()																																																	
59.	Glauben Sie, daß Ihnen persönlich durch die zusätzliche radioaktive Strahlung ein gesundheitlicher Schaden entstanden ist oder noch entstehen wird? <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="text-align: right;">Ja</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Nein</td> <td>()</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Weiß nicht</td> <td>()</td> </tr> </table>	Ja	()	Nein	()	Weiß nicht	()																																											
Ja	()																																																	
Nein	()																																																	
Weiß nicht	()																																																	
60.	Haben Sie eigene Kinder unter 6 Jahren, die in Ihrem Haushalt leben? <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="text-align: right;">Ja</td> <td>()</td> <td>61</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Nein</td> <td>()</td> <td>63</td> </tr> </table>	Ja	()	61	Nein	()	63																																											
Ja	()	61																																																
Nein	()	63																																																

Nr.	K. 2		Werte mit															
61.	Haben Sie damals die Ernährung dieses Kindes / dieser Kinder wegen der radioaktiven Belastung aus der Katastrophe von Tschernobyl geändert? Ja () Nein ()																	
62.	Glauben Sie, daß Ihr Kind durch die zusätzliche radioaktive Strahlung gesundheitlich beeinträchtigt worden ist? Ja () Nein () Weiß nicht ()																	
63.	Sind Sie durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie bei uns in der Bundesrepublik skeptischer oder nicht skeptischer geworden? Sagen Sie es bitte anhand dieser Liste. Liste 63 vorlegen und bis Frage 64 liegenlassen!																	
64.	In den letzten Monaten sind eine Reihe von Unregelmäßigkeiten und Bestechungsvorfällen beim Transport und der Lagerung von Atom Müll aufgedeckt worden. Betroffen waren u.a. die beiden deutschen Firmen Nukern und Transnuklear. Sind Sie durch diesen Atom müllskandal bei deutschen Firmen hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie bei uns in der Bundesrepublik skeptischer oder nicht skeptischer geworden? Sagen Sie es bitte wieder anhand der Liste. <table border="0" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">Frage 63 Tschernobyl</th> <th style="text-align: center;">Frage 64 Atom müll- skandal</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td style="text-align: right;">Sehr viel skeptischer</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Viel skeptischer</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Etwas skeptischer</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Gar nicht skeptischer</td> <td style="text-align: center;">()</td> <td style="text-align: center;">()</td> </tr> </tbody> </table>				Frage 63 Tschernobyl	Frage 64 Atom müll- skandal	Sehr viel skeptischer	()	()	Viel skeptischer	()	()	Etwas skeptischer	()	()	Gar nicht skeptischer	()	()
	Frage 63 Tschernobyl	Frage 64 Atom müll- skandal																
Sehr viel skeptischer	()	()																
Viel skeptischer	()	()																
Etwas skeptischer	()	()																
Gar nicht skeptischer	()	()																